



# Plenarprotokoll

## 57. Sitzung

Donnerstag, 15. September 2011

### Gemeinsame Beratung

- a) **Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa**..... 4884
- Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1768
- Änderungsantrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1815
- Änderungsantrag der Fraktionen  
von CDU und FDP  
Drucksache 17/1816
- b) **Schleswig-Holstein in Europa:  
Europapolitische Schwerpunkte  
der Landesregierung 2011 -  
Europabericht 2011** -..... 4884

### Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1566

- Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident..... 4884, 4910, 4925
- Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 4887, 4917
- Johannes Callsen [CDU]..... 4891
- Wolfgang Kubicki [FDP]..... 4893, 4924
- Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4898, 4899, 4925
- Ulrich Schippels [DIE LINKE]..... 4904, 4926
- Anke Spoorendonk [SSW]..... 4907, 4915
- Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE], zur Geschäftsordnung..... 4910
- Björn Thoroe [DIE LINKE]..... 4910

Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	4911	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1766	
Rolf Fischer [SPD].....	4913	2. Annahme des Antrags Drucksache 17/1783.....	4935
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	4914	<b>Verfassungsschutzbericht 2010</b> .....	4935
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4916	Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1494	
Tobias Koch [CDU].....	4918	Klaus Schlie, Innenminister.....	4936
Christopher Vogt [FDP].....	4920, 4922	Werner Kalinka [CDU].....	4937, 4948
Lars Harms [SSW].....	4923	Serpil Midyatli [SPD].....	4938
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1768 sowie des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/1815		Gerrit Koch [FDP].....	4939
2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/1816		Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4941
3. Überweisung des Be- richts Drucksache 17/1566 an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	4928	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	4943
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Anke Spoorendonk [SSW].....	4944
<b>a) EU-Energieeffizienzrichtlinie</b> .....	4928	Antje Jansen [DIE LINKE].....	4945
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1766		Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	4946
<b>b) Subsidiarität - Vorschlag für ei- ne Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhe- bung der Richtlinie 2004/8/EG und 2006/32/EG</b> .....	4928	Wolfgang Baasch [SPD].....	4946
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW Drucksache 17/1783		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4949
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4928	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	4949
Niclas Herbst [CDU].....	4929	<b>Datenschutz in privaten Netzwer- ken sichern</b> .....	4949
Rolf Fischer [SPD].....	4930	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 17/1770 (neu)	
Kirstin Funke [FDP].....	4931	<b>Appell für datenschutzrechtliche Verantwortung</b> .....	4950
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	4932	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1823	
Anke Spoorendonk [SSW].....	4932	<b>Daten aller Internetnutzerinnen und -nutzer wirksam schützen</b> .....	4950
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4933	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1826	
Markus Matthießen [CDU].....	4934	Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4950
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	4934	Dr. Michael von Abercron [CDU].	4951
		Peter Eichstädt [SPD].....	4952, 4958
		Ingrid Brand-Hückstädt [FDP].....	4954
		Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	4955
		Anke Spoorendonk [SSW].....	4957

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident..... 4959

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags  
Drucksache 17/1770 (neu) sowie  
des für selbstständig erklärten An-  
trags Drucksache 17/1826  
2. Annahme des für  
selbstständig erklärten Antrags  
Drucksache 17/1823..... 4961

**Bericht der Landesregierung über  
das Programm Jugend-Taskforce  
(Teil 2) und Stellungnahme der  
Landesregierung: Der Jugendkri-  
minalität früh, konsequent und ge-  
meinsam begegnen: Jugend-  
Taskforce..... 4961**

Drucksache 17/1614

Klaus Schlie, Innenminister..... 4961  
Werner Kalinka [CDU]..... 4963, 4970  
Serpil Midyatli [SPD]..... 4964  
Gerrit Koch [FDP]..... 4966  
Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]..... 4967  
Heinz-Werner Jezewski [DIE  
LINKE]..... 4968  
Anke Spoorendonk [SSW]..... 4969  
Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 4972  
Dr. Christian von Boetticher  
[CDU]..... 4973  
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 4975

Beschluss: Überweisung an den In-  
nen- und Rechtsausschuss zur ab-  
schließenden Beratung..... 4975

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä-  
sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge-  
sundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel-  
lung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und  
Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-  
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-  
schaft und Verkehr

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich eröffne die Sitzung, begrüße Sie sehr herzlich und wünsche Ihnen einen guten Morgen. Begrüßen Sie mit mir bitte ganz herzlich Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrer der Gemeinschaftsschule Viöl/Ohrstedt, Nachwuchsführungskräfte der Bartels-Langness-Handelsgesellschaft und vom Finanzministerium die Jahrgangsbesten des mittleren und gehobenen Dienstes.

(Beifall)

Erkrankt sind die Abgeordneten Jens-Christian Magnussen, Mark-Oliver Potzahr, Anita Klahn, Dr. Marret Bohn und Silke Hinrichsen. Beurlaubt ist Frau Ministerin Dr. Rumpf ab 15 Uhr.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Ruhe auf allen Bänken. - Wenn jetzt Ruhe eingekehrt ist, rufe ich die Tagesordnungspunkte 18 und 39 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1768

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1815

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und  
FDP  
Drucksache 17/1816

**b) Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2011 - Europabericht 2011 -**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/1566

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte um Aufmerksamkeit und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Europa, das ist für mich bis heute die beste Entscheidung, die mutige Staatsmänner nach dem Zweiten Weltkrieg getroffen haben.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich liebe meine Heimat, ich liebe mein Land, und ich bin deshalb ein überzeugter Europäer, auch wenn ich auf die Biografie meiner Eltern schaue: Mein Vater wurde im Ersten Weltkrieg verwundet und geriet in Gefangenschaft, mein ältester Bruder, den ich nie kennen gelernt habe, starb im Zweiten Weltkrieg 1944 bei Riga. Ich bin der Erste in meiner Familie, der keinen Krieg mehr erleben musste. Dafür bin ich bis heute dankbar, dankbar auch klugen Politikern: Konrad Adenauer für die West-Öffnung, Willy Brandt für die Ost-Öffnung, Helmut Kohl für die Wiedervereinigung. Das waren kluge Männer, die sich für Europa eingesetzt haben.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der  
SPD)

Frieden und Freiheit nach Jahrhunderten der Kriege, das ging nur in einem geeinten Europa. Wir Deutschen haben heute allen Grund, uns für Europa starkzumachen. Ohne Europa kein Wirtschaftswunder, keine deutsche Einheit, auch oder besser gerade wegen Europa spielt Deutschland international eine gewichtige Rolle sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik.

Wir Deutsche haben viel von Europa profitiert, so viel, dass wir die Letzten sind, denen die Zukunft Europas egal sein darf.

(Beifall)

Wir sollten stattdessen die Ersten sein, die mithelfen, damit aus der europäischen Staatsschuldenkrise keine Krise der europäischen Idee wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist die Debatte zum jährlichen Europabericht der Landesregierung weit mehr als nur eine Pflichtübung. Mit Bedacht hat der Ältestenrat die Aussprache um die Beratung des Antrags der SPD und der Änderungsanträge der anderen Fraktionen erweitert. Es ist doch so: Die Sorge um die **Stabilität des Euro** beherrscht die Nachrichten, das beschäftigt die Menschen selbstverständlich. Deshalb gehört das auch in die deutschen Parlamente.

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Ohne Frage steht Europa vor einer historischen Prüfung. Dabei wird häufig übersehen, was Europa, die USA und die internationalen Finanzmärkte auf Trab hält. Das ist keine diffuse Finanzkrise, es ist nicht weniger als eine **Staatsschuldenkrise**. Wir erleben gerade, wie eine unrühmliche jahrzehntelange finanzpolitische Tradition zu Ende geht: das Finanzieren von Ausgaben auf Kredit. Hieß es nicht immer, Staaten könnten nicht pleitegehen? Erstmals erleben wir, dass die Gläubiger genau das infrage stellen.

Zu hoch erscheinen mittlerweile die Schulden, die viele Staaten angehäuft haben. Es war stets der einfachere, der bequemere Weg, Wohltaten auf Pump zu verteilen. Dieser Weg hat direkt zu dem Schlamassel geführt, in dem jetzt Länder wie Griechenland, aber auch andere stecken, und die Schulden der Vergangenheit bedrohen die Zukunft des Euro.

Auch bei uns steht längs nicht alles zum Besten. Das traurige Lied von den Landesfinanzen brauche ich nicht anzustimmen, Sie können es selbst am besten pfeifen.

Meine Damen und Herren, Rettungsschirm, Schuldenschnitt, Eurobonds, Ausschluss aus der Eurozone, geregelte Staatsinsolvenz - welche Medizin hilft denn nun? Ich kann die Menschen verstehen, die sich angesichts dessen nach einfachen Antworten sehnen. Doch das Thema ist außerordentlich komplex, und es gibt keine einfachen Antworten. Sicher scheint: Die Medizin wird bitter schmecken, doch wir können um Deutschland keinen Graben ziehen in der Hoffnung, damit unsere eigene Burg zu retten.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Allenfalls eine **europäische Lösung** sichert unseren Wohlstand, schließlich gehen noch immer gut 60 % unserer Exporte in den europäischen Binnenmarkt.

Wer also die anderen EU-Partner in schwerer Zeit stützt, der sichert auch deutsche Arbeitsplätze.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Kanzlerin hat recht: Scheitert der Euro, dann ist Europa in Gefahr, und dann ist auch Deutschlands Wohlstand gefährdet. Europa muss deshalb den Leistungstest bestehen.

Können wir die Staatsschuldenkrise der angeschlagenen Eurostaaten gemeinsam bewältigen? - Der

**Bundestag** hat sich in der vergangenen Woche intensiv mit dieser Frage befasst. Ich gehe davon aus, die Antwort des Parlaments wird Ende des Monats die klare Zustimmung zum **Eurorettungsfonds** sein.

Kurz zuvor hatte das **Bundesverfassungsgericht** die **Griechenlandhilfe** und den **Eurorettungsschirm** gebilligt und damit die Politik der Bundesregierung bestätigt. Das war ein wichtiges Signal an Europa. Aber die **europäische Solidarität** ist auch keine Einbahnstraße. **Deutschland** muss weiter auf **Haushaltskonsolidierung** und **strukturelle Reformen** in den Krisenländern drängen. Das Beispiel Griechenland zeigt: Der Druck muss hoch bleiben, alle Möglichkeiten zur Sanierung der Haushalte müssen genutzt werden. Mittlerweile scheinen alle Euroländer bereit zu sein, für den Erhalt unserer **Gemeinschaftswährung** Opfer zu bringen. Mit Spanien und Italien haben die ersten Länder eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild beschlossen.

Eine kluge Wirtschaftspolitik muss nun dazu kommen. Schließlich ist **Wirtschaftswachstum** noch immer die beste **Quelle für Steuermehreinnahmen**, wie wir in diesem Jahr auch in Schleswig-Holstein erkennen können. Die Frage ist, ob darüber hinaus Eurobonds her müssen? Die SPD-Fraktion zumindest fordert das in ihrem Antrag. Die Landesregierung lehnt die Einführung von Eurobonds ab -

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

so wie die Mehrheit der Deutschen.

Die Menschen haben nämlich ein gutes Gespür, was wirklich hinter der Idee der Gemeinschaftsanleihe steckt. **Eurobonds** machen das Schuldenmachen für diejenigen billiger, die bisher schon nicht mit Geld umgehen konnten. Für alle anderen in Europa wird Finanzpolitik dagegen teurer.

(Rolf Fischer [SPD]: Bisher war es gut. Jetzt nicht mehr! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- So ist es. - Bitte? - Ich verstehe das Gemurmel nicht, weil es so viel ist.

Ich will das einmal auf Schleswig-Holstein herunterbrechen. Die erste Ratingagentur hat angekündigt, sie würde Euroanleihen auf Griechenlandniveau und damit auf den Ramschstatus setzen. Deutschlands **Zinskosten** würden explodieren. Das mag natürlich nur Theaterdonner sein. Doch selbst die größten Optimisten rechnen mit zusätzlichen Zinslasten im zweistelligen Milliardenbereich. Sollten unsere Finanzierungskonditionen aufgrund der

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Einführung von Eurobonds nur um einen Prozentpunkt steigen, bedeutete das eine zusätzliche jährliche Belastung für den **Landeshaushalt** in Höhe von 40 bis 45 Millionen €.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels  
[DIE LINKE])

- Bitte? - Entschuldigen Sie einmal, wenn Staatsanleihen teurer werden, meinen Sie, wir wären eine Insel und würden davon ausgenommen? Welche Vorstellung haben Sie eigentlich von gemeinsamer Politik und insbesondere von gemeinsamer Finanzpolitik? Woher sollten wir dieses Geld nehmen?

Europa ist allgegenwärtig, auch in Schleswig-Holstein. Europas **Sorgen** sind auch unsere Sorgen. Das zeigt diese Debatte. Aber Europas **Chancen** sind auch unsere Chancen. Das zeigt der Europabericht der Landesregierung. Der Bericht legt offen, wo Europa in Schleswig-Holstein konkret eine Rolle spielt, wo die Chancen und wo die Herausforderungen liegen. Ich will das an drei Themen festmachen.

Erstens die **Wettbewerbspolitik**. Welche **Dienstleistungen** dürfen und werden auch künftig kommunal organisiert? Wie sieht beispielsweise die Zukunft von Stadtwerken aus? Bleibt den Kommunen noch ein ausreichendes Maß an Flexibilität bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben? - Wie wir den weiteren Wettbewerb im Binnenmarkt ausgestalten, wird mit darüber entscheiden, ob und wie sich bewährte Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge verändern werden. Entscheidungen auf europäischer Ebene werden künftig das Gesicht unserer **Städte und Gemeinden** mit prägen.

Zweitens die europäische **Energie- und Klimapolitik**. Sie wird mit über den weiteren Ausbau unserer **Energienetze** und darüber entscheiden, wie schnell wir das Zeitalter der **erneuerbaren Energien** erreichen. Deswegen ist es eine Investition in die Zukunft, dass wir uns an **RENREN**, dem regionalen Netzwerk für erneuerbare Energien, beteiligen. Hier schließen sich die Regionen Europas zusammen, die besondere Kompetenz bei den erneuerbaren Energien besitzen. Ich will nur deutlich machen, dass es auch bei der Diskussion über die 600 und wie viel Kilometer an neuen Leitungen, die wir in Schleswig-Holstein als 380-kV-Leitungen an der Westküste verlegen, es selbstverständlich und notwendig ist, eine solche Leitung nicht an der Grenze aufhören zu lassen, sondern die Westküste insgesamt dort mit anzubinden. Ich habe dieses Angebot der dänischen Regierung gemacht, und sie hat es angenommen; gestern sind dort Wahlen gewesen

(Zuruf: Heute!)

- heute, Entschuldigung -, und wir wissen nicht, wer dann Gesprächspartner sein wird. Aber das ist auch ganz gleich.

Schleswig-Holstein wird sich um diese Diskussion kümmern. Energie- und Klimapolitik greift in viele andere Bereiche ein. Als Beispiel nenne ich hier nur einmal die Diskussion, ob und inwieweit öffentliche Ausschreibungen in Zukunft „grüne“ Kriterien bei ihrer **Vergabepolitik** berücksichtigen müssen.

Drittens die Reform der **EU-Strukturfonds**. Die Strukturfonds bilden zusammen mit der Agrarpolitik das Rückgrat unserer **Regional- und Strukturpolitik** und unserer Politik für den **ländlichen Raum**. Diese Reform wird mit darüber entscheiden, welche Mittel nach 2013 dafür in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen und welche Schwerpunkte und Ziele wir aktiv verwirklichen können.

Die Diskussion auf europäischer Ebene läuft bereits. Sie wird dort und auch bei uns konkreter werden, sobald absehbar ist, welche Mittel für welche Ziele zur Verfügung stehen. Die Reform wird auch darüber entscheiden, wie unsere **grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit** mit unseren Partnern im Ostseeraum und im skandinavischen Raum darüber hinaus aussehen wird.

Alle drei Themenfelder sind Felder im wahrsten Sinne des Wortes. Hier gibt es etwas zu bestellen, sie müssen beackert werden, hier besteht Handlungsbedarf nicht nur für uns als Landesregierung, sondern für alle wichtigen Akteure im Land, für die Wirtschaft, für die Wissenschaft und auch für die Kommunen.

Schleswig-Holstein ist dafür gut aufgestellt. Wir können uns einbringen, weil wir in Brüssel präsent sind. Schleswig-Holstein wirkt auf europäischer Ebene auf die politische Willensbildung ein – sei es durch das Hanse-Office, im Ausschuss der Regionen oder durch die Mitarbeit in Initiativen wie dem eben genannten RENREN. Ich meine, das sind gute Voraussetzungen, um optimistisch in unsere europäische Zukunft zu schauen - eine Zukunft, in der wir uns immer wieder fragen müssen: Sind wir gut genug aufgestellt, um künftige europäische Entwicklungen umzusetzen? Können wir unsere Interessen auf europäischer Ebene schnell genug und vor allem gut genug darlegen? Und vor allem: Können wir unseren Interessen auch zum Erfolg verhelfen? - Ich sage: Ja, das können wir.

Doch ich sage auch: Nichts hindert uns daran, auch noch besser zu werden. Der Europabericht und die

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

aktuelle Debatte machen deutlich: Europa kann und darf uns hier in Schleswig-Holstein nicht egal sein. Europa ist mehr als nur eine gemeinsame Währung. Als Garant eines einigen Europas ist der Euro jedoch unverzichtbar. Dieses Europa der Freiheit und Demokratie ist unsere Heimat, denn die Zukunft Schleswig-Holsteins hängt an einem starken und an einem gesunden Europa. Dieses Signal können wir heute aussenden. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns dieses Signal heute auch aussenden!

Herzlichen Dank, es tut mit leid, dass es etwas länger geworden ist, aber im Moment sind die Themen ein bisschen größer.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich eröffne die Aussprache. Der Ministerpräsident hat die verabredete Redezeit um viereinhalb Minuten überschritten. Diese Zeit steht nunmehr auch den Fraktionen zusätzlich zur Verfügung. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Europa sprechen, das sich in einer schwierigen Lage befindet, dann ist es in der Tat wichtig, daran zu erinnern, was ich am Anfang meiner Rede auch tun will, dass meine Generation die erste Generation ist, die nach Jahrzehnten des Kriegs, des Hungers und der Diktaturen in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufwachsen konnte. Das haben wir der europäischen Einigung und den Prozessen zu verdanken, die seit 1945 stattgefunden haben. Das bedeutet, dass man neben der Wertschätzung kluger Politiker - kluge Politikerinnen waren auch dabei - darauf hinweist, dass dies - wie übrigens auch die deutsche Einheit - in erster Linie ein Verdienst der Menschen ist, die sich für Freiheit eingesetzt haben und dies bewirkt haben. Das waren keine einsamen Entscheidungen der Politik, sondern das waren immer Entscheidungen von Menschen in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorstellung von Europa bringt Menschen zusammen, die aus der Vielfalt, die wir in Europa haben, ein starkes und **gemeinsames Europa** machen; ein Europa, das von Toleranz, von Menschenwürde und von dem Willen beseelt ist, dass alle die **gleichen Chancen** haben, das mitspielen und seiner **Verantwortung** in der Welt gegenüber den vielen

Völkern, denen es deutlich schlechter geht als uns Europäerinnen und Europäern, gerecht werden kann.

Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen zu: Wenn wir heute über die Krise in Europa reden, dann gibt es keine einfachen Lösungen. In schwieriger Lage sind Seriosität, ein klarer Kurs und eine gemeinsame Verantwortung gefragt; eine Verantwortung, die sich übrigens auch in den Reden widerspiegeln muss, die in diesen Tagen zu Europa gehalten werden. Verantwortung heißt immer, dass man sich fragt, wie die **Lage in Europa** ist. Ich möchte dabei zu drei Punkten Stellung nehmen.

Erstens. Was ist Europa für uns Deutsche? Zweitens. Wodurch wird die europäische Idee bedroht? Drittens. Was könnten die Antworten sein, die wir zu geben haben?

Zunächst will ich sagen: Europa ist für uns Deutsche eine ungeheure Erfolgsgeschichte, weil sie uns aus den Irrungen und Wirrungen herausgeführt hat, die nicht zuletzt von Deutschland ausgegangen sind. Die **Nachkriegsordnung** hat etwas damit zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist unsere Verantwortung gefragt. Deutschland war immer Profiteur des europäischen Fortschritts. Die Behauptung, wir seien der Zahlmeister Europas, ist immer falsch gewesen. Wir haben als größtes Land in der Mitte Europas immer mehr davon profitiert als irgendein anderes Land.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ein Land, das so vom **Export** abhängt, wie wir es tun, kann nur Exportweltmeister sein, wenn man einsieht, dass es falsch ist, den Menschen zu suggerieren, wir seien die **Zahlmeister** und würden dafür sorgen, dass Geld woandershin transferiert wird. Wir sind selbst in der **Krise** die Profiteure. Was glauben Sie, warum die Banken sich dazu entschlossen haben, weiterhin mit Griechenland Geschäfte zu machen? - Sie haben sich nicht dafür entschieden, weil sie den Altruismus für sich entdeckt hätten, sondern weil sie mit dem, was sie dafür bekommen, Geschäfte machen, die uns zu Milliarden Gewinnen führen werden. Auch hier sind Europa und auch Deutschland nicht etwa Zahlmeister, sondern Profiteure dieser Entwicklung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Ralf Stegner)

Das muss man berücksichtigen, wenn man über diese Dinge spricht und den Menschen in Teilen Angst macht. Deshalb möchte ich mich ganz besonders mit der Fragestellung beschäftigen, wodurch die **europäische Idee** bedroht wird. Hier stimmen wir nicht überein: Es ist eben nicht in erster Linie eine Staatsschuldenkrise, über die wir hier reden.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Das ist ein Aspekt, aber das ist nicht der zentrale Aspekt. Ich komme gleich zu der Begründung, warum ich das so sehe.

Die **Situation in Griechenland** ist nicht so, dass die Menschen dort weitgehend über ihre Verhältnisse leben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dort arbeiten, leben nicht über ihre Verhältnisse.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Richtig ist, dass zum Beispiel die frühere konservative Regierung bei den Zahlen getrickst und betrogen hat. Das ist richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP]: Ja, Rot-Grün!)

Richtig ist auch dies: Wenn geholfen wird, dann sind selbstverständlich **Gegenleistungen** für die Hilfe notwendig, das ist klar. Dies soll aber bitte nicht in der Attitüde des deutschen Besserwissers geschehen, der den Menschen erzählt, was sie zu tun hätten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Tat wünsche ich mir zum Beispiel, dass in Griechenland Steuern eingetrieben werden. Die Reichen und die Superreichen werden an den Dingen nicht beteiligt. Das wäre etwas, was helfen würde. Helfen würde auch, wenn wir weniger Rüstungsgüter nach Griechenland exportieren würden. Das wäre nicht ganz verkehrt, denn dafür gibt man dort mehr aus als in anderen Ländern, ohne stärker bedroht zu sein. Das sind Dinge, über die man reden kann. Ich warne aber davor, die Finanzkrise - -

(Zurufe von CDU und FDP)

- Heute ist der dritte Jahrestag der Pleite von Lehman Brothers. Die Hauptbedrohung für die europäische Einigung sind der Marktradikalismus und die Zockerei der Finanzindustrie, also diejenigen, die uns die Krise eingebrockt haben.

(Beifall bei SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Denken Sie an **Irland**. Sie haben uns erzählt, wie toll das dort ist: Löhne runter, Steuern runter, keine Regulierung der Finanzindustrie, sondern man hat sie sich entwickeln lassen. Was ist aus dem Superland Irland geworden? - Das Superland Irland ist ein Kandidat für Hilfe geworden, weil diese Rezepte immer falsch gewesen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war in der **Finanzkrise** nicht der Staat das Problem, sondern er war die Lösung der Probleme: Die Konjunkturpakete, die Frank Steinmeier und andere eingebracht haben, waren die Lösung. Die FDP war immer dagegen, um sich danach zu rühmen und zu sagen, das sei ein XXL-Aufschwung. Das ist der Beitrag der FDP.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, das Einzige, was bei Ihnen XXL ist, ist Ihre Klappe.

(Beifall bei der SPD)

Das, was die FDP dazu eingebracht hat, ist offenkundig. Es ist offenkundig, dass sie dagegen gewesen ist, dass der Staat solche Hilfen gibt. Ich muss sagen, ich bin weit davon entfernt, die Staatsgläubigkeit - -

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, ich unterbreche Sie. „Klappe“ ist kein parlamentarischer Ausdruck.

(Widerspruch bei der SPD)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich stelle fest: Das, was der Kollege Kubicki gestern über seine Mutter gesagt hat, ist hier ungezügelt geblieben. Ich will das Präsidium aber nicht kritisieren. Lassen Sie mich fortfahren!

Ich bin weit davon entfernt, die Staatsverherrlichung derer zu teilen, die sich auf dieser Seite des Parlaments gelegentlich dazu äußern. Das ist aber heute weniger das Problem, sondern die Anti-Staatshaltung von Parteien wie der FDP, die immer noch nicht kapiert haben, dass Marktliberalismus und der Wettbewerbsfundamentalismus, den Sie gestern beim Glücksspielthema so gefeiert haben, nicht der richtige Weg für Europa sind und dass die Politik aufgefordert ist zu helfen, um die Krise zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)



(Dr. Ralf Stegner)

Das hat sie nämlich getan. **Banken** sind verstaatlicht worden, es sind sogar private Banken verstaatlicht worden. Ich hätte es mir früher nicht vorstellen können, dass so etwas passiert.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das habt ihr doch immer gefordert! - Zurufe von der FDP)

Sie verwechseln die Krankheit mit dem Medikament. Das Medikament waren Konjunkturprogramme und Hilfen für Wachstum und Beschäftigung. Das hat Deutschland übrigens aus der Krise geführt. Ich sage es noch einmal: Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie in der Großen Koalition gewesen, diese Programme vorzuschlagen.

(Zurufe von CDU und FDP - Anhaltende Unruhe)

- Frau Präsidentin, die lärmten hier, weil sie nervös sind. Ich kann das verstehen, aber es wäre ganz schön, ab und zu einmal ausreden zu können.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

In der Tat. - Meine Damen und Herren, hören Sie bitte zu.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Die zweite Bedrohung Europas geht von den **Euro-papopulisten** aus. Leider gibt es diese nicht mehr nur bei der CSU, sondern inzwischen auch bei der FDP. Den Menschen wird Angst gemacht, und es wird mit Vorurteilen und Ressentiments gearbeitet. Dass Herr Westerwelle sich zur Witzfigur gemacht hat, ist schlimm genug. Dass der neue FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister sich daran beteiligt und dass Herr Oettinger davon redet, die Flaggen auf Halbmast zu setzen, ist eine Form des politischen Stils, von dem man sagen muss: Das ist anti-europäisch, das ist völlig daneben und trägt überhaupt nicht dazu bei, irgendein Problem zu lösen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schade, dass die Partei von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher mit Blick auf die kommenden Wahlen offenbar so verzweifelt ist, dass sie meint sich solcher Methoden bedienen zu müssen.

(Zuruf von der FDP: Starkes Argument!)

Das geht aber noch weiter. Es sind nicht nur die Rechtspopulisten, sondern leider haben wir in Europa eine Entwicklung, die ganz rechts ist. Schauen Sie sich **Ungarn** an. Es ist eine Katastrophe; das ist rechts bis rechtsextrem, was wir dort zu sehen krie-

gen. Leider haben wir das in **skandinavischen Ländern** auch. Ich bin froh, dass das bei den norwegischen Regionalwahlen korrigiert werden konnte, und wir hoffen sehr, dass in der Dänemark-Wahl heute auch die Rechtspopulisten an Einfluss verlieren. Aber es ist eine große Bedrohung. In **Italien** sind Leute in der Regierung, die sagen: Wenn sie die Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer sehen, dann wollen sie Kanonendonner hören. Das ist ein Teil europäischer Entwicklung. Ich sage Ihnen: Wir müssen wieder für **Toleranz** und **Menschenwürde** und für **Fortschritt** in Europa arbeiten, damit sich solche Mehrheiten verändern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Chinesen jetzt Angebote machen, dann liegt das doch auch daran, dass die europäischen Regierungschefs so schwach geworden sind. Gegen das, was Frau Merkel mit ihrer Regierung veranstaltet - da hat Sigmar Gabriel recht -, ist doch ein Hühnerhaufen eine geordnete Formation. Das ist doch einfach so. Herr Berlusconi ist eher ein Operettenpräsident, als dass man sagen könnte, dass er sein Land Italien vernünftig führt. Mit Herrn Sarkozy ist es ähnlich.

Was zu tun ist, ist - darüber müssen wir ja nachdenken -, dass wir ein **Europa der Menschen** haben wollen und kein Europa der Märkte. Wir wollen ein Europa der Menschen haben, in dem sich die Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, und nicht eines, das insbesondere die Märkte in den Vordergrund stellt.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Herbst?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr gern.

**Niclas Herbst [CDU]:** Herr Kollege, wollen Sie bei Ihrem Rundumschlag vielleicht auch noch Bezug nehmen auf den Europabericht der Landesregierung, zum Beispiel Ostsee-Zusammenarbeit, INTERREG, Nordsee-Zusammenarbeit?

- Herr Kollege Herbst, wenn Sie der Debatte bis zum Ende gefolgt sein werden, werden Sie sozialdemokratische Beiträge zum Europabericht hören. Ich bin allerdings sehr wohl der Auffassung, dass

(Dr. Ralf Stegner)

das, was der Ministerpräsident in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt hat, nämlich die Frage, was in Europa eigentlich zu tun ist, aufgegriffen werden sollte. Er sprach von der Staatsschuldenkrise, die der Hauptpunkt sei. Da sind wir anderer Auffassung. Ich versuche das hier darzulegen. Vielleicht haben Sie die Geduld, dem zuzuhören. Dann können Sie dabei etwas lernen, Herr Herbst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin nämlich bei der Frage, was zu tun ist. Ich glaube, was zu tun ist, sind insbesondere **Investitionen** für Wachstum, für Beschäftigung, zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit, zu Perspektiven für junge Menschen in Europa, **Werbung für Demokratie** und nicht Löhne runter, alles privatisieren, was nicht niet- und nagelfest ist, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir glauben überhaupt nicht, dass die **Eurobonds** - insofern haben Sie schlecht gelesen, Herr Ministerpräsident - sozusagen das Patentrezept seien. Wir sagen allerdings schon: Den Menschen hier weiszumachen, es ginge ohne eine Beteiligung der Deutschen, heißt, ihnen Sand in die Augen zu streuen. Wir finden allerdings, dass dann, wenn wir über Eurobonds oder so etwas reden, das mit einer **Transaktionssteuer** gekoppelt sein muss, damit das nicht die Arbeitnehmer hier bezahlen, sondern die, die die Krise angerichtet haben, die Spekulanten und andere.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben, dass die **Finanzkontrolle** verstärkt werden muss. Ich sage noch einmal: Am dritten Jahrestag der Lehman-Pleite muss uns doch klar sein, dass wir mehr Finanzkontrolle brauchen und nicht weniger. Das steht doch auf der Tagesordnung Europas.

Mein SPD-Präsidiumscollegen Martin Schulz hat gestern im Europäischen Parlament gesagt: Die, die jetzt über Staatspleiten schwadronieren,

(Zuruf von der CDU: Die haben Sie verurteilt!)

zeigen doch deutlich an, dass eigentlich ihre Parteien politisch pleitegegangen sind, wenn sie meinen, dass sie so zündeln müssen. Das ist völlig verantwortungslos. Was würde denn die Konsequenz sein, wenn **Griechenland** pleiteginge? Es glaube doch niemand, dass danach nicht die nächsten Länder folgen würden. Das würde doch mit **Portugal** und **Irland** und wahrscheinlich **Italien** so weitergehen. Wer soll das bezahlen? Was hieße das für Ar-

beitslosigkeit und für andere Entwicklungen, meine sehr verehrten Damen und Herren? - Das wäre eine Katastrophenentwicklung! Daran kann Deutschland kein Interesse haben, und daran dürfen wir uns auch nicht beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schlimm genug, dass es Minister in der Bundesregierung sind, die sich öffentlich so unverantwortlich einlassen, weil die Finanzmärkte sehr wohl auf so etwas reagieren.

Übrigens, zu der **Nervosität der Finanzmärkte** will ich deutlich sagen: Ich glaube, wir müssen sehr viel deutlicher sagen, dass hier der **Primat der Politik** gelten muss **gegen den der Märkte** und nicht die Märkte entscheiden, was in der Welt geschieht.

(Zuruf von der FDP: Eben!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind seit unserem Heidelberger Parteitag 1925 der festen Überzeugung

(Zurufe: Oh!)

- da gab es Sie noch nicht -, dass wir die **Vereinigten Staaten von Europa** brauchen, die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ihre Werte gründen. Das sind auch heute noch die richtigen Werte. Es ist sehr, sehr einfach, so zu reden, dass einem die Stammtische zustimmen. Das ist ganz simpel. Warum sich um die Fakten kümmern, wenn man Vorurteile schüren kann? Das ist sehr einfach. Aber Erich Kästner, mit dem ich gern schließen möchte, hat einmal gesagt: Erst wenn die Mutigen klug und die Klugen mutig geworden sind, wird es Fortschritt geben!

(Niclas Herbst [CDU]: Europabericht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso ist es. Es ist viel mutiger, zu den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, von europäischer Toleranz zu reden, als hier Vorurteile zu schüren und so zu tun: Wenn die nur genug sparen würden, dann wäre das alles in Ordnung. Am besten machen sie es wie die Schleswig-Holsteiner, wie der Ministerpräsident immer sagt, damit wir nicht Griechenland werden. Daraus kommt kein Nutzen! Nutzen kommt, wenn wir uns an unserer gemeinsamen Verantwortung beteiligen, für Wachstum, für Beschäftigung, für soziale Sicherheit in Europa zu sorgen. Wir wollen ein **soziales Europa** und kein kaltherziges Europa der Märkte und der Finanzhaie!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor gerade einmal sechs Jahrzehnten lag Europa komplett in Schutt und Asche. Es waren keine Naturkatastrophen oder göttliche Heimsuchungen, die damals das Grauen verursacht haben, die Not, Schrecken und Elend, die Vernichtung und Tod in apokalyptischer Dimension über die Völker eines ganzen Kontinents und weit darüber hinaus gebracht haben. Der Mensch, getrieben von Größenwahn, Verblendung und Hass, war es selbst. Wir mussten neue Worte erfinden, um das selbst verschuldete Grauen überhaupt beschreiben zu können. Wir haben uns damals geschworen: Nie wieder Krieg!

Dieser Schwur unserer Väter war absolut ernst gemeint, und er bindet uns noch heute. Dieser Schwur verbindet uns mit den Völkern Europas; denn alle haben sich damals das Gleiche geschworen, und sie haben uns in ihrer Mitte, in Europa aufgenommen. Deshalb sage ich voller Überzeugung: **Europa** war und ist das größte und erfolgreichste **Friedensprojekt** der Weltgeschichte.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir über Europa und den Euro reden. Kleinlichkeit, Rechtshaberei und Schulmeisterei stehen uns nicht gut an. Wir haben Europa unendlich viel zu verdanken, vor allem den Frieden. Nicht ohne Grund sind wir seit Jahren, seit Jahrzehnten Exportweltmeister und Weltmeister im Verreisen. Das alles geht nur, weil die **Grenzen** gefallen sind. Wir haben über Jahrzehnte auch wirtschaftlich von Europa profitiert wie kein zweites Land. Dieses Europa, unser gemeinsames Europa, kann jetzt darauf vertrauen, dass wir alles unternehmen werden, um das Friedensprojekt Europa dauerhaft abzusichern und zum Erfolg zu führen. Dazu brauchen wir Klugheit, wirtschaftlichen und politischen **Sachverstand** und **Vertrauen** in unsere Partner, Vertrauen, das man auch uns damals nach dem Krieg geschenkt hat, als wir es bitter nötig hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte der Landesregierung für die Erstellung des **Europaberichts** sehr herzlich danken. Er stellt eindrück-

lich dar, dass wir in Schleswig-Holstein nicht am Rand, sondern im Herzen Europas leben und danach handeln. Alle gesellschaftlichen Bereiche in unserem Land werden direkt oder indirekt von Europa maßgeblich beeinflusst.

Deswegen umfasst der vorliegende Bericht alle landespolitischen und fachlichen **Schwerpunkte der Landesregierung**. Besonders hervorheben möchte ich die Ostsee- und Nordseekooperation sowie die interregionale Zusammenarbeit, die Energie-, Klima- und Meerespolitik.

Der Debatte des schleswig-holsteinischen Europaberichts kommt in diesen Tagen eine besondere Bedeutung zu. Letzte Woche hat die Bundeskanzlerin in der Generalausprache in der Haushaltsdebatte ein klares Bekenntnis zur **gemeinsamen europäischen Währung** und damit auch für Europa abgegeben. Deutschland könne auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es Europa nicht gutgehe, so die Kanzlerin. Und sie hat recht.

(Beifall bei der CDU)

Davon ist selbstverständlich auch Schleswig-Holstein nicht auszunehmen, und zum Glück kann ich sagen: Schleswig-Holstein geht es gut.

Die **Förderpolitik der Europäischen Union** vergrößert unsere Entwicklungschancen ganz erheblich. So stehen unserem Land in der aktuellen Förderperiode bis 2013 insgesamt rund 800 Millionen € aus den **EU-Strukturfonds** zur Verfügung, die von der Landesregierung über das **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** vergeben werden. Zudem stehen in dieser Förderperiode für **grenzüberschreitende deutsch-dänische Projekte** für die Region Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N. 44 Millionen € und für die Region Fehmarnbelt 23 Millionen € zur Verfügung.

Ich kann also Kommunen, Verbände, Wirtschaft und Wissenschaft sowie alle Beteiligten nur dazu aufrufen, sie bestärken und bekräftigen, bei vielen EU-Projekten mitzuwirken, um Europa im wahrsten Sinne des Wortes zu leben.

Die **Strategie „Europa 2020** - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ löst die **Lissabon-Strategie** ab und dient als Programm für die nächsten zehn Jahre. Grundpfeiler dieser Strategie werden drei einander bedingende und einander verstärkende Prioritäten sein: intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum und integratives Wachstum.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte der Landesregierung herzlich für diese europafreundli-

(Johannes Callsen)

che, richtige, wichtige und weitsichtige Politik danken.

Lassen Sie mich zum **Antrag der SPD-Fraktion**, der die Überschrift trägt: „Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa“, Folgendes sagen.

Ich finde, allein die Überschrift Ihres Antrages ist schon bizarr. Denn das, was die SPD in Schleswig-Holstein bis 2005 vorgelegt hat - Ihre Schuldenpolitik -, hat mit verantwortungsvoller **Finanzpolitik** rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine verantwortliche Finanzpolitik für Europa fängt nämlich zu Hause, fängt hier in Schleswig-Holstein an. Und wir, die Koalition von CDU und FDP, betreiben sie, nämlich mit dem **Doppelhaushalt 2011/2012**, mit dem wir hier in Schleswig-Holstein - um mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sprechen - die letzte Ausfahrt vor Griechenland genommen haben. Es ist der große Erfolg unserer Landesregierung, dass die **Nettoneuverschuldung** gegenüber 2005 deutlich gesenkt werden konnte.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Nettoneuverschuldung bis 2020 auf null senken - als Beitrag für ein stabiles Europa und aus Verantwortung vor der nächsten Generation.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit haben wir die Weichen dafür gestellt, dass wir eben nicht in eine bedrohliche Finanzsituation geraten.

Sie fordern jetzt in Ihrem Antrag Programme zur Förderung der Ausbildung, Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD:  
Ja! Genau!)

Das alles sind echte Ausgabensteigerungsprogramme. Ich lese in Ihrem Antrag kein Wort dazu, wie diese konkret finanziert werden sollen. Dabei können wir glücklich sein, dass wir in den vergangenen Jahren bereits aus eigener Kraft in Schleswig-Holstein vieles erreicht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wer an das Jahr 2005 denkt - ich weise immer wieder gern darauf hin -, bevor die CDU die Regierungsverantwortung übernommen hat, hatten wir kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben das ganz allein gemacht! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Historischer Höchststand war die Zahl von fast 180.000 Arbeitslosen. Dieser Negativtrend konnte zum Glück seither umgekehrt werden,

(Beifall bei CDU und FDP)

und zwar durch richtige Rahmenbedingungen der Landes- und der Bundespolitik, aber auch - das sage ich ganz ausdrücklich - durch das Engagement unseres Mittelstandes.

(Zuruf von der SPD: „Held der Arbeit“!)

Seit 2005 sind mehr als 70.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich entstanden.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Ich kann Ihre Aufregung ja verstehen. Aber so sind die Zahlen. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Zuwachs, meine Damen und Herren, ist deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Das ist verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik für Europa. Angesichts der Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** in der **Eurozone** sind wir gut beraten, die **Bundesregierung** bei all ihren Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros zu unterstützen.

Die SPD sollte nicht von ihrem eigenen Versagen ablenken. Herr Kollege Dr. Stegner, den Eindruck zu erwecken oder die Schlussfolgerung zu ziehen, die schleswig-holsteinische Wehrindustrie sei schuld an der Krise in Griechenland, das ist völliger Quatsch.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! - Zurufe von der SPD - Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

**Johannes Callsen [CDU]:**

Nein. Ich würde gern in meiner Rede fortfahren.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Unruhe bei der SPD)

(Johannes Callsen)

Ich finde es bedauerlich, dass Sie diese ernsthafte Europadebatte für Populismus und Parteitagshetorik missbrauchen.

(Lachen bei der SPD)

Wer wie Sie heute über die **Einführung von Eurobonds** redet, der muss den Menschen auch sagen, was das bedeuten kann. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich aus dem „Focus“ vom 3. September 2011:

„Wenn wir einen Eurobond haben, bei dem Deutschland 27 % garantiert, Frankreich 20 % und Griechenland 2 %, dann läge das Rating des Eurobonds bei „CC“, was der Kreditwürdigkeit Griechenlands entspricht.“

Wir können den Finanzminister ja einmal fragen, was er von dem Vorschlag hält, anstatt knapp 3 % künftig 4, 5, oder 6 % **Zinsen** zu zahlen. Es ist eben schon gesagt worden: Auf Schleswig-Holstein kämen hierdurch **Mehrbelastungen** in Höhe von 40 bis 45 Millionen € zu. Erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern, woher Sie dieses zusätzliche Geld nehmen wollen oder wo Sie kürzen wollen!

(Beifall bei der CDU)

Nein, Ihre Antwort ist an dieser Stelle wieder zu einfach. Statt neuer Ausgaben brauchen wir eine **europäische Lösung**, eine **konsequente Haushaltskonsolidierung**, klare Auflagen für **strukturelle Reformen in den Krisenstaaten** sowie den **europäischen Rettungsschirm**, den der Bundestag Ende des Monats beschließen wird.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck? - Offensichtlich nicht.

Für die FDP-Fraktion hat nun der FDP-Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas erstaunt über die Art und Weise, wie die Debatte hier geführt wird.

(Zurufe von der SPD: Wir auch! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ich nicht!)

Ich bin deshalb erstaunt, weil ein Problem, das alle Menschen in diesem Land existenziell betrifft und für das niemand von uns eine Patentlösung hat, eigentlich, meine ich, eine ernsthafte Debatte verdient hätte und keinen Schlagabtausch über die Frage, wer woran denn nun schuld ist.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Die Frage lautet immer: Wer ist woran schuld?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wunderbar!)

Wer hat die moralisch bessere Position?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das wollen wir!)

Es geht dabei nicht um den Austausch von Sachargumenten, sondern darum, wer angeblich die moralisch bessere Position bei der Formulierung von Lösungsvorschlägen hat.

Ich selbst bin mittlerweile ja auch ein Mitglied der älteren Generation -

(Zuruf von der FDP: Schon länger!)

obwohl es mir manchmal schwerfällt, das zu akzeptieren.

(Heiterkeit)

Aber meine Kinder beispielsweise, meine Töchter, die inzwischen 30 Jahre alt sind, sind in einem **Europa** aufgewachsen, wie sie es gar nicht mehr anders kennen, nämlich einem Europa ohne Grenzen, einem Europa, in dem man keine Grenzkontrollen mehr passieren muss. Sie leben in einem Raum, in dem man in einer **einheitlichen Währung** bezahlen kann, sie leben in einem Raum, in dem es selbstverständlich ist - so, wie es für mich selbstverständlich war, von Braunschweig nach Hannover zu fahren -, von Kiel nach Rom, von Kiel nach Paris oder von Kiel nach London zu reisen und sich in diesem gesamten Raum zu Hause zu fühlen. Sie haben ein ganz anderes Empfinden als beispielsweise Vertreter meiner Generation oder ich selbst, die wir ja noch die **Grenzen** innerhalb Europas kennen und die wir uns noch gut an den Eisernen Vorhang erinnern. Wir kannten ja noch Distanzen über Blöcke hinweg.

Ein Teil der Debatte, die wir momentan führen, wird von diesen jüngeren Menschen gar nicht mehr verstanden. Denn für sie ist Europa eine Selbstver-

(Wolfgang Kubicki)

ständigkeit geworden, die sie nicht mehr aufgeben wollen und auch nicht aufgeben werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Deshalb weigere ich mich auch zu akzeptieren, dass wir so tun, als wäre Europa nur der Euroraum. Europa ist auch Großbritannien, ein Land, das dem Euroraum nicht angehört. Dasselbe gilt für Dänemark.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Für mich ist Europa auch die Türkei, Herr Habeck. Da gibt es kein Vertun, obwohl die **Türkei** noch einige Kriterien erfüllen muss, insbesondere was die Rechtsstaatlichkeit angeht, bevor ich akzeptieren würde, dass wir dieses Land nicht nur als Partner, sondern auch als Teil unserer europäischen Familie ansehen.

Aber unabhängig davon ist doch die Frage: Wie gehen wir mit einem Problem um, das die Menschen mittlerweile nicht nur beschäftigt, sondern das an die Grundfesten unserer eigenen wirtschaftlichen und fiskalischen Existenz geht? Das ist eine Kardinalfrage, die nicht damit beantwortet werden kann, Herr Kollege Stegner, dass man sagt: „Das eine ist gut, und das andere ist schlecht. Leute, die Fragen stellen, sind die Schlimmen, Leute, die schweigen wollen, sind die Guten.“

Ich habe mich heute wirklich gewundert, Herr Kollege Stegner - ich komme deshalb auch noch einmal darauf zurück -, dass ausgerechnet die Sozialdemokraten mit Ihnen an der Spitze die Renditeerwartungen von **Großbanken** verteidigen. Sie müssen einmal überlegen, was Sie gerade gesagt haben. Die Banken nehmen **griechische Staatsanleihen** in ihr Portefeuille, mit einer Verzinsung, die deshalb so hoch ist, weil ein Ausfallrisiko besteht. Jetzt kommen Sie und sagen: Wir garantieren als Staat, dass es kein Ausfallrisiko gibt. Das nehmen wir ihnen ab. Die Leute wären ja blöd, wenn sie jetzt nicht wie wild griechische Staatsanleihen kauften. Denn damit bekommen sie eine **Verzinsung**, die sie bei deutschen Staatsanleihen nicht bekommen - und zwar deshalb, weil der deutsche Steuerzahler garantiert, dass auf jeden Fall kein Ausfallrisiko besteht. Wie blöd ist das denn? Wenn Sie von Spekulation reden, dann treiben Sie damit die Spekulationen wirklich in die Höhe.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich. Denn ich gehe davon aus, dass das eine Sachfrage ist und nicht wieder ein polemischer Einwurf.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich habe eine Doppelfrage an Sie, Herr Kollege Kubicki. Zum einen: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich darauf hingewiesen habe, dass Deutschland selbst in der Krise mit Blick auf das, was die deutschen Banken tun, davon profitiert, und dass ich mitnichten die Renditeerwartungen verteidigt habe?

Zum anderen: Teilen Sie die Einschätzung des Landesvorsitzenden der FDP aus Schleswig-Holstein, der formuliert hat, Griechenland sei wie „ein Alkoholiker, den man auffordert, das Trinken einzustellen, und ihm gleichzeitig eine Kiste Schnaps gibt“?

- Ich fange mit der letzten Frage an, Herr Kollege Dr. Stegner. Der Kollege Koppelin ist in meiner Partei für seine tiefgreifenden Analysen und auch für seine blumige Sprache bekannt.

(Heiterkeit)

Aber in der Tat teile ich aus ökonomischen Gründen seine Auffassung, dass die Erklärung: „Wir retten Griechenland auf jeden Fall“, die Anstrengungen der dortigen Regierung, des dortigen Parlaments mit Sicherheit nicht beflügelt, die notwendigen Sparmaßnahmen zu ergreifen, um mit der Krise fertig zu werden. So einfach ist das.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Stegner, erklären, dass, egal was dort passiert, Deutschland **Griechenland** auf jeden Fall retten wird, werden die Anstrengungen dort nicht intensiviert, sondern eher erlahmen - wofür ich ein gewisses Verständnis habe. Auch ich hätte als Parlamentarier äußerst ungerne Demonstrationen von Hunderttausenden von Menschen vor meinem Parlament für Maßnahmen, die ich ergreifen muss, wenn in Deutschland bereits erklärt wird: Egal was ihr tut, wir retten euch auf jeden Fall.

Deshalb sage ich, Herr Dr. Stegner, die Diskussion „auf jeden Fall“ ist vielleicht eine moralisch nette, eine persönlich nette, aber ökonomisch ist sie fatal.

(Wolfgang Kubicki)

Die erste Frage war die - - Sie müssen mir noch einmal helfen. Ich bin, wie gesagt, schon etwas älter.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Ich helfe Ihnen gern noch einmal und verbinde das mit einer weiteren Frage, wenn ich darf. Ich hatte Sie gefragt, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass ich nicht die Renditeerwartungen der deutschen Banken verteidigt habe, sondern dass ich darauf hingewiesen habe, dass auch in dieser Lage die deutschen Banken daran verdienen? Deshalb machen sie ja ihr Geschäft.

Meine zweite Frage ist: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich mitnichten gesagt habe, Leistung erfolgt ohne Gegenleistung, sondern im Gegenteil gesagt habe, wir erwarten natürlich auch, dass dort zum Beispiel Steuern eingetrieben werden, und ein paar Vorschläge gemacht habe, die der Kollege Callsen etwa mit Blick auf Rüstungsexporte diskreditiert hat?

- Herr Dr. Stegner, Deutschland profitiert immer - so oder so -, weil wir die stärkste Wirtschaftsnation sind. Die spannende Frage ist nur: Helfen wir den **Griechen** mit den Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben? Das glaube ich nicht. Wenn Sie feststellen, dass Griechenland unter einer sozialistischen Führung nicht in der Lage ist, 40 Milliarden € **Steuerschulden** einzutreiben, die bereits festgesetzt sind, dann ist die Erklärung: „Erhöht die Steuern und treibt mehr ein“, eine nette, aber in kurzer Zeit wahrscheinlich nicht von Erfolg gekrönt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Insofern glaube ich, dass diese Vorschläge von Ihnen nett gemeint sind, aber nicht weiterhelfen werden.

Herr Dr. Stegner, ich will damit nur sagen: Niemand von uns hat ein Patentrezept. Es wäre fatal, so zu tun, als wäre das so.

Wenn das Institut für Weltwirtschaft gestern erklärte, dass all die Maßnahmen, die beschlossen worden sind, nicht ausreichen werden, um Griechenland zu retten, muss man sich einmal die Frage stellen: Was dann?

(Zuruf: Jawohl!)

Die Frage, ob nicht ein **Schuldenschnitt**, ein Haircut - übrigens unter Beteiligung der Banken -, nicht auch eine Maßnahme sein kann, die Griechenland

wieder auf die Füße hilft, muss jedenfalls diskutiert werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels  
[DIE LINKE])

- Ich weiß nicht, ob Sie den Begriff Insolvenz kennen, Herr Schippels. Aber ein Haircut, ein Schuldenschnitt, ist nichts anderes als eine **geordnete Insolvenz**, weil sie den Gläubigern nur einen Teil der Forderungen zurückzahlen - was im Insolvenzverfahren übrigens auch so ist. Im Insolvenzverfahren wird eine Quote errechnet. Aufgrund der Quote werden die Gläubiger befriedigt.

Noch einmal: So zu tun, als dürften wir darüber nicht debattieren, als dürfte das Parlament nicht darüber diskutieren, als dürfte die deutsche Öffentlichkeit nicht darüber debattieren, bedeutet ja, Herr Dr. Stegner, dass Sie den Märkten hinterherlaufen, statt den **Primat der Politik** umzusetzen.

Wir müssen das offen und ehrlich auch mit unseren griechischen Freunden diskutieren. Gerade weil wir Freunde Europas und Freunde Griechenlands sind, müssen wir das mit ihnen gemeinsam diskutieren und nach Lösungswegen suchen, die dauerhaft den Griechen und anderen helfen, mit dem Problem fertig zu werden, vor dem sie stehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nun zu der wunderbaren Forderung von **Eurobonds**. Eurobonds, gemeinsame Anleihen, machen Sinn, wenn man die Vereinigten Staaten von Europa hat oder eine **gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik**. Sie machen keinen Sinn, wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, und zwar deshalb nicht, weil sie damit denjenigen, die bestimmte Kriterien nicht erfüllen, die Möglichkeit geben, sich über das Maß hinaus, das bisher besteht, weiter zu verschulden, und denjenigen, die diese Kriterien erfüllen - wie Deutschland, Frankreich und andere - Lasten aufbürden, die sie im Zweifel nicht schultern können.

Herr Dr. Stegner, ich sage Ihnen, warum Sie und die Sozialdemokraten von diesem Weg eigentlich ablassen müssten. Sie haben sich gewehrt, Peer Steinbrück hat sich gewehrt, Bund-Länder-Anleihen aufzulegen. Wenn wir **Bund-Länder-Anleihen** hätten - das heißt, der Bund verschuldet sich mit seinem Rating zu günstigeren Konditionen als die Länder und gibt dies an die Länder weiter -, würde allein das **Land Schleswig-Holstein** 40 bis 50 Millionen € pro Jahr sparen - Geld, das wir im Moment sparen müssen, den Geldinstituten geben müssen, weil sich der Bund weigert, Bund-Länder-Anleihen

(Wolfgang Kubicki)

aufzulegen. Dabei würde es in Deutschland Sinn machen, denn wir haben hier einen Haftungsverbund. Wir haben die **Schuldenbremse in der Verfassung** verankert. Das heißt, keinem Land ist es mehr möglich, sich über das Maß hinaus zu verschulden und damit die günstigeren Konditionen zu nutzen, um Ausgaben zu tätigen, die unterhalb des Konsolidierungspfades liegen. Das machen wir nicht.

Die SPD in Deutschland wehrt sich dagegen, was ich überhaupt nicht verstehe, und fordert gleichzeitig da, wo die Voraussetzungen überhaupt nicht vorliegen, einen entsprechenden **Haftungsverbund in Europa**. Das ist nicht nur ökonomischer Unsinn, sondern im Zweifel auch sozialpolitischer Sprengstoff. Die **Vergemeinschaftung von Schulden** - darauf ist hingewiesen worden - würde definitiv dazu führen, dass jedenfalls die Zinsausgaben für die Eurobonds höher wären als die Zinsausgaben für - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben wir doch längst durch die Europäische Zentralbank! Daran sind wir doch beteiligt! Oder ist das falsch?)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich bin immer wieder begeistert, wie Sie dokumentieren, wie Ihr ökonomischer Sachverstand ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind zwar an der Europäischen Zentralbank beteiligt, aber die Frage, ob wir für Bundesanleihen **mehr Zinsen** zahlen, hat mit der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank überhaupt nichts zu tun.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: In Ihrem Beispiel ging es um die Vergemeinschaftung von Schulden!)

- Es geht um die Frage, ob wir für die Aufnahme von Krediten am Kapitalmarkt mehr Zinsen zahlen müssen. Nur um diese Frage geht es. Das hat mit der Beteiligung an der EZB überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es tut mir leid - oder auch nicht -, aber es dokumentiert tatsächlich Ihr komplettes ökonomisches Unverständnis. Wenn Sie feststellen, dass die Zinszahlungen für Anleihen des Bundes in Eurobonds höher wären als für Anleihen in Euro nur auf der Grundlage der deutschen Schuldenaufnahme, müssen Sie immer fragen: Wo kommen die zusätzlichen Mittel her, die Sie aufwenden müssen, um diese Zinszahlungen zu leisten? Dann müssen Sie den

Menschen in Deutschland, in Schleswig-Holstein erklären, dass wir weiterhin einige Ausgaben nicht tätigen können, dass wir weiterhin Probleme haben, Kindergärten zu finanzieren, Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit - oder was immer Sie wollen - zu finanzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Herr Kollege Schippels, weil Sie schlicht und ergreifend wegen der Veränderung der Refinanzierungsstruktur mehr aufwenden müssen als bisher! Da können Sie sagen: Das ist unser solidarischer Beitrag, um Europa am Leben zu erhalten. Ich sage Ihnen, es ist ein ökonomisch völlig unvernünftiger Weg, weil er nicht dazu führt, dass die Krise in Griechenland oder anderswo gelöst wird, sondern weil er dazu führt, dass die Europamüdigkeit in Deutschland und anderswo zunehmen wird, weil die Menschen nicht bereit sind zu akzeptieren - dass sage ich Ihnen ganz ernsthaft -, dass sie hier bis 69 arbeiten müssen, damit anderswo Menschen mit 55 in die Rente gehen können, und sie das finanzieren sollen. So einfach ist das.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, ich bin - das hat weder etwas mit Rechtspopulismus zu tun - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Dass aus Ihrem Mund in meine Richtung kommt, ich hätte etwas mit Rechtspopulismus zu tun, finde ich eine Unverschämtheit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Wenn Sie sagen, dass Argumente denunziert werden dürfen, statt mit ihnen zu argumentieren - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe gesagt, das wäre nicht besser!)

- Warum argumentieren Sie nicht und versuchen zu denunzieren? Damit erreichen Sie, dass die Distanz der Menschen zur Politik, weil wir darüber nicht mehr debattieren, größer wird und dass die Europamüdigkeit größer wird und die europäische Idee in den Herzen der Menschen langsam erstirbt, weil sie nicht mehr mitgenommen werden können auf dem Weg zu einer Solidargemeinschaft innerhalb Europas, sozusagen nur noch mit moralischen Appellen bombardiert werden und das Gefühl haben, sie würden überfordert mit dem, was von ihnen erwartet wird.



(Wolfgang Kubicki)

Noch ein Hinweis! Das **Bundesverfassungsgericht** hat dankenswerterweise - ich sage „dankenswerterweise“, obwohl es hart an der Grenze war - die Bundesregierung bei dem **europäischen Rettungsschirm** unterstützt und die Klagen abgewiesen. Aber ich empfehle allen Beteiligten, das Urteil zu lesen. Da sind Leitplanken drin. Herr Kollege Habeck, ich habe Ihren Beitrag im „Hamburger Abendblatt“ gelesen. In dem Urteil sind Leitplanken drin, die sind nicht ohne. Da steht beispielsweise drin, dass der Gesetzgeber - der Gesetzgeber! -, das Parlament, gehindert ist, Maßnahmen zu beschließen, die eine dauerhafte Überforderung des Bundeshaushaltes intendieren. Das bedeutet: Wenn wir bei 100 % Garantiesumme des Bundeshaushalts sind, ist Schicht im Schacht.

(Peter Lehnert [CDU]: Ja!)

Das heißt eben: Wir müssen uns fragen: Reichen die Maßnahmen, die jetzt auf den Weg gebracht werden, bis dahin aus, und was passiert, wenn wir darüber hinausgehen?

Das Schlimmste, was uns in der politischen Klasse passieren kann, ist, dass uns das Bundesverfassungsgericht bei der nächsten Klage reinschreibt: Von Verfassungs wegen sind wir daran gehindert, Maßnahmen zu ergreifen, die wir unter Umständen ökonomisch für sinnvoll halten.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb sage ich noch einmal, Herr Dr. Stegner: Eine ernsthafte Debatte sieht anders aus, als sich wechselseitig mit moralischen Überzeugungen zu überziehen und zu denunzieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

In einer ernsthaften Debatte sind die Fragen zu beantworten: Was ist ökonomisch sinnvoll? Was können wir leisten? Die Debatte hat vor allem unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, die europäische Idee in unseren Herzen zu retten und zu forcieren. Um das zu erreichen, muss die Debatte allerdings anders geführt werden als so, wie Sie sie führen.

Der letzte Punkt meiner Ausführungen betrifft die **Finanztransaktionssteuer**. Herr Dr. Stegner, da Sie immer verfolgen, was ich sage und schreibe, erinnern Sie sich sicherlich daran, dass ich bereits vor anderthalb Jahren dafür geworben habe - auch in meiner Partei -, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Politik gut beraten ist, die Finanzmärkte mit Regeln in den Griff zu bekommen, statt ihnen dauernd hinterherzulaufen. Es reicht nicht, ständig den „Primat

der Politik“ einzufordern; wir müssen es irgendwann auch in Regeln umsetzen.

Dabei ist allerdings genau hinzuschauen, was wann wo greift. Eine Finanztransaktionssteuer ohne Großbritannien ergäbe überhaupt keinen Sinn; denn dann wäre **London** der **Finanzplatz**, an dem alle Transaktionen ausgeführt würden, weil dort keine Steuer anfällt. Das wäre also nur ein Placebo für die Wüste. Eine Finanztransaktionssteuer hat nur Sinn, wenn sie wenigstens in allen Ländern des gemeinsamen Europa erhoben wird.

Was bestimmte Geschäfte angeht, so bin ich selbstverständlich dafür, dass wir es den Banken schlicht und ergreifend untersagen, solche Geschäfte auszuführen. Herr Koch, bei aller Liebe, aber Wetten auf den Verfall von Währungen, Wetten auf den Verfall von Ländern und Wetten auf den Verfall von Aktien durch Leerverkäufe sollten wir nicht mehr zulassen!

Herr Dr. Stegner, Ihr Parteifreund, Herr Asmussen, der im vergangenen Jahr dankenswerterweise Gastredner beim Sommerempfang der FDP war, wird Ihnen aber erklären, dass auch in Bezug auf diese Geschäfte das **isolierte Vorgehen** einzelner Staaten nicht weiterhilft, weil sie sonst woanders abgeschlossen werden und wir unsere Finanzindustrie in Deutschland im Wettbewerb benachteiligen. Wir brauchen also auch hier **europäische Lösungen**. Ich betone: Diese erreichen wir nicht durch Denunzierung, sondern nur durch Argumentation und Austausch von Meinungen. Dafür werbe ich. Wenn diese Europadebatte ein Anfang dafür wäre, dass wir wenigstens in unserem Haus darüber diskutieren könnten, wie es weitergehen soll, dann wäre ich sehr dankbar.

Eines ist jedenfalls klar, Herr Dr. Stegner: Länder, die in ihre Verfassung keine Schuldenbremse eingebaut haben - wir haben sie im Grundgesetz verankert -, müssen erst diese Aufgabe erledigen, bevor sie Anspruch erheben können, von uns Hilfe zu erhalten.

(Lebhafter Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält der Fraktionsvorsitzende Dr. Robert Habeck das Wort.

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei Anmerkungen vorweg: Erstens. Sehr geehrter Herr Callsen, verantwortliche Finanzpolitik mag vor der eigenen Haustür beginnen, aber sie darf nicht vor der eigenen Haustür enden. Deswegen ist der Kontext, in dem wir den Europabericht der Landesregierung zur Kenntnis nehmen, ein ganz anderer. Wir müssen den Europabericht in einer viel größeren Dimension behandeln - ich werde versuchen, das in meiner Rede durchzudeklinieren -, als wir ihn noch vor einem Jahr angelegt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Herr Kollege Kubicki, es ist gut, wenn Sie klargestellt haben, dass es keine Patentlösungen gibt und dass eine ernsthafte Debatte geführt werden muss. Wenn man das will, dann muss man aber auch so reden und darf nicht vorgaukeln, man habe eine Patentlösung.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer hat das denn gemacht?)

Herr Kubicki, wenn Sie fordern, die Debatte anders zu führen, dann sage ich: Vor allem die FDP muss die Debatte anders führen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Christopher Vogt [FDP]: Warum denn?)

Ich stelle fest: Sie haben kein Konzept. Sie haben keine Konzeption für Europa vorgelegt. Das ist durchaus wohltuend, weil andere in Ihrer Partei glauben, Sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer denn?)

- Nun warten Sie doch ab! Ich fange doch gerade erst an.

Man konnte sich bisher immer darauf verlassen - quasi als Rückgrat der schwarz-gelben Regierung in Berlin -, dass CSU und FDP sich gegenseitig auf die Mütze hauen. Aber wenn CSU und FDP eine Allianz eingehen, dann sollten alle Alarmglocken bei uns läuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist nämlich eine Allianz, die unheimlicher kaum sein könnte. Sie speist sich, wie wir am Wochenende lesen konnten, aus nationaler Folklore und 5%-Populismus, und dieser ist vor der Berlin-Wahl

wohl nicht aus Versehen in die Debatte hineingekommen.

Der Ministerpräsident hat gesagt, die Medizin müsse bitter schmecken. Wenn man dieses Wortspiel weitertreibt, könnte man hinzufügen: Während Europa noch versucht, den Patienten zu retten, reden Rösler, Seehofer und Ramsauer bereits mit dem Leichenbestatter. Mich widert das an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Rede war wohl schon lange vorher geschrieben?)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Gern.

**Christopher Vogt [FDP]:** Herr Kollege Dr. Habeck, haben Sie zur Kenntnis genommen, was der Herr Wirtschaftsminister und Vizekanzler Philipp Rösler zu dem Thema gesagt hat und was die CSU am Tag danach beschlossen hat, nämlich viel weitergehende Aussagen zum Thema Griechenland? Sehen Sie keine Unterschiede zwischen diesen beiden Positionen?

- Natürlich ist es ein Unterschied, ob man die Rückkehr zur Drachme oder den Ausschluss Griechenlands aus der EU fordert. Aber einen Unterschied in der verbalen Haltung sehe ich nicht; denn beides sind unausgegorene Konzepte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich kann direkt daran anschließen: Was Herr Rösler, Herr Seehofer und nunmehr auch Herr Ramsauer veranstalten, ist unverantwortlich und dumm. Es ist unverantwortlich, weil das Gerede über eine „geordnete Insolvenz“ Griechenlands - Herr Kollege Kubicki hat das angesprochen - oder gar den **Ausschluss** Griechenlands **aus der EU** etwas zum Gegenstand hat, was es gar nicht gibt. Dumm ist es, weil dieses Gequatsche bereits zu **Risikoauflägen** für Staatsanleihen geführt hat, die Preise für Kreditausfallversicherungen hochgetrieben hat und die Märkte hat abstürzen lassen. Gerade durch die Äußerung des Bundeswirtschaftsministers wurde

(Dr. Robert Habeck)

der deutschen Wirtschaft schwerer Schaden zugefügt. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bei allen lobenden Worten: Deutschland agiert in der Eurokrise, die längst zu einer Europakrise geworden ist, ohne Plan, ohne Ziel und ohne Kompass.

Zu der Stimmung in der Bevölkerung! Wie sollen denn die Menschen in unserem Land der Politik und den **Zielen der europäischen Integration** vertrauen, die wir alle beschworen haben, wenn Union und FDP rhetorisch gegen die „Faulpelze in Europa“ mobilmachen und der von Herrn Dr. Stegner schon zitierte Herr Koppelin - Ihr Landesvorsitzender, meine Damen und Herren von der FDP - die Griechen als „Alkoholiker“ beschimpft und die europäischen Rettungsbemühungen als „Drogenkonsum“ darstellt? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wie soll man Deutschland vertrauen, wenn in Deutschland gegen die Transferunion polemisiert wird und gleichzeitig die EZB genötigt wird - genötigt wird! -, Staatsanleihen aufzukaufen? Letztes ist ein klarer Verstoß gegen ihre eigentlichen Aufgaben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Man muss das zu Ende denken: Statt die **Banken** über Eurobonds verbindlich mit **in Haftung zu nehmen**, hat man sich dagegen entschieden; wir haben es erst heute wieder gehört. Stattdessen zwingt man die EZB, Staatsanleihen aufzukaufen. Die Vergesellschaftung der europäischen Schulden, die FDP, CSU und CDU hier und im Bund rhetorisch ablehnen und als Eurobonds bekämpfen, ist doch längst politische Realität. Wir haben sie doch längst!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Habeck, ich möchte gern nachvollziehen, was Sie sagen: Würden Sie mir erklären, wie Sie Banken - Banken! - über Eurobonds in Haftung nehmen wollen?

- Die Banken werden über Eurobonds in Haftung genommen, indem sie sich verpflichtend beteiligen müssen, einen Teil der Schulden, die sie haben, zu tragen und zu begleichen. Sie haben völlig recht, Herr Kubicki, wenn Sie in Ihrer Rede darauf hingewiesen haben, dass wir heute in einer paradoxen Situation sind, weil die Rettungspakete im Grunde die Anleihen - wegen der hohen Zinssätze - für die Banken attraktiv machen. Deswegen muss man die Banken doch mit in Haftung nehmen, um die Schulden, die sie haben, über die Bonds mit abzuschern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Gibt es eine weitere Frage von Ihnen, Herr Kubicki?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, Frau Präsidentin!)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Dann stelle ich die Frage: Herr Abgeordneter Dr. Habeck, erlauben Sie eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Habe ich Sie richtig verstanden: Sie sind der Auffassung, dass durch die Tatsache, dass auf Eurobonds möglicherweise niedrigere Zinsen als auf Staatsanleihen Griechenlands gezahlt werden, die Banken in Haftung genommen werden? Das kann ja nur bedeuten, dass sie eine geringere Rendite erhalten.

(Wortmeldung des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

- Herr Kubicki - ich antworte damit auch gleich auf die Frage, die Herr Koch vermutlich stellen wird -,

**(Dr. Robert Habeck)**

das Problem ist, dass wir von Eurobonds reden und vor allem gegen diese polemisieren, ohne zu wissen, worüber wir reden.

(Lachen bei FDP und CDU)

Sie unterstellen, Eurobonds seien die unkonditionierte Fortschreibung von Staatsanleihen. Es ist aber nur von einer konditionierten Fortschreibung die Rede. Die Einführung von Blue Bonds soll vom Volumen her auf einen begrenzten Anteil des BIP beschränkt werden; die Verantwortung für den Rest soll - als Red Bonds - weiterhin bei den einzelnen Staaten liegen. Es gilt die Eurobonds natürlich auch mit einem Schuldenschnitt zu konditionieren. Davon reden Sie doch auch. Es gibt aber keine „geordnete Insolvenz“, sondern nur eine ungeordnete Insolvenz wie im Falle Argentiniens. Es ist notwendig, die **Banken** über Eurobonds in den **europäischen Entschuldungsmechanismus** einzubinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich fahre jetzt fort. - Der Sachverstand der FDP ist der kaum verhohlene DM-Retro-Gestus. Dies sind eben doch nationalistische Untertöne. Es ist ein inszeniertes Spiel.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wir hatten das schon einmal, als wir die Westerwelle-Debatte geführt haben. Es ist der gleiche Gestus - es heißt, man werde doch wohl einmal darüber reden dürfen, um dann Selbstverständlichkeiten auszusprechen -, der diese Debatte so unerträglich macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ach, hören Sie doch auf!)

Denkverbote? Wer wollte die Herrn Rösler auferlegen? Ich wünschte, er würde einmal nachdenken, bevor er Interviews gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Wir haben es ja gesagt: Die Wahrheit ist bitter: Auch eine Pleite Griechenlands, die hier gefordert

und als einfache Lösung dargestellt wird, würde Deutschland teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die **Bundesbank** haftet für die **Hilfskredite**, hinzu kommen die **Verluste der EZB**, die dann der Nationalstaat ausgleichen muss. In diesem Zusammenhang reden wir wirklich über hohe Milliardenbeträge, die dann cash zu überweisen sind.

Der Steuerzahler, der jetzt vor den „Alkoholikern“ in Südeuropa geschützt werden soll, haftet auch im Falle der Insolvenz und der Pleite Griechenlands. Zu sagen: Das wollen wir aber nicht, ist billig, es ist bockig, und es ist falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich komme gleich zu den Eurobonds, beruhigen Sie sich doch! - Es gibt in dieser Situation - das haben wir jetzt alle mehrfach gesagt - keine einfachen Rezepte, und es ist schlicht falsch, so zu tun, als hätte man sie.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Nein, ich rede davon, dass es kompliziert ist, und ich werde gleich noch näher darauf eingehen.

Weil es aber so ist, weil es nur **Risiken** gibt, müssen wir uns politisch entscheiden, wohin der Weg führen soll. Wenn wir keinen klaren Weg vor uns sehen, müssen wir den Kompass politisch eichen. Dieser Weg muss nach Europa führen und nicht aus Europa heraus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gerade wir Deutschen - da bin ich ganz bei allen meinen Vorrednern - hätten dies formulieren sollen; denn wie kaum ein anderes Land haben wir in der Vergangenheit von europäischer Solidarität profitiert und tun es noch, nicht zuletzt, weil der Euromarkt uns und unseren Exporten nutzt und weil unsere Außenhandelsbilanzüberschüsse in einem direkten Verhältnis zu den Schulden anderer Länder stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Um zu zeigen, wie kompliziert das ist, weise ich darauf hin, dass die **HDW**, die sich direkt vor dem

(Dr. Robert Habeck)

Fenster unseres Plenarsaals befindet, vier **U-Boote** an Griechenland verkauft hat. Im Jahr 2000 wurde der Vertrag geschlossen, 2004 wurde das erste mit Mängeln ausgeliefert. Diese vier U-Boote kosten knapp 3 Milliarden €. Griechenland hat sie bis heute noch nicht bezahlt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr von Boetticher hat ja eben gemahnt, das sei eine komplizierte Debatte. Da will ich uns sehen, wenn wir sagen, das machen wir nicht mehr, und die Arbeitsplätze drüben gehen verloren.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Selbstverständlich hängen wir alle mit drin. Es ist unser Außenhandel. Deshalb gibt es keine einfache Lösung. Auch die SPD wird nach der Debatte über die HSH Nordbank sagen: Wir verteidigen selbstverständlich die Arbeitsplätze bei HDW. Es gibt kein Schwarz oder Weiß in dieser Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das meinte ich, als ich von einem weiter gefassten **Europabericht** sprach. Der Europabericht müsste eigentlich, wenn er die Dimension des Problems Europa ernst nimmt, in Zukunft auch die **Außenhandelsbeziehungen** Schleswig-Holsteins darstellen. Er müsste die U-Boot-Produktion aufgreifen, wie auch andere Verflechtungen, die es mit Griechenland und anderen europäischen Räumen gibt, um zu definieren, was passiert, wenn Europa auseinanderfällt. Wahrscheinlich hätte jeder von uns den Europabericht noch vor einem halben Jahr genauso verfasst, wie er vorliegt; aber heute ist das Problem größer, und die Dimension für Europa und auch für den Europabericht ist viel größer.

Deswegen ist es höchste Zeit, dass wir diese Debatte führen. Sie ist relevant für Schleswig-Holstein und ist in Wahrheit die relevanteste Debatte, die wir hier führen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn gelingt es nicht, das Problem der **Schuldenkrise** zu lösen, können wir alle Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung und für Wachstum und Wirtschaftsaufschwung vergessen.

Die **HSH Nordbank** hält **Staatsanleihen** im Wert von etwa 1 Milliarde allein von vier Pleiteländern. Wir müssen uns also positionieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie abgeschrieben!)

Meine Damen und Herren, das **Bundesverfassungsgericht** hat eindeutig und zu Recht die Beteiligung der demokratischen Institutionen in Deutschland eingefordert. Ich sage „Institutionen“, weil auch die Bundesländer dazugehören. Aber ich will - auch gegen meine Parteifreunde, die das sagen, und auch gegen Regierungen, an denen Grüne beteiligt sind und die das sagen - klar feststellen, dass eine Beteiligung in diesem Fall keine Beschlussfassung durch den Bundesrat meinen kann. Was man als Landespolitiker fordern kann und muss, ist die verbindliche und kontinuierliche Einbindung in die Pläne und den Informationsfluss der Bundesregierung - wenn sie denn wüsste, was der Informationsfluss beinhalten soll; ein Beschlussrecht aber gibt das Urteil nicht her.

Andere Politiker mögen das anders sehen. Ich sehe dies so. Aber das heißt nicht, dass man sich in die Debatte nicht einmischen soll. Die Debatte - da hat Herr Kollege Stegner recht - bedeutet, dass sich das Zocken und **Wetten auf Zahlungsausfälle**, das schon die Bankenkrise ausgelöst hat, jetzt auf **Staaten** erstreckt. Staaten aber - das ist der wahre Hintergrund - sind organisierte Gesellschaften. Was wir Finanzkrise nennen, ist in Wahrheit eine Auseinandersetzung um den Primat der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Kampf der organisierten Gesellschaften und Demokratien gegen die Angriffe von unorganisierten, jenseits von demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Ethik operierenden Akteuren.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Wir, die Gesellschaft - das meine ich mit „Kompass eichen“ -, dürfen diesen Kampf nicht verlieren. Wir befinden uns in der Defensive, weil Europa blockiert ist.

„Wir haben keine Wahl, wenn wir Europa nicht auseinanderbrechen lassen wollen.“

Europa braucht ein

„beherztes Zupacken und ein Paket vorausschauender, klug gewogener und unideologischer Maßnahmen, mit dem wir Europa wieder auf einen guten Weg bringen und für die Zukunft absichern.“

Das war ein Zitat von Helmut Kohl, den ich politisch nie leiden konnte, den ich aber jetzt angesichts

**(Dr. Robert Habeck)**

der Röslers, Lindners, Gauweilers und Ramsauers wirklich zu schätzen lerne.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, was Sie da machen, wird langsam unerträglich!)

- Sie, Herr Kubicki, können also Herrn Kohl nicht leiden. Das nehme ich zur Kenntnis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

- Unglaublich ist, was Herr Rösler abzieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, streiten Sie ernsthaft ab, dass die finanzielle und bezifferbare Krise in Europa durch die Äußerungen von Herrn Rösler noch verschärft wurde? Es ist doch unverantwortlich, wenn der Bundeswirtschaftsminister die bundesrepublikanische Wirtschaft schädigt.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, das tue ich, und dann komme ich zu den Eurobonds.

**Christopher Vogt** [FDP]: Indirekt dazu folgende Frage: Sind Sie mit mir der Meinung, dass man auch über den Tag hinaus denken muss,

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und sind Sie sich der Tatsache bewusst, dass Philipp Rösler in seinem Gastbeitrag in der „Welt am Sonntag“, den Sie angesprochen haben und auf den Sie sich hier die ganze Zeit beziehen, eine geordnete Insolvenz in die Diskussion gebracht hat und dass Sie heute genau das Gleiche gemacht haben?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wie bitte?)

- Erstens habe ich gesagt, es gibt keine geordnete Insolvenz für Staaten. Das ist meine Aussage: Es gibt keine geordnete Insolvenz für Staaten.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Natürlich bin ich zweitens bereit, über den Tag hinaus zu denken, wobei ich die Betonung auf „denken“ lege.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Dritte habe ich vergessen. Was war Ihre dritte Frage?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage richtete sich an Herrn Habeck. Es haben viele andere geantwortet.

(Heiterkeit)

Ich bitte Sie, ruhig zu sein und die Antwort zu hören.

**Christopher Vogt** [FDP]: Ich frage also noch einmal: Sind Sie der Meinung, dass ein Haircut, über den Sie ja gesprochen haben, etwas völlig anderes ist als ein geordnetes Insolvenzverfahren?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ein **Haircut** wäre, würde er jetzt gefordert, keine geordnete Insolvenz. Er würde in Griechenland zu Zuständen führen wie in Argentinien. Die Aufstände, die wir jetzt schon sehen, und andere Dinge würden weiter verschärft, die Spareinlagen der Griechen würden vernichtet, alles würde durcheinander gehen. Das wäre nicht geordnet. Kein Mensch weiß, was dann passieren würde. Die Anlagen, die in den Staatsanleihen vorhanden sind, hätten Folgeeffekte in der direkten Wirkung der Banken, und die Infektion anderer Staaten würde um sich greifen. Mit anderen Worten: Die **Spekulation**, die den **Zinssatz** in Griechenland nach oben getrieben hat, würde sich möglicherweise auch auf Spanien, Italien, Portugal, Irland, Belgien - weiß der Geier, auf wen noch - erstrecken.

In diesem Fall gibt es also keine geordnete Insolvenz. Einen Haircut, eine Umschuldung, einen Schuldenschnitt, kann es nur geben, wenn es geordnete Bondverhältnisse in Europa gibt. Nur im Zusammenhang einer europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik kann man diesen Schritt gehen, und

(Dr. Robert Habeck)

zwar in dieser Reihenfolge. Genau das werde ich jetzt ausführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage ist also nicht, ob wir Solidarität in Europa wollen, sondern wie wir sie organisieren. Dass die Zinsen durch die Eurobonds steigen, ist möglich, aber es ist nicht zwingend. Der große amerikanische Raum, der ja gemeinsame Staatsanleihen hat, ist mit 0,8 % unter dem Zinssatz geratet, den er eigentlich zahlen müsste, wenn es statisch zugeht, wenn man also die Bilanz der Volkswirtschaft als Bürge für die Kredite zugrunde legte. Kein Mensch weiß, was passieren würde, hätten wir **gemeinsame Anleihen**. Es ist ein dynamisches System. Angesichts des chinesischen Angebots, massenweise Staatsanleihen aufzukaufen, befürchte ich nicht, dass wir unseren Zinssatz verlieren, sondern dass wir die Moral in der Wirtschaft verlieren.

Da haben wir das nächste Problem, nämlich dass wir uns entscheiden müssen, ob wir unsere Außenhandelswirtschaftskriterien aufgeben wollen, um uns finanziell retten zu lassen, oder nicht. Es ist aber nicht so einfach, dass man sagen kann, wir ziehen die Schulden zusammen, teilen sie durch zwei und sagen, damit haben wir den Zinssatz der Zukunft. Kein Mensch weiß - das ist ein unerprobtes Verfahren -, was daraus wird.

Aus der Sicht der Landespolitik ist es etwas einfacher abzuschichten, was getan werden muss, als das möglicherweise auf Bundesebene ist. Denn so unsicher wie die Zinsentwicklung auch ist, so sicher sind die katastrophalen Folgen für Schleswig-Holstein bei einem Zerbrechen des Euros. **Nationale Staatsanleihen** und die Notoperationen der EZB müssen in einen klaren, gemeinsamen europäischen Rahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik überführt werden, einschließlich **gemeinsamer Politik** und **gemeinsamer Anleihen**, sowie dann eines **Schuldenschnitts**. Das muss in dieser Reihenfolge passieren: gemeinsame Politik, gemeinsame Anleihen und dann Umschuldung.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Europäische Solidarität** bedeutet also, Griechenland unter Druck zu halten, gleichzeitig zu unterstützen und seine Wirtschaft zu stimulieren. Denn das wissen wir aus unserem eigenen Landeshaushalt. Es ist unmöglich, ohne Wachstum die Schulden abzubauen. - Es passt ja, dass Sie jetzt gerade da stehen, Herr Koch. Deshalb ist Ihre Resolution, die CDU und FDP einbringen, nicht falsch, aber ab-

solut nicht hinreichend. Das ist ein Selbstgespräch, das ist eine Selbstzufriedenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir reden über Europa und Sie nur von sich selbst.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Tobias Koch [CDU]:** Vielen Dank, dass Sie Ihre These noch einmal wiederholt haben, Herr Kollege Habeck. Das gibt mir Gelegenheit, die Frage doch zu stellen, die ich vorhin nicht stellen durfte. Habe ich Sie richtig verstanden, Sie möchten die nationalen Anleihen zuerst in Europaanleihen, in Eurobonds, umschulden, für die wir als Deutsche mithaften, und anschließend sagen, wir zahlen sie aber nicht zurück?

- So ist es. Das ist ein gemeinsamer Mechanismus. Man wird **gemeinsame Anleihen** in einem definierten Rahmen ausgeben müssen. Die Rede ist von 60 % der Anleihen, die ein Staat gegenüber seinem BIP annehmen kann. Soweit mir bekannt ist, ist aber das Problem, dass dann die französische AAA-Bewertung ins Wanken gerät, weil auch **Frankreich** gegenüber seines BIP eine hohe Verschuldung hat. Frankreich würde dann also die teureren nationalen Staatsanleihen nehmen müssen. Gleichzeitig damit würde man beschließen, einen Haircut, eine Umschuldung, vorzunehmen. Genauso ist es. Das heißt im Klartext: Man nimmt neue Kredite auf, um eine Wirtschaft zu stimulieren, und die Schulden werden teilweise erlassen.

(Lachen bei der FDP)

**Argentinien** hat einen Schuldenschnitt von 50 % vorgenommen. Das wird wahrscheinlich nicht reichen, um Griechenland zu retten. Aber wir müssen sagen, worüber wir bei den **Zahlungsausfällen** reden, die dann bei der **EZB** anfallen und abgesichert werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Mein letzter Satz! - In der Tat - da stimme ich meinen Vorrednern zu, auch wenn ich einen anderen

(Dr. Robert Habeck)

Schluss daraus ziehe -, das Wissen um den schleswig-holsteinischen Konsolidierungskurs ist übertragbar. Griechenland muss sparen. Es muss seine Steuern erhöhen, und es braucht weiter eine europäische Kreditlinie, um die Investitionen vorzunehmen - genau wie wir in Schleswig-Holstein.

Da es keinen risikofreien Weg gibt, müssen wir uns entlang eines politischen Kompasses entscheiden. Dieser Weg führt nach Europa und nicht aus ihm heraus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal bin ich sprachlos. Ich wünschte mir, dass bei so einer Debatte, bei der es um Finanzpolitik geht, vielleicht auch einmal der eine oder andere Finanzpolitiker ans Redepult gehen würde.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Das, was ich hier heute gehört habe, hat mich schon sehr überrascht. Ich möchte nicht auf alles eingehen, sondern erspare mir einiges.

Meine Damen und Herren, Ihr Europa, so wie Sie es konstruiert haben, ist gescheitert. Wir brauchen nach Ansicht der LINKEN eine **Komplettrevision der Grundlagenverträge der Europäischen Union**. Wir müssen Europa vom Kopf auf die Füße stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Konstruktion von Europa ist mitverantwortlich

(Zurufe)

- das sage ich noch, bleiben Sie ruhig - für die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Die Politik des **freien Wettbewerbs**, Ihre Politik des freien Wettbewerbs, Ihre Politik der Liberalisierung breiter Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, Ihre Politik, die zu unkontrollierten Finanzströmen geführt hat und die Schaffung liberalisierter Finanzdienstleistungen gefördert hat, haben **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** der Mitgliedstaaten auszubaden. Wachsende Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse prägen immer mehr das Gesicht der Europäischen Union. Das ist

übrigens auch in Deutschland und in Schleswig-Holstein so.

Das **Misstrauen** der Menschen gegenüber der Europäischen Union wächst täglich. Wenn wir schon dabei sind - wir haben gestern über die HSH Nordbank gesprochen -: Die EU-Auflagen für die HSH Nordbank werden von der Bank als Grund dafür angeführt, dass hier in Kiel 354 Beschäftigte entlassen werden sollen.

Unsere Vision eines **vereinten Europas** ist offensichtlich eine andere als Ihre. Schon am Anfang des Berichts der Landesregierung - man sollte zumindest einmal ganz kurz darauf eingehen - steht der unscheinbare Satz, dass die Lissabon-Strategie abgelöst worden sei. - Was für eine Schönfärberei! Sie ist nicht abgelöst worden, sie ist kläglich gescheitert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die **Lissabon-Strategie** bewirken sollte, dass die Europäische Union innerhalb von zehn Jahren, also bis zum Jahr 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt wird. Das war dann ja wohl eine kräftige Bauchlandung.

Durch die Lissabon-Strategie hat sich die Europäische Union der Konzeption des angelsächsischen Aktionärs- und Vermögenskapitalismus angeschlossen. Die Finanzkrise und die Abwärtsspirale der Ökonomie haben den **Bankrott** dieser europäischen Strategie offenkundig werden lassen. In der Realität hat sich die Europäische Union zu einer Transferunion zugunsten der Banken entwickelt, und Sie, meine Damen und Herren von Grünen bis hin zur CDU, haben daran ordentlich mitgebastelt.

Zum einen ist es den Unternehmen in den letzten Jahren gelungen, die Gehaltsentwicklung der Beschäftigten unter die Inflationsrate zu drücken - alles zum Wohle der sogenannten Wettbewerbsfähigkeit. Dann hat der Staat noch kräftig zugeschlagen mithilfe von Rot-Grün: Zuzahlungen bei den Krankenkassenbeiträgen, Praxisgebühr, Anhebung des Rentenalters, Etablierung eines Niedriglohnssektors, Abbau des Sozialstaates. Deutschland wurde fit gemacht für die Konkurrenz in einem Europa des Wettbewerbs.

Die Folge: Die **Exporte Deutschlands** in Europa sind weiter angestiegen, andere Länder wie Griechenland, Italien oder Portugal und Spanien blieben auf der Strecke. Sie gerieten immer mehr unter Druck und müssen jetzt einen Sozialkahlschlag hin-



(Ulrich Schippels)

nehmen, den diese Länder noch nie gesehen haben. Die **Abwärtsspirale** bei den Löhnen und Gehältern setzt sich europaweit fort. Die Menschen fallen, die Profite steigen. Wir sagen Nein zu einem solchen unsolidarischen Europa.

Der Kardinalfehler war, Europa mit einer **gemeinsamen Währung** beginnen zu wollen. Der Euro hätte der Abschluss einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sein müssen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé [DIE LINKE] - Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Zuerst hätten die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Europa angeglichen werden müssen. Der Euro hätte dann der Schlusspunkt sein müssen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé [DIE LINKE])

Die Ergebnisse dieser falschen Politik haben heute alle vor Augen. - Sie offensichtlich nicht, Herr Fischer. Einzelne Länder werden kaputt spekuliert, das gesamte Projekt Europa steht auf der Kippe.

Wir brauchen eine Komplettrevision der europäischen Verträge. DIE LINKE will einen demokratischen, einen sozialen, einen friedlichen und einen ökologischen **Neustart** für Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Europa als wirtschaftsliberales Wettbewerbsprojekt ist gescheitert. Deshalb geht der Antrag der SPD auch in die richtige Richtung. Ich freue mich auch über diese Selbstkritik, die in dem Antrag zum Ausdruck kommt.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Ja, gern doch.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Schippels, wenn ich Sie eben bei dem, wie Sie sich die europäische Integration vorstellen, richtig verstanden habe, wäre es dann Ihrer Meinung nach auch richtig gewesen, erst die ökonomischen Verhältnisse in den fünf neuen Bundesländern anzupassen, bevor man eine Wiedervereinigung hätte vornehmen können?

- Sie sagen es. Der Anschluss der DDR damals, die Einführung der D-Mark, hatte - natürlich war die Ökonomie der DDR nicht gerade brillant - zur Folge, dass letztlich alles, was dort gewesen ist, plattgemacht worden ist. Deshalb war das auch der falsche Weg.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Man hätte vorher die Ökonomie angleichen müssen und dann erst die D-Mark einführen sollen. Richtig.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Schippels, ist es also richtig - -

(Zurufe von der SPD)

- Entschuldigen Sie, ganz kurz noch: Es gab 1990 einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, der hieß Oskar Lafontaine, der genau dies kritisiert hat, genau diesen Weg der deutschen Einigung. Er hatte recht.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé [DIE LINKE] - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Der ist nicht ohne Grund jetzt bei Ihnen! - Weitere Zurufe von CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Kollege, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Ja.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Schippels, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 für einen Fehler halten?

- Ich habe das doch eben gesagt: Ich hätte mir gewünscht, dass der Anschluss nicht nach Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgt wäre,

(Gerrit Koch [FDP]: Ja oder nein?)

dass Deutschland in einem längeren Prozess gemeinsam zusammengefunden hätte.

(Zurufe)

So wurde einfach das übergestülpt, was aus dem Westen kam. Ich hätte mir aus den Erfahrungen

**(Ulrich Schippels)**

beider deutschen Staaten ein besseres und soziales Deutschland gewünscht.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe)

Europa als **wirtschaftsliberales Wettbewerbsprojekt** aufzubauen, ist vollends gescheitert. Der Antrag der SPD geht deshalb in die richtige Richtung, und ich freue mich über die Selbstkritik der Sozialdemokratie. Herr Stegner, Sie haben recht, die Medizin der Konjunkturprogramme ist zwar wichtig, aber sie löst nicht wirklich das Problem, schon gar nicht, wenn es eine Abwrackprämie ist. Man sollte nachhaltigere ökonomische Prozesse in Gang setzen.

Jetzt wird **Griechenland** durch die **Auflagen** kaputtgespart. Es wird gekürzt, und das hat auf der anderen Seite Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, weil Griechenland in einer wahnsinnigen Rezession ist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen - auch da bin ich offensichtlich einig mit der SPD - die Eurobonds. Wir müssen Zeichen setzen, dass Europa die Krise gemeinsam überwindet.

Übrigens hat der eben angesprochene Oskar Lafontaine schon 2008 gefordert, dass wir in Richtung Eurobonds gehen. Wäre die Bundesrepublik dem damals gefolgt, hätten wir viele Verwerfungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, überhaupt nicht.

Wir müssen den Spekulanten das Handwerk legen. Deswegen brauchen wir eine **europäische Ratingagentur**, und wir brauchen selbstverständlich auch die **Finanztransaktionssteuer**.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Stegner, ich freue mich besonders, dass Sie auf das Heidelberger Programm verwiesen haben. Wenn ich mich recht entsinne, war es das Anknüpfen an Erfurt, die Nachfolge von Görlitz und der Vorgänger von Godesberg, und es war für die Sozialdemokratie das letzte wirklich linke Programm. Ich freue mich, dass Sie jetzt positiv darauf Bezug nehmen. Ich möchte daran anknüpfen und daran erinnern: Das Heidelberger Programm forderte die friedliche Lösung internationaler Konflikte, es verlangte eine internationale Abrüstung - da stehen wir auf Ihrer Seite -, und es verlangte:

„Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieversorgung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.“

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben uns bei dieser Politik an Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, wir können uns ein Scheitern der **europäischen Idee** nicht leisten. Sonst werden weiterhin europaweit rechtspopulistische und neofaschistische Bewegungen und Parteien erstarken - das wurde schon erwähnt -, die wachsende **Skepsis** gegenüber der Europäischen Union für ihre Zwecke missbrauchen.

Völlig unerträglich sind die Heckenschützen der FDP, Herr Kubicki.

(Zurufe)

Ich habe vorhin davon gesprochen, wir sollten vielleicht Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker sprechen lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum spricht denn bei Ihnen keiner?)

Ich möchte einen Faktor erwähnen: Sie haben die Deutschlandbonds angesprochen und gesagt, wenn wir gemeinsame **Deutschlandbonds** hätten, könnten wir in Schleswig-Holstein pro Jahr 40 Millionen bis 50 Millionen € einsparen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

- So ist es nicht, Herr Kubicki. Es gibt das Einmal-eins, das lernt man in der Schule. Wir haben einen Zinsstand von ungefähr 1 Milliarde €. Die Bundesanleihen mit einer zehnjährigen Laufzeit liegen bei 1,78 %, das Land hat gerade über 2,37 % abgeschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Differenz beträgt 0,5 %. Wenn man auf zehn Jahre geht, kommt man vielleicht auf eine Differenz von 1 %. 1 % von einer Milliarde sind 10 Millionen. Darüber können wir gern reden, Herr Kubicki. Es sind auf jeden Fall keine 40 Millionen bis 50 Millionen €, die das ausmacht, sondern es ist ein weit geringerer Betrag.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Schippels, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Schippels, da ich 18 Jahre Finanzpolitik im Landtag gemacht und lange Zeit dem Finanzausschuss angehört habe, frage ich Sie freundlicherwei-

(Ulrich Schippels)

se: Wissen Sie, wie hoch der Schuldenstand des Landes Schleswig-Holstein ist? Wissen Sie, wie viel Milliarden € das Land Schleswig-Holstein jedes Jahr revolviert, wie viel Neuverschuldung das Land jedes Jahr aufnimmt - nicht Nettoneuverschuldung -, um alte Schulden zurückzuzahlen?

- Ich kenne den Schuldenstand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 4 Milliarden €!)

Ich weiß aber auch, dass wir sehr lange Laufzeiten haben, in der Regel zwischen fünf und sechs Jahren. Insofern ist Ihre Rechnung eine Milchmädchenrechnung.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Land Schleswig-Holstein jedes Jahr etwa 4 Milliarden € revolviert und dass 1 % von 4 Milliarden 40 Millionen sind? So weit können Sie rechnen?

- Aber nicht ein halbes Prozent, Herr Kubicki.

Ich sage noch einmal etwas zur FDP: Erst haben Sie das Schlamassel mit Ihrer falschen Wirtschaftspolitik angerührt, und jetzt torpedieren Rösler und Co. auch noch direkt das letzte Vertrauen in Europa. Und das alles nur aus einem Grund - das wurde hier auch schon gesagt -: Es gilt für die FDP, die politische Insolvenz abzuwenden. Das ist völlig verantwortungslos, das ist ein Spiel mit dem Feuer. Hoffentlich bricht dieses Feuer nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen, Schüler und Lehrer des Berufsbildungszentrums Schleswig und Bürger des Bürgervereins Karlshof-Israelsdorf-Gothmund aus Lübeck. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion des SSW hat nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist, dass der Europabericht der Landesregierung in dieser Debatte nicht den Stellenwert bekommt, der ihm eigentlich zusteht. Darauf werde

ich in einem späteren Dreiminutenbeitrag zurückkommen.

(Heiterkeit)

Hier und jetzt geht es um die **Rahmenbedingungen**, und diese Rahmenbedingungen gelten für uns alle. Darum ist es wichtig, dass wir uns in dieser Debatte damit auseinandersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten zehn Jahren sind wir Zeugen geworden, wie einer der zentralen Glaubenssätze des Kapitalismus seine Gültigkeit verloren hat: Die Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum dem Wohlstand der Gesellschaften dient, hat sich in Luft aufgelöst, seitdem Hedgefonds und Ratingagenturen nicht davor zurückschrecken, selbst die Weltmächte aufs Korn zu nehmen. Diese Marktkräfte sind keine Naturgewalten. Die Schritte zur Etablierung der neuen Finanzmärkte waren aktive politische Entscheidungen.

In Deutschland wurden **Hedgefonds** und **Kreditderivate** 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung zugelassen. Aber die neue Finanzwelt ist kein Freund der Politik und kennt keine moralischen Maßstäbe. Das sehen wir spätestens jetzt, wo Staaten und ihre Währungen zu Jagdwild werden.

Wenn die Politik regulierend eingreifen kann, um die Banken zu stützen, dann hat sie auch die verdammte Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Finanzindustrie unsere **Demokratien** nicht zerstört.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer **Finanztransaktionssteuer** und einer **rigiden Regulierung** der Finanzmärkte. Aber es wird, wenn überhaupt, noch lange dauern, bis die Söldner der Finanzwirtschaft wieder entwapnet sind. Zu einflussreich ist ihre Lobby, zu groß ist ihre wirtschaftliche Bedeutung für die großen Finanzstandorte wie London. Solange sie weiter marodierend durch die Welt ziehen, schwindet aber das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit und die Souveränität der Parlamente und Regierungen und damit in die Demokratie insgesamt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Wenn etwas durch die deprimierende jüngere Geschichte der Finanzwirtschaft deutlich wird, dann ist es, dass man aufpassen soll, welche Geister man ruft. Dies gilt auch für die Frage, wie sich angesichts der Griechenlandkrise die Ökonomie der Eurozone retten lässt.

**(Anke Spoorendonk)**

Der SSW hat die **Einführung des Euro** mit großer Skepsis verfolgt, aus guten Gründen, die wir heute bestätigt sehen. Aber es gibt kein Zurück mehr. Wenn wir vor einem weißen Blatt Papier säßen, dann wäre es richtig, die anderen 16 Euroländer zu entlasten und Griechenland wieder die Handlungsspielräume zu geben, die eine eigene Währung bietet. Aber die Folgen dieses Schrittes wären in der Realität derart gravierend und unüberschaubar, dass er keine wirkliche Option ist. Es kann nur um die Frage gehen, wie innerhalb des bestehenden Systems eine **Rettung** erfolgen kann, die die Attacken der Finanzmärkte auf den Euro stoppt und den **Griechen** einen Neuanfang ermöglicht.

Die bisherige Politik ist dazu nicht geeignet. Denn es bringt nichts, nun im besten Stile der Weltbank und des IWF neoliberale Reformen durchzudrücken und allein auf massive Kürzungen und Privatisierungen zu setzen. Diese Maßnahmen haben den Effekt gehabt, dass der letzte Rest an griechischer Wirtschaft abgewürgt wurde.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne eine funktionierende **reale Wirtschaft** wird es dort aber keine Steuereinnahmen, keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung und keine Arbeitsplätze geben.

Natürlich braucht die Eurozone eine **Schuldenbremsung**. Sie muss aber ein **Mix** aus Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen sein, ansonsten endet diese Diät tödlich.

(Beifall beim SSW)

Vor allem aber löst der Schuldenabbau allein nicht die wirtschaftsstrukturellen Probleme des Landes. Ohne eine gezielte Förderung der Wirtschaft wird Griechenland niemals wieder auf die Beine kommen. Insofern ist die Diskussion darüber, ob sich die **Eurozone** zu einer **Transferunion** entwickelt, auch recht theoretisch. De facto ist sie es schon, indem die Regierungen notgedrungen die sogenannte „No-bail-out“-Klausel übergangen und Milliarden in riesige Rettungsschirme gepumpt haben, die Griechenland am Ende gar nicht abbezahlen kann. Die **Währungsunion** kann gar nicht anders als eine Transferunion sein, weil sie aus politischen Gründen Mitgliedsländer aufgenommen hat, die nicht für einen so starken Euro gebaut sind.

Die Frage ist allerdings, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Die Anträge der SPD und der Grünen geben, wie viele Stimmen in der deutschen Debatte, die Losung „mehr politische

Integration“ aus. Diese Forderung nach einer Zentralisierung hat in der deutschen Politik eine lange Tradition. Aus der aktuellen Eurokrise einen Imperativ für eine Wirtschaftsregierung, Eurobonds oder gar für die Vereinigten Staaten von Europa abzuleiten, ist aber wirklich ein theoretisches Unterfangen, das mit der Wirklichkeit anno 2011 sehr wenig zu tun hat.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Tobias Koch [CDU] und Kirstin Funke [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, können Sie mir sagen, was mehr Gemeinsamkeit in der Politik der europäischen Staaten mit Zentralisierung zu tun hat?

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wieso sagen Sie, das sei eine Zentralisierung, wenn wir sagen, wir wollten mehr gemeinsame Politik mit den europäischen Ländern machen?

- Lieber Kollege Stegner, ich werde in demselben Dreiminutenbeitrag, den ich vorhin nannte, auf die Anträge zurückkommen. Aber wenn ich sehe, dass von einer Wirtschaftspolitik und einer Finanzpolitik gesprochen wird, deutet das auf sehr viel Zentralisierung hin. Ich will noch einmal sagen: Selbst die größten Idealisten kommen nicht um die Realität herum, dass ein allzu forsches Vorgehen die Union als solche bedroht, und zwar von zwei Seiten. Lieber Kollege Stegner, ich hoffe, dass ich Ihre Frage beantwortet habe.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie auch noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Auch das gern.

**Lars Harms [SSW]:** Frau Kollegin Spoorendonk, sind Sie mit mir einig, dass die Äuße-

(Anke Spoorendonk)

zung vom Kollegen Stegner, seit 1925 würde die Sozialdemokratie die Vereinigten Staaten von Europa verlangen, und dass er immer noch hinter dieser Forderung stünde, durchaus Zentralisierung beinhaltet?

- Lieber Kollege Harms, ich denke, wir könnten einen Volkshochschulkurs über das Wort Zentralisierung beginnen. Das ist aber nicht mein Anliegen. Aber ich sehe schon viele Ansätze - auch in der SPD -, die in die Richtung gehen, die ich vorhin genannt habe.

In den betroffenen Ländern begehrt die Bevölkerung auf. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, denn die Menschen wollen Zukunftschancen, die ihnen durch das massive Sparen geraubt werden. Nicht umsonst warnt die UNO davor, dass Menschenrechte bedroht sind. Die Menschen wollen eine Zukunft, aber sie wollen auch ihre Selbstbestimmung wahren. Sollten die größeren, reicheren Euroländer hier zu sehr als Besserwisser auftreten und ihre Macht ausspielen, wird es nur kontraproduktiv wirken. Das Projekt Europa, das nicht zuletzt auf die historisch begründete Hoffnung baut, die großen Länder in Europa und insbesondere Deutschland zu bändigen, wäre ad absurdum geführt.

Parallel zum Frust in den Krisenländern wächst der Unmut in den anderen Ländern, die in einen **Retzungsfonds** nach dem anderen einzahlen. Die Menschen dort haben das Gefühl, um die eigene Wirtschaftsleistung und die eigenen sozialen Errungenschaften gebracht zu werden. Diese Stimmung muss ernst genommen werden. Dass auch hier nicht gerade die Einheitseuphorie vorherrscht, sollte man nicht als Populismus abtun, denn das Projekt EU kann nie besser werden als das, was die Bevölkerung will und zulässt. Ansonsten wird es undemokratisch.

Durch die **Reaktionen** der Bevölkerungen in den Geber- und Nehmerländern, die teilweise schon als soziale Unruhen bezeichnet werden müssen, wächst der Abstand zwischen den Bürgern, der Politik und den europäischen Institutionen. Die Gefahr der Entfremdung wird aber noch viel größer, wenn Deutschland nun glaubt, die Krise durch eine massive Zentralisierung bewältigen zu müssen. Die Folge wäre eine weitere Spaltung, die auch das Herz der europäischen Zusammenarbeit zu zerreißen droht.

Wir kommen nicht um die Tatsache umhin, dass **Europa** heute schon geteilt ist. Wir haben eine EU der 27, eine Währungsunion der 17 und europäi-

sche Länder außerhalb der EU. In dieser Situation ist es fatal, dass Deutschland jetzt mit dem Gedanken einer EU der zwei Geschwindigkeiten spielt. Wenn die 17 Euroländer gemeinsam vorpreschen - sofern sie sich denn darauf verständigen können -, dann führt dieses nicht dazu, dass die anderen dem früher oder später willig folgen. Es wird keine Mehrheiten für solche Änderungen der **EU-Verträge** und der nationalen Verfassungen geben. Dies gilt erst recht für jene Länder, wo dafür **Volksabstimmungen** erforderlich sind, und für die strukturschwächeren Staaten. Das Beispiel Griechenlands zeigt gerade, dass schwache Volkswirtschaften besser dastehen, wenn sie die Möglichkeit behalten, ihre Währung abzuwerten und so international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Befürworter einer **politischen Union** verweisen darauf, dass Europa ohne eine Zentralisierung der politischen Macht in der Globalisierung nicht als ökonomische Macht bestehen kann. Sie müssen sich aber vorwerfen lassen, dass sie der bisherigen europäischen Zusammenarbeit einen anderen Sinn geben, denn sie bringt den entscheidenden Glaubenssatz der EWG, der EG und heute der EU in Gefahr. Die **europäische Idee** war ein Friedensprojekt, das auf die **gleichberechtigte Mitwirkung** aller Länder in Europa baut. Wer dieses Projekt nun umdeutet und einen Weg geht, der nicht mehrheitsfähig ist, spaltet die Europäische Union und verabschiedet sich von diesem Ziel. Das sollte man dann ehrlicherweise auch ganz klar sagen.

Die **EU** und die **Eurozone** stehen vor der großen Herausforderung, dass eine größere wirtschaftliche Solidarität erforderlich ist, ohne dass eine größere politische Integration Europas möglich wäre. Jenseits der unrealistischen Gedankenspiele mit einer **europäischen Wirtschaftsregierung**, einem europäischen **Finanzminister** oder **Eurobonds** gibt es nur Lösungen, die die nationale Souveränität achten - was ja auch für Deutschland nicht irrelevant ist, wie das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt.

Verbindlichere Regeln, wie die Verankerung von Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen, können ein Weg sein, um die Neuverschuldung abzubauen - durch Kürzungen ebenso wie durch Einnahmeverbesserungen. Im Zweifel muss die **Stärkung der Wirtschaft** und ihrer **Wettbewerbsfähigkeit**, die nachhaltig sowohl für Steuereinnahmen wie für Arbeitsplätze sorgt, Vorrang vor Kürzungen haben. Deshalb müssen die Länder auch zyklische Haushaltsdefizite haben dürfen, bis sie sich wirtschaftlich erholt haben.

**(Anke Spoorendonk)**

Zu einer soliden Lösung für **Griechenland** gehört zudem, dass nicht nur auf die Staatsschulden fokussiert wird, sondern auch auf die ökonomischen Voraussetzungen, die dem Land innerhalb einer Union mit einer starken Währung heute keine Chance geben. Da eine Spaltung der Eurozone für die Griechen wie für den Rest katastrophale Folgen hätte, muss man in Betracht ziehen, die griechische Wirtschaft durch eine gezielte Wirtschaftsförderung, eine Art Marshall-Plan, auf Wachstumskurs zu bringen und wettbewerbsfähig zu halten.

Was in Südeuropa die Menschen auf die Straße treibt, in Deutschland Unmut auslöst und die Finanzmärkte in Unruhe versetzt, sind nicht nur die Schulden der Griechen, sondern auch das Taktieren und Lavieren der Regierungen in der aktuellen Krise. Die Menschen wollen vor allem eins: dass die Politik ehrlich und realistisch ist. Es muss endlich klar gesagt werden, dass wir innerhalb der Währungsunion alle in einem löchrigen Schiff ohne Rettungsboote sitzen und dass die reicheren Länder jetzt schnell die Reparatur bezahlen müssen, bevor der Dampfer absäuft. Das mag wehtun, aber alles andere ist fahrlässige Augenwischerei.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Der Abgeordnete Björn Thoroer hat sich zu einem weiteren Redebeitrag gemeldet. Vorher gibt es aber einen Antrag zur Geschäftsordnung.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Angesichts der Tatsache, dass wir im Moment über eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa reden und der Finanzminister seit geraumer Zeit nicht mehr im Raum ist, möchte ich nach § 48 Abs. 2 der Geschäftsordnung das Plenum bitten, dem Herrn Finanzminister die Gelegenheit zu geben, an dieser Debatte, die auch für ihn sicherlich lehrreich sein könnte, teilzunehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Vielen Dank. Zur Information aller möchte ich noch einmal § 48 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorlesen:

„Der Landtag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht,

die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung zu verlangen.“

Es hat sich nun der Herr Ministerpräsident - wahrscheinlich aus aktuellem Anlass - zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Herrn Finanzminister gebeten, zu einer Besuchergruppe zu gehen, der angekündigt worden war, mit mir zu diskutieren. Da ich gern bei der Debatte dabei sein wollte, habe ich den Herrn Finanzminister gebeten, dort hinzugehen. Ich glaube, es ist manchmal notwendig, dann, wenn Besuchergruppen kommen, Dinge miteinander zu verbinden. Es tut mir leid, aber so ist die Situation. Ich will dies nur erklären, ich will das nicht entschuldigen. Ich glaube, dass der Finanzminister ausgesprochen stark in dieser Frage involviert ist. Dass wir die Diskussion führen, ist selbstverständlich.

Frau Präsidentin, wenn ich schon stehe: Darf ich einen weiteren Satz sagen?

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Nur zur Sache, jetzt geht es um die Geschäftsordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Der Antrag wird zurückgezogen. Damit brauchen wir nicht zur Abstimmung zu kommen. Sonst hätte ich gefragt, ob ein Viertel der Abgeordneten die Anwesenheit des Herrn Finanzministers verlangt.

Wir fahren mit unseren Beratungen fort. Herr Abgeordneter Björn Thoroer hat das Wort. Der Fraktion DIE LINKE steht noch eine Redezeit von gut fünf Minuten zur Verfügung.

**Björn Thoroer [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Anfang meiner Rede möchte ich kurz auf den Antrag der Grünen eingehen. Der Antrag der Grünen unterscheidet sich dadurch fundamental von dem Antrag der SPD, dass das Wort „sozial“ komplett aus dem Antrag gestrichen worden ist. Umso mehr ist von Finanzen und Wirtschaft die Rede.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

(Björn Thoroë)

Der Antrag ist zutiefst bürokratisch. Ansonsten möchte ich hier feststellen: **Europa** ist in keiner Währungskrise. Es ist schon gar nicht in einer Staatsverschuldungskrise. Europa ist in einer **Systemkrise**.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Grund für diese Krise ist, dass sich ein Finanzsystem entwickelt hat, das nur noch einem Teil der Gesellschaft nützt; einem Teil der Gesellschaft, der winzig klein geworden ist und immer kleiner wird. Immer weniger Menschen besitzen immer mehr Vermögen. In **Griechenland** hat diese Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht. Dort besitzen 2.000 Familien, das entspricht weniger als 0,1 % der Bevölkerung, 80 % des Vermögens. Diese 0,1 % der Bevölkerung haben die Unter- und Mittelschichten in Griechenland ausgebeutet und nie nennenswert Steuern bezahlt.

Diese 0,1 % der überreichen Griechen müssten nun eigentlich zur Kasse gebeten werden. Stattdessen werden die Unter- und Mittelschichten in ganz Europa belastet. Banken und Superreiche werden dagegen verschont. Auch in Deutschland zeichnet sich eine ähnliche Vermögensentwicklung ab. Die reichsten 10 % der Bevölkerung in Deutschland besitzen allein ein Geldvermögen von 3 Billionen €. Dem gegenüber steht eine Staatsverschuldung von 2 Billionen €, mit der auch heute wieder ein sozialer Kahlschlag aller Art begründet wird. Die schwarz-gelbe Koalition spiegelt dieses zutiefst ideologische Totschlagargument auch hier und heute wider. Passend ist an dieser Stelle ein Zitat des Börsenmilliardärs Warren Buffett:

„Es herrscht Klassenkrieg, ... aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir sind dabei, ihn zu gewinnen.“

DIE LINKE fordert vor diesem Hintergrund ein radikales **Umsteuern**: Erstens. Die Regulierung der Finanzmärkte durch ein Verbot von Leerverkäufen und Hedgefonds.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Eine Finanztransaktionsteuer auf alle Börsengeschäfte. Drittens. Einen europäischen, ausschließlich öffentlichen Bankensektor.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. Eine europäische Reichensteuer von 5 % auf alle Vermögen über 1 Million €.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens. Die Stärkung der europäischen Binnenmärkte durch Arbeitszeitverkürzung, Lohnsteigerungen und die Erhöhung der Renten sowie der Sozialleistungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sechstens. Die Demokratisierung der Wirtschaft durch einen massiven Ausbau der Beschäftigtenrechte.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztlich lässt sich die jetzige Systemkrise nur durch eine Überwindung des herrschenden Systems lösen. Wir brauchen eine **solidarische Gesellschaftsordnung** eine Gesellschaftsordnung, die jedem Individuum unabhängig von Herkunft, körperlichen Merkmalen und Leistung die freie Entfaltung seiner Fähigkeiten und die umfassende Befriedigung seiner Bedürfnisse garantiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die technischen Voraussetzungen dafür hat die Menschheit längst verwirklicht. Es fehlt allein der politische Wille. Wir werden uns die Utopie einer besseren Gesellschaft nicht nehmen lassen. Wir werden uns auch die Utopie eines besseren, eines gerechteren Europas nicht nehmen lassen. DIE LINKE kämpft weiter innerhalb und außerhalb des Parlaments für eine Veränderung der Verhältnisse zum Besseren. DIE LINKE kämpft für eine radikale Umverteilung und eine umfassende Demokratisierung Europas.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher das Wort.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Habeck hat heute einen Namensartikel im „Hamburger Abendblatt“ veröffentlicht. Zwei Sätze, die er hier wiederholt hat, will ich - mit Genehmigung der Frau Präsidentin - zitieren:

„Zwei Experten, drei Meinungen. ... Ohne Frage ist das Thema schwierig, es gibt weder einfache noch gute Antworten und keine reine Lehre.“

Lieber Herr Kollege Habeck, das unterstreiche ich nachdrücklich. Es wäre nur schön gewesen, wenn Sie dieser Weisheit in Ihrer Rede auch irgendwelche Taten hätten folgen lassen.

**(Dr. Christian von Boetticher)**

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Gegenteil! Die Rede, die Sie hier abgesehen haben, war so, als hätten Sie gerade den Nobelpreis für Ökonomie bekommen. Sie war von oben herab, sie war besserwisserisch, und ich finde, sie ist auch Ihrem eigenen Anspruch in keiner Weise angemessen.

(Beifall bei CDU und FDP)

In diesen Tagen erinnere ich mich an eine Debatte, die ich 1997 am europarechtlichen Seminar der Universität Hamburg mit dem Oxford-Absolventen und Wirtschaftsrechtler Tibor Pataki hatte. Er sagte damals: Ihr macht in Europa im Augenblick einen strategischen Fehler. Ihr bildet eine Währungsunion, aber ihr habt keine Mechanismen für eine gemeinsame Finanz- oder Steuerpolitik. Ihr habt auch keine vernünftigen Sanktionsmechanismen.

Ich sagte damals: Die Sanktionsmechanismen, die wir haben, sind doch eigentlich sehr weitreichend. Sie gehen bis hin zur Strafzahlung. Er sagte: Glaubt ernsthaft irgendjemand in Europa, dass ein Land - zum Beispiel Frankreich - dann, wenn es gegen die Kriterien verstößt, Strafzahlungen im Europäischen Rat akzeptieren würde? - Das sind Phrasen, das sind keine Dinge, die sich in der Wirklichkeit realisieren lassen.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Sicherlich.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege von Boetticher, darf ich aus dem Zitat des Oxford-Absolventen, das Sie sich zu eigen gemacht haben, wenn ich es richtig verstanden habe, schlussfolgern, dass Sie der politischen Forderung in unserem Antrag zustimmen können, denn genau dies wird in unserem Antrag gefordert?

Zweitens frage ich, weil Sie die Rede des Herrn Kollegen Habeck kritisiert haben: Finden Sie die Äußerungen von führenden FDP-Vertretern, insbesondere des Bundeswirtschaftsministers, geeignet, diesen Prozess zu befördern?

- Ich halte im Augenblick eine ganze Reihe von Beiträgen für geeignet, um die Debatte über die Sorgen und Nöte der Menschen zu führen, die diese

mittlerweile mit der Europäischen Union verbinden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube, der große Fehler ist, dass wir jetzt anfangen, uns bei unserer Argumentation gegenseitig die **Europafähigkeit** oder das Europabewusstsein abzusprechen. Das wird der Sache erst recht nicht gerecht. Der Kollege Habeck kommt zu der Analyse, dass die Sache schwierig ist und dass es auch unter den Experten keine einheitliche Meinung gibt. Daher tun wir doch gut daran, wenn wir kontrovers diskutieren, uns aber gleichzeitig insofern respektieren, als dass wir alle derzeit Sorgen und Nöte um die Europäische Union haben. Ich muss sagen, dass erkenne ich zumindest von dieser Seite in der Debatte nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich würde Ihnen niemals die Europafähigkeit oder das Europabewusstsein absprechen, nur weil ich Ihre Argumente in der Sache am Ende nicht teile.

Was kam dann in der Folgezeit? In der Folgezeit kamen die blauen Briefe. Wir erinnern uns an die Debatte 2002, wo Herr Eichel das damals nicht besonders ernst genommen hat. Ich sage auch ganz deutlich, ob die Union in der Frage anders reagiert hätte, weiß ich nicht. Das ist für mich keine parteipolitische Frage, sondern die Erkenntnis, dass die Sanktionsmechanismen, die die Europäische Union selbst entwickelt hat, überhaupt nicht gegriffen haben. Bei der Aufnahme von **Griechenland** hat damals jeder schon gewusst, dass das nicht mit rechten Dingen zugegangen ist, man hat es trotzdem gemacht. Das ist keine parteipolitische Schuld, das ist die Erkenntnis, dass das, was wir an Recht und Rahmen in der Europäischen Union geschaffen haben, offensichtlich nicht so wirksam ist, wie wir das wollten.

Nun erkenne ich an, dass dieser Weg, der jetzt beschritten ist, nicht das ist, was ursprünglich verabredet war. Wenn wir gucken, was die **Europäische Zentralbank** macht, so ist das gegen all die Regeln, für die wir als Deutsche mit unserem Stabilitätsbewusstsein lange gekämpft haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch gegen den Vertrag!)

Vielleicht ist der Weg der richtige; das weiß ich nicht. Aber eines macht mir große Sorgen. Ich habe die Sorge, dass, wenn wir in die Transferunion gehen, die Hausaufgaben, die man damals nach meinem Verständnis zu Recht analysiert hat, von niemandem angegangen werden. Ich höre von Herrn



**(Dr. Christian von Boetticher)**

Sarkozy nicht, dass wir jetzt eine europäische Finanz- und Steuerpolitik wollen. Ich höre auch nichts davon, dass wir harte Sanktionsmechanismen wollen. Im Gegenteil, sogar in unserer nationalen Debatte wären wir doch nicht ernsthaft bereit, wenn wir über **Verschuldungspolitik** reden, zu akzeptieren, dass wir dann, wenn wir unsere Kriterien auf dem Weg zur Entschuldung nicht einhalten, beispielsweise mit Stimmenverlust im Bundesrat sanktioniert würden.

Darum sage ich Ihnen noch einmal, und das ist, glaube ich, auch die Sorge der Bevölkerung: Ich habe die Sorge, dass es, wenn wir jetzt in die **Transferunion** gehen - das ist ja der Weg, der vorgezeichnet ist, vielleicht ist der sogar mal, obwohl ich das Wort hasse, alternativlos -, die Sanktionsmechanismen, die man braucht, um Disziplin in einem solchen Solidaritätsverbund zu wahren, nicht gibt und sich niemand ernsthaft um diese Dinge im Augenblick bemüht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ja, ich komme zum Schluss. - Ich glaube, das wäre die Aufgabe einer vernünftigen Debatte: Wie schaffen wir ein Europa, das diese beiden Kriterien vernünftig erfüllt?

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Kollege Rolf Fischer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Rolf Fischer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn eine Sache nachholen, die wir sonst aus Tradition immer machen. Wenn über Berichte diskutiert wird, dann gilt es auch immer, den Mitarbeitern, die diese Berichte erstellt haben, zu danken. Das möchte ich gern an den Anfang meines Dreiminutenbeitrags stellen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aber gleichzeitig sagen: Drei Minuten, um über den **Europabericht** zu sprechen - darauf werde ich mich in weiten Teilen beschränken -, ist im Grunde genommen zu wenig. Ich würde mich freuen, wenn wir mehr Zeit dafür hätten.

Das wäre dem Bericht nämlich angemessen. Ich werde mich deshalb, was Sie nicht verwundern wird, auf einen Kritikpunkt beschränken und den zwar fundiert, aber in aller Kürze vortragen.

Zentraler Kritikpunkt ist: Dem **sozialen Europa**, diesem Leitbegriff moderner Europapolitik, gönnen Sie in Ihrem Bericht keine Überschrift, keinen Absatz, keine Zeile. Wenn ich es richtig gesehen habe, taucht dieser Begriff im gesamten Bericht überhaupt nicht auf. Deshalb der Eindruck: Das ist keine Nachlässigkeit, das scheint ein Fehler zu sein.

Herr Callsen, das, was wir vorhin von Ihnen in Richtung Europapolitik gehört haben, zeigt: Das ist das Ergebnis, die Folge einer eindimensionalen Europapolitik. Längst haben Sie die Europapolitik der Wirtschaftspolitik untergeordnet. Längst haben Sie Europapolitik auf den ökonomischen Bereich verkürzt. Egal, wohin man in dem Bericht schaut - Dänemark-Strategie, Nord- und Ostseekooperation, Meerespolitik, Wirtschaftsförderung, Agrarpolitik, Strukturfonds, selbst die wenigen genannten Programme zur Verbesserung von Arbeit und Ausbildung -, alles dient zuerst der wirtschaftlichen Belebung. Meine Damen und Herren, diese Reduzierung ist kein akuter Schwächeanfall, das ist ein struktureller Mangel Ihrer Europapolitik, und zwar auf Bundes- wie auf Landesebene.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, gerade in der aktuellen Krise rächt sich diese Eindimensionalität. Schleswig-Holstein ist längst nicht mehr Motor in der **Ostseepolitik**. Wir sind Beobachter in der **Nordseepolitik**. Wir beginnen mit dem Abbau europapolitischer Kompetenzen in diesem Land, der sich rächen wird. Ich nenne als Beispiel den Verzicht auf eine Europe-direct-Informationsstelle und als ein weiteres Beispiel vor allem die mögliche Schließung der EVZ, der Europäischen Verbraucherzentrale.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Vertrauenskrise Europas sprechen, dann gibt es doch zwei Punkte, die da eine ganz große Rolle spielen. Wo empfinden die Menschen Europa? Sie empfinden Europa in ihrem Alltagsleben. Wenn man von ihnen Mobilität verlangt, wenn man verlangt, dass sie über die Grenzen gehen, dass sie sich europaweit bewegen, Handel treiben, einkaufen, dann muss es doch auch möglich sein, dass ihre Rechte als Verbraucher geschützt sind. Dazu gehört eine funktionierende, eine moderne, eine auf Perspektive angelegte **Europäische Verbraucherzentrale**. Wir haben eine in Kiel für den ganzen nordeuropäischen Bereich. Die wird sehr gut angenommen. Diese

(Rolf Fischer)

Landesregierung schleift sie, kann man sagen. Das sind, glaube ich, Beispiele, die wir nicht gebrauchen können, wenn wir für ein Europa der Bürger sind. Das soziale Europa, das unser Ziel ist, ist ein **Europa der Bürger**.

Deswegen, Herr Callsen, am Ende noch eine grundsätzliche Bemerkung. Sie werden diese Probleme der europäischen Struktur- und Finanzkrise nicht lösen ausschließlich durch die Finanzpolitik. Hier ist mehrfach gesagt worden, dass es nur geht im Rahmen einer gemeinsamen **Sozialpolitik**, im Rahmen einer gemeinsamen **Wirtschaftspolitik**. Ein so eindimensionaler Ansatz, den auch die Bundesregierung leider auf Bundesebene verfolgt, die sogar noch so weit geht, dass sie ihre Wirtschaftspolitik sozusagen auf Europa überträgt, ist etwas, was das Problem nicht lösen wird. Das wird das Problem eher vertiefen. Ich möchte Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken. Niemand spricht Ihnen die Europafähigkeit und die Europawilligkeit ab, aber diese Eindimensionalität, in der Sie sich bewegen, wird dieses Problem nicht lösen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Als nächsten Redner habe ich auf der Liste den Kollegen Jezewski von der Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, Sie haben dankenswerterweise auf die lange Zeit des Friedens in Europa hingewiesen. Ich erinnere nur mal daran, dass ein Krieg nicht dadurch Frieden wird, dass er in Afghanistan und nicht in Kiel stattfindet. Wir haben schon lange keinen Frieden mehr in Deutschland.

Eurobonds, so haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident, führen zu höheren Zinsbelastungen des Landes. Das stimmt, und das ist zu Recht so.

Herr Kubicki, Sie haben auch zu Recht auf Bund-Länder-Anleihen hingewiesen. Was würden wir denn sagen, wenn wir Bund-Länder-Anleihen machen und Bayern sagen würde, können wir machen, aber bitte Schleswig-Holstein und Bremen vorher rausschmeißen, sonst werden die Zinsen höher? Natürlich muss, wenn man sich in einer **Solidargemeinschaft** befindet, einer für den anderen einstehen. Angesichts der Zahlen, die Herr Callsen genannt hat - 800 Millionen € globale Fördermittel, 44 Millionen € für die Schleswiger Region, 23 Mil-

lionen € für die Fehmarn-Region, das sind 867 Millionen € -, müssten wir sehr lange kämpfen, bis die höheren Zinsen diese **Fördermittel** für das Land wieder ausgleichen würden.

Wir befinden uns meines Erachtens aber nicht in einer Finanzkrise, wir befinden uns in einer **Legitimationskrise**, und das hat auch einen Grund. Wir befanden uns in Deutschland schon einmal in einer solchen Krise, nämlich Anfang der 70er-Jahre, als man auch gedacht hat, es sei eine Finanzkrise, aber es war eine Legitimationskrise. Wo liegen die Ursachen? Wir haben 1948 eine Währung geschaffen und ein Jahr später versucht, auf diese Währung einen Staat zu bauen. Das hat sich Anfang der 70er-Jahre gerächt. Wir haben 2001 wieder eine Währung geschaffen und haben gesagt, das politische Zusammenwachsen werde dieser Währung schon folgen. Wir sehen jetzt, dass das nicht funktioniert.

Hauptgrund für die Einführung des **Euro** war es meines Erachtens, der deutschen Industrie zu ermöglichen, gute Geschäfte zu machen. Das ist nicht illegitim. Dazu zählt übrigens - das hat Herr Stegner zu Recht gesagt - auch die Waffenindustrie. Aber sobald es Probleme gibt, ist plötzlich die Solidarität am Ende. Dann sagt man: Jetzt müssen die Griechen raus, jetzt müssen die Griechen eine geordnete Insolvenz machen.

Die Frage ist doch: Was wäre passiert, wenn wir in Deutschland immer so argumentiert hätten? Dann wäre Bremen schon lange nicht mehr Deutschland, dann wäre Schleswig-Holstein nicht mehr Deutschland. Alle diese Punkte sollten wir weiter diskutieren.

Herr Stegner, Ihre Rede hat mir sehr gut gefallen. Sie hat mich an andere große sozialdemokratische Reden erinnert, die ich schon gehört habe. Es gab ja immer schon Vorsitzende in der SPD, die ich sehr bewundert habe. Es gab einen, der schon vor mehr als zehn Jahren zu Recht darauf hingewiesen hat, dass Euro-bonds eine Möglichkeit sein könnten. Mit welchem Recht wollen wir jetzt über den Vertrag reden und **Griechenland** rausschmeißen, sind aber überhaupt nicht willens, über den EZB-Vertrag zu reden und zu sagen, auch die EZB könnte Direktkredite an Länder vergeben? Dann wäre die Zinsbelastung für diese Länder längst nicht so hoch. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir zumindest über Eurobonds reden.

Dieser ehemalige SPD-Vorsitzende hat ja auch schon die Transaktionssteuer vor mehr als zehn Jahren in die Debatte geworfen. Besinnen Sie sich

(Heinz-Werner Jezewski)

doch mal auf Ihren großen Traditionalisten Oskar Lafontaine, und nehmen Sie mehr seiner Anregungen auf! Ich glaube, der hat schon zu Zeiten, als das heutige Problem noch gar nicht absehbar war, nicht nur auf das Problem hingewiesen, sondern auch Lösungswege aufgezeigt. Ich glaube, es gibt Lösungswege. Aber wir werden sie nicht gehen können, wenn wir weiterhin nur versuchen, die Europäische Union und den Euro als Treibstoff für die deutsche Industrie und die deutsche Waffenindustrie zu betrachten.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Kollegin Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich vorhin schon ausführte, finde ich, dass der **Europabericht** der Landesregierung in dieser Debatte etwas stiefmütterlich behandelt wird. Das hat Gründe. Umso wichtiger wird es sein, dass wir uns im Europaausschuss mit den einzelnen Punkten dieses Berichts auseinandersetzen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

dass wir ihn nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sagen, wo nachgearbeitet werden muss und zu welchen Themen noch Fragen bestehen.

Wir haben vorhin schon einige Fragen an den Bericht formuliert, zum Beispiel die Diskussion über die künftige **Dänemark-Strategie** der Landesregierung, die ja auch Teil dieses Berichts ist. Diese Problemstellung ist schon ziemlich ausführlich diskutiert worden und wird uns auch im Europaausschuss weiterhin begleiten. Das ist auch notwendig, weil eine neue Vereinbarung mit der Region Süddänemark ansteht und weil deutlich gemacht werden muss, dass es auch für diesen Bereich wichtig ist, nicht nur nette Reden zu halten, sondern den Reden immer auch Taten folgen zu lassen.

Das gilt, meine ich, aber auch für andere Bereiche. Ich will nicht verhehlen, dass ich auch bei diesem Bericht manchmal das Gefühl habe, dass die eine Hand nicht so richtig weiß, was die andere tut, was die andere Seite beschlossen hat. Wir haben es mit Kürzungen zu tun. Aber zu diesen Kürzungen gibt es im Europabericht nicht so detaillierte Ausführungen, wie es eigentlich notwendig ist.

Es gibt ja noch einen weiteren Bericht, der im Wechsel mit dem Europabericht vorgelegt wird, nämlich den Ostseebericht. Aber vor dem Hintergrund, dass die Bundesrepublik momentan den Vorsitz im **Ostseerat** innehat, haben wir es, mit einer Schnittstelle zu tun, die unbedingt auch im zuständigen Ausschuss weiter diskutiert werden muss. Denn das ist eine Chance für uns als Land Schleswig-Holstein; es ist eine Chance, die noch besser genutzt werden muss als bislang; das wird aus dem vorliegenden Europabericht ebenfalls deutlich.

Auch muss die Frage gestellt werden, welche Anliegen wir eigentlich weiterleiten wollen. Denn es kann nicht angehen, dass wir sagen: „Es ist gut und schön, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass wir in Brüssel gehört werden“, sondern wir müssen auch eigene Vorstellungen entwickeln. Da teile ich die Auffassung des Kollegen Fischer, dass es Bereiche gibt, in denen Schleswig-Holstein mittlerweile nicht mehr nur von seinem bisherigen Renommee leben kann. Wir haben es schon einmal besser gekonnt und auch besser gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Meine letzte Bemerkung - das habe ich bereits angekündigt - bezieht sich auf das Abstimmungsverhalten des SSW. Wir haben uns mit den vorliegenden Anträgen intensiv auseinandergesetzt. Wir haben sie heiß diskutiert. Wir haben uns dabei nicht in die Wolle gekriegt, aber wir haben sie doch richtig diskutiert.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war denn da bei euch los? - Heiterkeit)

Darum sage ich: Das Einfachste wäre, alle drei Anträge abzulehnen. Wer an meinen Redebeitrag von vorhin denkt, kann eine solche Haltung sicherlich nachvollziehen.

Wir werden den Antrag von CDU und FDP ablehnen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Dieser Antrag ist aus unserer Sicht zu sehr darauf ausgerichtet, glauben zu machen, Sie seien diejenigen, die der Staatsverschuldung ein Ende gesetzt haben. Es soll offenbar der Eindruck erweckt werden: „Wir sind die Guten; wir sind die Besten.“ Das ist sicherlich zu kurz gesprungen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ja. - Das werden wir so nicht mittragen.

Wir werden auch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen.

(Vereinzelter Beifall)

Beim Antrag der SPD werden wir uns der Stimme enthalten. Wir haben erkannt, dass dieser Antrag konkrete Ziele vorgibt, die wir mittragen können. Wir werden uns dennoch nicht für diesen Antrag aussprechen, und zwar nicht zuletzt wegen des Themas Eurobonds.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite noch ein paar Worte zum **Europabericht**. Zunächst einmal möchte ich ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung für diese große Datenbasis richten, für diese umfangreiche Beschreibung, die Sie uns hier geliefert haben. Wir werden dieses Werk für unsere weitere Arbeit sehr gut verwenden können. Herr Callsen hat diese Daten ja bereits im Einzelnen dargestellt.

Frau Spoorendonk hat gerade gesagt, Schleswig-Holstein sei intensiv mit den verschiedensten Organisationen verflochten und auch stark in die europapolitischen Interessen involviert. Es ist ausgesprochen wichtig, dass Schleswig-Holstein gegenüber den anderen Bundesländern und gegenüber dem Bund, aber unter Umständen auch gemeinsam mit anderen Ländern, beispielsweise im Nordsee- oder im Ostseeraum, seine Interessen wahrnimmt.

Zu den Inhalten dieses Berichts muss ich zum einen sagen: Was die Zukunft der **Strukturfonds** angeht, was die Darstellung der entsprechenden **Europapolitik** betrifft, da fehlen mir einfach die Ziele. Man hat den Eindruck, es wird abgewartet, es wird erst einmal geschaut, was die EU vorschlägt. Zudem ist immer wieder - zwar nicht im Europabericht, aber in anderen politischen Aussagen - vom „Überrollen“ der alten Strukturfonds die Rede. Ich denke, eine solche Politik ist wie Zocken und nicht gut für das Land, sie ist nicht zielgerichtet. Man muss jedoch mit Zielen an eine Sache herangehen und wissen, was man will. Eine solche Hal-

tung muss auch in diesem Bericht zum Tragen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nächste Thema ist die **Ostsee-Strategie**. Wir haben dies in entsprechenden Anträgen bereits deutlich gemacht: Uns fehlt einfach die leitende Funktion Schleswig-Holsteins innerhalb dieser Ostsee-Strategie. Wir haben 84 Leuchtturmprojekte - fachlich korrekt heißt es wohl „Flaggschiffe“ -, und bei keinem einzigen dieser Projekte hat Schleswig-Holstein die Federführung übernommen. Das haben andere Regionen in Europa getan.

Ich komme nun zur **Nordsee-Strategie**. Von dieser Nordsee-Strategie immer nur als „Nordseepolitik“ zu reden, als „Meeresbeckenpolitik“, ist meines Erachtens zu wenig. Wer immer wieder nur von „Meeresbeckenpolitik“ redet, der wird mit einer solchen Politik baden gehen. Wir brauchen eine Nordsee-Strategie, die wirklich auf europäischen Beschlüssen basiert und die tatsächlich eine europäische Ziellinie verfolgt. Aufgrund der Debatten um Techniken bei Gas und Öl, die Energienetze und Offshore wissen wir, dass wir die starke europäische Ebene brauchen, um letztlich auch internationale Regeln für die Nordsee umzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die Bildungspolitik will ich hier nicht näher eingehen. Immerhin werden knapp zwei der 130 Seiten diesem Thema gewidmet. Was ich jedoch ganz und gar vermisse - Kollege Fischer hat dazu bereits Stellung genommen -, ist die Frage des **grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts**. Dort brauchen wir dringend Regeln. Wir brauchen grenzüberschreitende Regeln, und wir müssen diese Regeln fortentwickeln. Das ist wichtig für die gemeinsame Entwicklung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums, auch gerade bei uns in Schleswig-Holstein.

Zur **Sozialpolitik** finde ich wenig bis gar nichts in diesem Bericht.

(Zuruf von der LINKEN)

Wenn ich den Ostseeraum betrachte, dann stelle ich ein großes Armutsgefälle fest. Gerade Lettland ist durch die Finanzkrise in großem Maße verarmt. Wir müssen im Ostseebericht stärker auf die Frage eingehen, wie wir mit diesem Problem gemeinsam umgehen wollen. Das ist nicht gut für die Wirtschaftsentwicklung im Ostseeraum, und es ist damit auch nicht gut für uns.

(Bernd Voß)

Mein vorletzter Satz betrifft die Öffentlichkeitsarbeit. Ich denke, es ist auch in den heutigen Debattenbeiträgen deutlich geworden, dass wir hier im Land eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu der Frage benötigen, warum wir Europa brauchen und weshalb wir uns nicht immer wieder mit negativen Äußerungen von Europa distanzieren dürfen. Solche Fragen gehören ebenfalls in diesen Bericht. Ebenso muss thematisiert werden, dass wir eine Landesaußenpolitik brauchen. Wir brauchen eine **Außenpolitik** des Landes, die tatsächlich beschreibt, in welchen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen sich dieses Land befindet, wie wir mit dieser Situation umgehen und mit welcher Strategie wir hier weiterkommen wollen.

Ich möchte darum bitten, dass diese Themen im nächsten Europabericht auftauchen. Damit lassen sich die Voraussetzungen schaffen, um auch diese Politik gut gestalten zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Ralf Stegner das Wort.

(Heike Franzen [CDU]: Der hat doch schon so viel geredet! - Rainer Wiegard [CDU]: Aber noch nichts gesagt!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Debatte heute Vormittag hat gezeigt, dass es richtig gewesen ist, hier eine **Europadebatte** in so ausführlicher Weise zu führen. Es war richtig, uns nicht allein auf den Europabericht zu beschränken. Erfreulich finde ich, dass als Gemeinsamkeit in allen Beiträgen das Bekenntnis zu dem deutlich geworden ist, was uns Europa an Fortschritten und Gemeinsamkeiten gebracht hat. Das ist nicht wenig.

Das möchte ich ausdrücklich hervorheben, auch wenn gilt: Die Debatte hat auch gezeigt, wo unsere Unterschiede liegen.

Ich möchte mich mit einer Figur beschäftigen, die der Kollege Kubicki hier eingebracht und die in den Debatten mehrmals eine Rolle gespielt hat, nämlich nach dem Motto: „Man wird doch noch mal sagen dürfen“, oder: „Wir werden doch diskutieren dürfen“. Das ist nicht die Frage. Ich bin ein großer Freund leidenschaftlicher parlamentarischer Debatten. Nichts anderes tun wir hier. Aber wenn sich der

Bundeswirtschaftsminister offiziell äußert, dann ist das nicht unter dem Punkt: „Man wird doch noch mal sagen dürfen“ zu verbuchen, sondern dann ist das das Gegenteil dessen, was seine Bundeskanzlerin versucht. Das richtet richtigen Schaden an. Die FDP hat hier sehr deutlich gezeigt, dass sie nicht willens ist, sich von diesem Kurs zu distanzieren, sondern ihn - im Gegenteil - richtig findet. Da gibt es einen klaren Unterschied zwischen den Freien Demokraten hier im Hause und fast allen anderen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade nicht! Das haben Sie missverstanden!)

Denn niemand möchte mit so törichtem Gerede Dinge herbeireden, wie das führende Liberale tun und auch der Landesvorsitzende der FDP tut. Ich habe das vorhin ja zitiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich, wie Sie agieren!)

Zweitens. Es ist Folgendes fälschlich behauptet worden: Weder der Kollege Habeck noch ich haben gesagt, wir wüssten den Königsweg, auf dem man die Krise lösen kann. Wir haben aber sehr wohl auf das Instrumentarium hingewiesen. Ich finde es sehr nett, dass die Kollegin Spoorendonk gesagt hat, sie sei bereit, diesen Teil zumindest per Enthaltung zu begleiten. Die Debatte hat nämlich gezeigt, dass wir mehr an gemeinsamer Politik in Europa brauchen und dass das der Weg ist. Der Weg ist nicht zu behaupten, wir brauchten nur die Schrauben eng genug anzuziehen und den Griechen zu sagen, was sie zu tun haben, und dann wird das schon werden. Wir müssen ernsthaft so miteinander reden, dass sich die Lage nicht verschlechtert und dass wir gemeinsam zum Fortschritt kommen. Das sollten wir ohne deutsche Arroganz tun. Bei der einen oder anderen Bemerkung, die hier gekommen ist, ist mir manchmal ein bisschen viel Selbstbespiegelung dabei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abstimmungsverhalten der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier im Hause sagen: Neben unserem eigenen Antrag, dem wir natürlich zustimmen, stimmen wir auch dem grünen Antrag zu - wenn er ein selbstständiger Antrag werden sollte -, weil er in die ähnliche Richtung geht.

Der Antrag von CDU und FDP ist allerdings überhaupt nicht auf der Höhe der Zeit. Er sagt eigentlich nur: „Wir machen weiter so wie bisher“, und: „Alles ist in Ordnung“. Das ist ein bisschen dünn, intellektuell dürftig. Wir werden dagegen stimmen.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie eine Mitgliederbefragung zu dieser Frage!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte war in Teilen durchaus unterhaltsam. Ob es uns damit wirklich gelungen ist, einen Beitrag zur Lösung des Problems zu liefern, bezweifle ich.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN: Jetzt kommt es!)

Der Kollege Stegner konstruiert in bewährter Weise sein eigenes Weltbild mit bekannten Feindbildern, das nun leider mit der Realität wenig zu tun hat. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass Sie sich einen Redenschreiber mit der LINKEN teilen.

Kollege Habeck hatte einen durchaus richtigen Grundansatz, verstrickte sich dann aber ein bisschen in Detailfragen. Geordnete Insolvenz nein, Haircut ja, aber dann geordnet. Bis zum Weltökonom müssen Sie noch ein bisschen nacharbeiten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir müssen uns fragen, ob wir als Landtag uns damit begnügen, ob es unserem Anspruch genügt, den Berliner Chor mit solchen Debattenbeiträgen zu bereichern, ob das das Ergebnis der heutigen Debatte sein soll oder ob wir uns das alte Motto zu eigen machen: „Global denken und lokal handeln“ und darüber abstimmen, was wir selber dazu beitragen können, diese Krise zu lösen. Das ist die Intention unseres Antrags. Denn verantwortliche **Finanzpolitik** für ein starkes Europa beginnt vor Ort.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will es zumindest so erklären, dass es vielleicht die Grünen verstehen. Das ist genau wie beim Klimaschutz. Wir werden das Weltklima auch nicht dadurch retten, dass wir in Schleswig-Holstein erneuerbare Energien ausbauen. Aber wir sind die Treiber,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Vertreter!)

die Vorbilder, die eine solche Bewegung anstoßen. Genauso ist es mit verantwortungsvoller Finanzpolitik. Wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein waren die Ersten, die eine **Schuldenbremse** eingeführt haben. Jetzt ziehen Italien und Spanien nach. Wir machen vor, wie man einen Haushalt verantwortlich konsolidiert.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Glocke der Präsidentin)

Auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ist es den Menschen in Griechenland, in Spanien und in Italien besser zu vermitteln, wenn jetzt bei ihnen Kürzungen vorgenommen werden, wenn sie sehen, dass die Menschen auch in Deutschland von Kürzungen und Streichungen in den Haushalten betroffen sind.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, sehr gerne.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Heinold, Sie haben das Wort. - Ich bitte insgesamt um etwas mehr Ruhe.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Koch, haben Sie es genauso wie ich in Erinnerung, dass die Schuldenbremse erst ins Grundgesetz geschrieben wurde mit Gültigkeit für alle Länder und dass sie auch für Schleswig-Holstein gegolten hätte, wenn Schleswig-Holstein gar nichts in die Verfassung aufgenommen hätte, dass also nicht Schleswig-Holstein Vorbild für die Schuldenbremse für die Welt ist, sondern der Beschluss des Bundestages?

(Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]: Das hat er nicht gesagt!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich bewundere immer wieder Ihr Fachwissen. Deshalb formulierte ich, dass wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein Vorbild waren. Genau in dieser Reihenfolge!

(Beifall bei CDU und FDP)

Nachzulesen im Protokoll!

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege Koch, es gibt das Begehren einer weiteren Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

**Tobias Koch [CDU]:**

Die lasse ich zu.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat Herr Schippels das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:** Danke, Herr Koch. - Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie der Ansicht sind, wenn wir bei uns im Sozialbereich kürzen, wird es für die Griechen leichter zu ertragen, dass bei ihnen im Sozialbereich gekürzt wird?

**Tobias Koch [CDU]:**

Vielen Dank für diese Frage, Herr Kollege Schippels. Ich beantworte zunächst eine andere.

(Heiterkeit)

Sie hatten nach den Beiträgen der Finanzpolitiker gefragt. Da würde ich Ihnen gern sagen wollen, das Wort heißt Eurobond, mit „d“ am Ende, englisch für Wertpapier, hat nichts mit Kassenbon oder Bonbon zu tun.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube schon, dass es für die Gerechtigkeitsdebatte in Europa durchaus Signalwirkung hat, wenn wir überall deutlich machen: Wir als Deutsche konsolidieren auch. Wir sind nicht die Besserwisser in Europa, die allen vorschreiben, was sie machen sollen. Wir haben unsere eigenen **Haushaltsprobleme**, und die lösen wir auch. Wir muten unseren Bürgern auch Kürzungen zu. Ich glaube, das kann schon ein Beitrag dazu sein, schwierige Entscheidungen in anderen Ländern besser vertreten zu können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Trotz aller unterschiedlicher Auffassungen in der Sache, die hier heute deutlich geworden sind, glaube ich, dass unser Antrag nicht die Lösung aller Probleme ist, aber einen Weg aufzeigt, den wir als Schleswig-Holsteinische gehen können. Das sollte eigentlich durchaus Konsens in diesem Haus sein. Das muss doch die Botschaft sein, dass wir selber die Staatsverschuldungskrise anerkennen, nicht die Augen davor verschließen und sie schlichtweg leugnen, wie der Kollege Stegner das getan hat.

Den Ansatz bietet unser Antrag, unser Beitrag zur Lösung der Krise in Europa.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich wäre am Ende meiner Rednerzeit, aber - -

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Sie wären also bereit, eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk zuzulassen, entnehme ich Ihrer Gestik. - Frau Spoorendonk!

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Vielen Dank Frau Präsidentin. - Lieber Herr Kollege Koch, stimmen Sie mir zu, dass man bei dem Antrag von CDU und FDP den Eindruck bekommen könnte, dass es sehr viel um das eigene Schulterklopfen geht und nicht so sehr um Griechenland?

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das liegt Ihnen fern!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Kollegin, in dieser Analyse stimme ich Ihnen nicht zu. Ich habe es Ihnen gerade schon unter vier Augen gesagt. Ich habe vorhin bei Ihrer Rede sogar klatschen können, weil Sie es ähnlich formuliert und auf Schuldenbremse und auf Verantwortung für **Staatshaushalte** hingewiesen haben. Genau das machen wir mit unserem Antrag. Die Logik Ihres Abstimmungsverhaltens hat sich mir nicht erschlossen. Sie haben sich in Ihrer Argumentation vehement gegen den SPD-Antrag und die dort erhobene Forderung nach Eurobonds ausgesprochen. Da enthalten Sie sich jetzt.

Bei dem Antrag, mit dem Sie bei Ihrer Rede inhaltlich eng zusammen waren, nämlich mit unserem Antrag, Bekenntnis zur Schuldenbremse, zur **Haushaltskonsolidierung**, sagen Sie Nein. Es tut mir leid: Ihre Analyse teile ich mitnichten.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das verstehe, wer will! - Peter Eichstädt [SPD]: Welche Frage haben Sie eben beantwortet?)

- Die Frage der Abgeordneten Spoorendonk.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die Frau Kollegin Spoorendonk hat offenbar eine zweite Zwischenfrage. Gestatten Sie diese?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja.

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Es ist schwierig, das als Frage zu formulieren. Es ist eigentlich eine Aufforderung, meine Rede im Protokoll noch einmal nachzulesen!

- Auch das mache ich sehr gerne, vor allen Dingen die Stelle, an der ich geklatscht habe.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege Koch, es gibt eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner. Lassen Sie diese zu?

**Tobias Koch [CDU]:**

Auch das gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Stegner!

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Koch, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Sozialdemokraten mitnichten einfach die Einführung von Eurobonds - ich habe das verstanden, mit „d“ - fordern, wie Sie gerne den Eindruck erwecken wollen, sondern dass wir gesagt haben, dass das mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer verbunden ist, damit nicht die normalen Bürger in Schleswig-Holstein die Zeche dafür zu bezahlen haben, sondern diejenigen, die das angerichtet haben? Wären Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat nichts miteinander zu tun!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich antworte Ihnen mit einer Gegenfrage, nämlich ob Ihre Forderung nach einer einheitlichen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik denn auch einen europaweiten gesetzlichen Mindestlohn von 4,50 €, eine europaweite einheitliche Mehrwertsteuer von 23 % und einen europaweit einheitlichen Hotelsteuersatz von 7 % bedeutet?

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, ich sehe schon, Sie freuen sich unheimlich, dass ich mich zu Wort gemeldet habe.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Immer!)

- Das ist schön.

Sie brauchen auch keine Sorge zu haben:

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Habe ich nie bei Ihnen!)

Ich teile die Auffassung zu 7 % Hotelsteuer nicht.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich es erstaunlich finde, wie hier über die Position des Wirtschaftsministers Philipp Rösler gesprochen wurde.

Herr Dr. Habeck, Sie haben die Auffassungen von FDP-Politikern mit den Tönen vermischt, die aus der CSU gekommen sind. Ich fordere jeden dazu auf, zur Kenntnis zu nehmen, was Herr Rösler gesagt hat und was er eben nicht gesagt hat. Er hat von der geordneten **Insolvenz Griechenlands** als letzter Option - als letzter Option! - gesprochen. Es ist erstaunlich: Ich habe von niemandem gehört, die Position Röslers sei unsinnig; es wurde immer nur kritisiert, dass er das gesagt hat.

Herr Dr. Stegner, es geht nicht darum, eine Debatte unter dem Motto zu beginnen: „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“, sondern es geht ganz einfach darum, Lösungswege aufzuzeigen.

Natürlich ist es unglücklich, dass es noch keinen entsprechenden Mechanismus gibt; Herr Rösler hat angeregt, einen solchen zu entwickeln. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Die Menschen in unserem Land, gerade die jüngeren, interessiert es durchaus, wie es mit Griechenland und mit Europa insgesamt weitergeht. Was das angeht, kann man durchaus mehr Sachlichkeit vertragen. Es hat noch niemand - -

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Habeck zu?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.



(Christopher Vogt)

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Vogt, würden Sie mir erklären, was genau der Herr Bundeswirtschaftsminister gemeint hat? Wo ist eine geordnete Insolvenz geregelt, und wie soll sie ablaufen?

- Herr Dr. Habeck, das ist gerade der Punkt; ich habe dazu schon Stellung genommen. Herr Minister Rösler hat gesagt, dass diesbezüglich etwas entwickelt werden muss. Sie meinen anscheinend, dass man das nicht sagen dürfe und dass man sofort eine Lösung präsentieren müsse; das ist für eine Einzelperson durchaus schwierig. Er hat gefordert, einen entsprechenden Mechanismus zu entwickeln. Dass es ihn noch nicht gibt, ist auch mir bekannt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist Bundeswirtschaftsminister!)

- Er ist Bundeswirtschaftsminister, genau. Deswegen ist er die richtige Person, um diese Debatte anzustoßen.

Herr Dr. Habeck, Sie haben vorhin gesagt, der Ausschluss aus der Eurozone sei gefordert worden. Das stimmt nicht. Diese Möglichkeit existiert ohnehin nicht. Man kann, wenn überhaupt, aus der **Eurozone** austreten, aber man kann niemanden ausschließen.

Es ist richtig, dass in dieser Debatte viele merkwürdige Töne zu hören waren, auch aus der CSU. Ich bin wirklich nicht der Meinung, dass man die CSU dafür verteidigen sollte. Aber man darf auch nicht alle Äußerungen vermischen.

Der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der sich als Euro-Kritiker sehr hervortut und der einen Mitgliederentscheid bei uns angestoßen hat, vertritt dazu eine fast radikale Meinung. Das meiste von dem, was er in der Sache sagt, teile ich nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Habeck?

**Christopher Vogt** [FDP]:

Selbstverständlich.

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Vogt, wenn es so ist, dass es eine geordnete Insolvenz nicht gibt, aber die Aussage, man müsse darüber nachdenken, wer der Volkswirtschaft Schaden zuge-

fügt hat - würden Sie mir dann zustimmen, dass es ein Fehler war, darüber zu reden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

- Nein, das glaube ich nicht. Herr Dr. Habeck, ich möchte in Erinnerung rufen, was Sie heute gesagt haben. Wenn ich Sie richtig verstanden habe - ich finde, das war ein „grandioser“ Beitrag -, dann haben Sie gesplittete Eurobonds gefordert. Bitte beschäftigen Sie sich mit der Frage, was das für Folgen hätte. Die Finanzmärkte würden das nicht honorieren. Sie haben laut „Hamburger Abendblatt“ behauptet, die Folgen für Schleswig-Holstein würden nicht sehr groß sein. Wenn der Zinssatz um zwei Prozentpunkte hochginge, dann wären die Folgen für unser Land dramatischer, als Sie glauben. Wir nehmen jedes Jahr Milliardenbeträge auf. In den ersten Jahren würde es wohl nicht so schlimm kommen, aber ein paar Jahre später kämen massive Belastungen auf uns zu.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, Sie haben Gelegenheit, Ihre Ausführungen noch zu verlängern, wenn Sie die Zwischenfragen der Herren Kollegen Jezewski, Dr. Stegner und Tietze zulassen. Ich frage Sie zunächst einmal: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Jezewski?

**Christopher Vogt** [FDP]:

Ja. Ich bin begeistert, dass Sie so viel von mir wissen wollen.

**Heinz-Werner Jezewski** [DIE LINKE]: Ich werde immer gern schlauer, Herr Kollege Vogt. Sie haben gerade gesagt, ein Rauschmiss aus dem Euro sei nicht möglich, wohl aber der Ausstieg. Mich interessiert, welche Rechtsgrundlage Sie für die Möglichkeit des Ausstiegs eines Landes aus dem Euro sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, vielen Dank für die Beantwortung der Frage.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

**Christopher Vogt** [FDP]:

Ich bin kein Rechtswissenschaftler, glaube aber zu wissen, dass es einen Ausschluss aus der **Eurozone**

(**Christopher Vogt**)

nicht geben kann. Das müssten die **Griechen** selbst beschließen. Was die Rechtsgrundlage angeht, so verweise ich auf die europäische Gesetzgebung und die Rechtsprechung. Ich wiederhole: Ein Abschluss ist aus meiner Sicht nicht möglich. Wenn die Griechen austreten wollen, dann muss das griechische Parlament einen entsprechenden Beschluss fassen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass Sie weitere Zwischenfragen der Kollegen Dr. Stegner und Dr. Tietze zulassen.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann erteile ich Herrn Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Vogt, ich habe eine Doppelfrage: Sie haben ausgeführt, Ihr Bundesvorsitzender habe nicht gesagt, man solle die geordnete Insolvenz jetzt anstreben, sondern man müsse nur darüber nachdenken, ein solches Instrument zu entwickeln.

Ich wüsste gern von Ihnen, welchen Sinn es in der konkreten Debatte um Griechenland haben soll, ein solches Instrument zu entwickeln, wenn man es nicht anwenden möchte.

Zweitens. Möchten Sie gern unsere Mithilfe haben, öffentlich zu bezeugen, dass Sie sich gewaltig für Ihren Bundes- und Ihren Landesvorsitzenden ins Zeug gelegt haben?

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für eine weitere Zwischenfrage erteile ich Herrn Kollegen Dr. Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Herr Kollege Vogt, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den Mitgliederentscheid Ihrer Partei zu der Frage Ja oder Nein zum Rettungsschirm ablehnen? Wenn er durchgeführt wird: Wird sich die schleswig-holsteinische FDP daran beteiligen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ich weiß nicht, warum Sie meinen, ich hätte den **Mitgliederentscheid** abgelehnt. Ich kann mich nicht erinnern, etwas in diese Richtung gesagt zu haben. Ich bin für den Mitgliederentscheid. Das ist ein wichtiges Instrument, gerade in dieser wichtigen Frage. Nicht alle Mitglieder dieses Hauses haben gute Erfahrungen mit Mitgliederbefragungen gemacht; ich erinnere mich an Herrn Dr. Stegner.

Der schon angesprochene Bundestagsabgeordnete Schäffler hat gemeinsam mit anderen Parteifreunden die Debatte angestoßen. Es ist richtig, dass man über diese wichtige Frage debattiert. Es wird wahrscheinlich einen Mitgliederentscheid geben. Fünf Landesverbände sind für das Erreichen des Quorums notwendig. Der Vorstand des schleswig-holsteinischen Landesverbands der FDP wird auf seiner morgigen Sitzung darüber sprechen. Unser Landesvorsitzender hat sich schon positiv in der Sache geäußert. Der Vorstand unserer Partei wird morgen entscheiden, ob wir als Landesverband das Vorhaben offiziell unterstützen.

Ich glaube, es ist der richtige Weg, die Mitglieder in einer solch wichtigen Angelegenheit zu befragen und breit über das Thema zu diskutieren.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine Nachfrage?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Vogt, vielen Dank für die erläuternden Ausführungen. Würde ein Nein Ihrer Partei den Ausstieg aus der Koalition und den Abschied von Ihrer bisherigen Europapolitik bedeuten?

(Heiterkeit bei der FDP)

- Herr Dr. Tietze, wirklich! Wir können uns ernsthaft oder gar nicht über das Thema unterhalten. - Es wird einen Vorschlag der Parteimitglieder, die das Thema angestoßen haben, geben. Daneben wird der Bundesvorstand der FDP einen Vorschlag unterbreiten, der sich sicherlich inhaltlich von dem anderen Vorschlag absetzen wird. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit meiner Partei eine Radikallösung nicht unterstützen wird. Insofern werden wir auch nicht aus der Bundesregierung austreten, auch wenn Sie sich das wünschen. Dazu wird es nicht kom-

(Christopher Vogt)

men. Das war eine komische Frage, Herr Dr. Tietze.

(Wortmeldung des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Herr Schippels, ich lasse keine Zwischenfragen mehr zu. Deren Qualität ist im Laufe der Zeit nicht unbedingt besser geworden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich hatte schon während der Beantwortung der Zwischenfragen Gelegenheit, einiges von dem zu sagen, was ich sagen wollte. Ich fasse zusammen: In der FDP wird es wahrscheinlich einen Mitgliederentscheid geben. Ich halte das für eine gute Sache. In anderen Parteien finden es einige vielleicht schwierig, über dieses Thema in einer Partei breit zu diskutieren. Der Mitgliederbeschluss wird eine Positionierung der FDP zur Folge haben, und dementsprechend wird sich die FDP in der Koalition positionieren. Radikallösungen wird es ganz sicher nicht geben; das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Insofern möchte ich nochmals die Hoffnung im rot-grünen Lager dämpfen, dass die FDP im Dezember aus der Bundesregierung austreten wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat Herr Kollege Lars Harms von der Fraktion des SSW.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade eben gab es Irritationen darüber, dass sich der SSW bei einem SPD-Antrag enthält. Der Grund ist eigentlich relativ leicht zu erkennen. Wenn man sich den Antrag anschaut, so sind darin europapolitische - nicht finanzpolitische - Leitlinien vorgegeben, die wir durchaus teilen: das politische Bekenntnis zur europäischen Einigung, das soziale Europa. Es wird aber eben auch gesagt, dass man, wenn man das soziale Europa gestaltet, nicht nur einseitig auf Einsparungen, sondern auch auf Mehreinnahmen setzt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass wir uns enthalten, da wir in einem gravierenden Punkt der Finanzpolitik, der hier mit genannt ist, eine andere Auffassung haben.

**Griechenland** hat man aus politischen Erwägungen in den Euro-Raum aufgenommen. Wir machen immer wieder den gleichen Fehler, nämlich politisch zu argumentieren,

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

anstatt dieser **Finanzkrise**, wie wir sie haben und unter der Griechenland erheblich leidet - Griechenland leidet auch erheblich unter dem starken Euro -, endlich finanzpolitisch zu begegnen und politische Erwägungen zunächst außen vor zu lassen. Das ist ganz wichtig. Wir haben hier eine ökonomische Betrachtungsweise anzuwenden und eben nicht politische Ziele zu verfolgen. Deswegen ist meiner Meinung nach die Debatte, so wie sie von einigen geführt wird, fehl am Platz.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen: Herr Kollege Kubicki hat vorhin viel Richtiges gesagt, weil er es völlig unideologisch gesagt und nur ökonomisch argumentiert hat. Wenn man dem folgt, sieht man auch, dass Eurobonds der falsche Weg sind, weil sie einfach finanzpolitisch, ökonomisch nicht sinnvoll sind, jedenfalls so lange nicht, wie man nicht in allen Ländern von gleichen Voraussetzungen ausgeht. Das tut man in Europa eben nicht. Die Länder sind zu unterschiedlich strukturiert.

Deswegen wird ein solches System nicht funktionieren können und eher dazu führen, dass ein starkes Land wie Deutschland geschwächt wird, obwohl man gerade auch als Griechen Wert darauf legen muss, dass Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, aber auch wie Frankreich oder Italien stark sind, damit sie helfen können.

Bisher, da man noch keine einheitliche Lösung gefunden hat, gibt es eigentlich nur eines, von dem wir heute schon sicher sein können, dass es kommen wird. Das ist nicht die sogenannte geordnete Insolvenz. - Ich halte dieses Wort ohnehin für katastrophal, man sollte es nicht benutzen und lieber von Schuldenerlass oder Schuldenschnitt sprechen; das klingt lange nicht so negativ wie das Wort „Insolvenz“. - Vielmehr wird es dazu kommen, dass die reichen Länder innerhalb der **Eurozone** Schulden erlassen müssen. Das ist so, und dies wird auch ein probates Mittel sein, um den Griechen zu helfen. Denn nur, wenn sie weniger **Schulden** haben, werden sie in der Lage sein, ihre Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ansonsten wird dies nie gelingen.

Dieses Mittel kann man relativ schnell anwenden, und es ist auch ein relativ unkompliziertes Mittel. Um auch die Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite zu beruhigen: Dieses Mittel wird auch die Banken treffen, weil auch die Banken Geld an diese Staaten verliehen haben. Damit wird es alle treffen, die in irgendeiner Art und Weise in diese Finanz-

(Lars Harms)

krise involviert waren. Ich denke, dies ist eines der probaten und der führenden Mittel, die wir tatsächlich anwenden können. Es mag auch noch andere Mittel geben. Eurobonds sind zumindest der falsche Weg.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da Herr Kollege Habeck und andere der festen Überzeugung sind, man dürfe über Dinge nicht reden, solange die Instrumentarien nicht entwickelt sind: Herr Kollege Habeck, über private Insolvenzverfahren gibt es eine Insolvenzordnung. Wir haben kein Vertragswesen, kein Regelwerk für die Abwicklung von **Staatsschuldenkrisen**, wie wir sie gegenwärtig in **Griechenland** und anderen Ländern haben.

Trotz unserer Appelle, dass der Euro insgesamt nur stark bleiben kann, wenn die Wirtschafts- und Sozialpolitiken angeglichen werden, wird diese Angleichung noch ein paar Jahre dauern, weil die kleineren Länder, wofür ich viel Verständnis habe, mit der Abgabe von Souveränität viel größere Probleme haben als die größeren Länder, die immer noch glauben, dass sie auch in einem größeren Euro-Raum eine stärkere Durchsetzungsfähigkeit als die kleineren haben. Daher müssen wir uns der Frage zuwenden, ob wir nicht ein Regularium, ein Vertragswerk, brauchen, das es uns ermöglicht, mit dieser insolvenzreifen Situation, in der wir uns befinden - sie ist insolvenzreif -, fertig zu werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nicht mehr und nicht weniger erwartet man ja auch von den europäischen Institutionen und erwarte ich übrigens auch vom Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von den Abgeordneten, die sie wählen, dass sie Regularien schaffen, an denen man sich orientieren kann.

Man kann über viele Dinge streiten. Ich bin sicher, in Griechenland besteht nicht nur eine Staatsschuldenkrise, sondern auch eine Wettbewerbskrise der griechischen Wirtschaft, nicht nur in Bezug auf den Euro-Raum, sondern weltweit. Machen wir uns nichts vor: Es wird für die Griechen schwierig werden, unter der Geltung der Währung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft wieder her-

zustellen. Dies wird wirklich schwierig werden, und dies wird - wofür ich viel Verständnis habe - dramatische soziale Probleme in Griechenland auflösen. Aber jedem von uns muss doch klar sein, dass ein Staatsunternehmen, dessen Lohnsumme höher ist als sein Umsatz, wirklich an sich arbeiten muss. Ich kann Ihnen sicher sagen, dass niemand in Deutschland und niemand in Europa Verständnis dafür haben wird, dass er arbeiten muss, damit dieser Unsinn in Griechenland am Leben gehalten wird.

Ich habe auch Verständnis dafür, dass die Menschen auf die Straße gehen und sagen: Wir sind an der Situation, in der wir uns befinden, nicht schuld. Das stimmt. Aber bei der Problembewältigung müssen sie mitwirken.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer sagt denn das Gegenteil? Was soll das?)

- Sie sagen die ganze Zeit das Gegenteil.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sind die Untertöne der Debatte!)

Herr Kollege Habeck, Ihr ökonomischer Beitrag, den ich jetzt wirklich verteilen werde, ist so sensationell, weil Sie jenen, die den Griechen künftig wieder Geld geben sollen, jetzt sagen: Gebt ihnen 10 €, und ihr bekommt 6 € wieder. Ich möchte wissen, wer in der Welt darauf einsteigen soll, dass Sie ihm sagen: Wenn ihr jetzt Geld gebt, bekommt ihr nur 60 % wieder.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das war Ihre Ansage. Wer sich so an der Debatte beteiligt, schadet dem Prozess eigentlich weitaus mehr als derjenige, der nach Regeln für eine geordnete Insolvenz für Staaten, die überschuldet sind, fragt.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habeck?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, Frau Präsidentin. Ich wäre dankbar, wenn genauso viele Leute Zwischenfragen stellten wie beim Kollegen Vogt. Ich bin schon ganz neidisch.

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich ziehe die Frage zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Aber ich beantworte gern das, was Sie meiner Meinung nach sagen wollten.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, Sie müssen auf Ihre Redezeit achten. Sie ist leider abgelaufen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin, das bedauere ich sehr.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Wortbeitrag hat sich Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Ich fand den Dreiminutenbeitrag von Lars Harms bemerkenswert gut, weil der deutlich gemacht hat, dass wir eine **Staatsschuldenkrise** haben, dass unser Problem die Verschuldung einzelner Länder ist.

Ich möchte auf das eingehen, was er bezüglich der Hilfe gesagt hat, und gebe gern zu: Ich würde mich nicht mit einer alleinigen Lösung herauswagen. Ich glaube, wir alle sind überfordert mit einer alleinigen Lösung und mit einer Möglichkeit - -

(Unruhe)

- Halten Sie doch einmal einen Augenblick die Klappe! - Entschuldigung, Frau Präsidentin, dass ich das gesagt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Ja, ich weiß. Ich habe mich bei der Präsidentin schon entschuldigt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat es sehr wohl gehört. Wir rügen diese Wortwahl, und ich hätte dafür auch einen geeigneten Zeitpunkt gefunden. Ich danke Ihnen dennoch für die Hinweise.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Ich bitte um Entschuldigung, Frau Präsidentin.

Ich halte es für notwendig, dass bei allen Lösungen auch das deutlich gemacht wird, was Wolfgang Kubicki gerade gesagt hat, dass nämlich die Eigenanstrengung Griechenlands außerordentlich stark gefordert wird. Es kann nicht angehen und es ist nicht zu vermitteln, dass wir das Gefühl haben, dass die Anstrengungen in **Griechenland**, in Italien, in Spanien, wo auch immer, nicht groß genug sind, wenn von uns Hilfe erwartet wird.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Ich bin auch der Meinung, dass es uns in einem geeinten Europa und im Euroraum gelingen muss, solche Krisen zu bewältigen. Wenn wir sie nicht lösen, frage ich mich, was dann passiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dritter Punkt: Ich sehe es mit einer gewissen Bewunderung - - Ich will anders anfangen. Ich glaube, wir sollten nicht nur von der **Eurokrise** und von der Staatsschuldenkrise in Europa reden, sondern wir sollten vielmehr sehr stark differenzieren. Wenn ich nach Norden gucke, sehe ich mit großer Bewunderung, was die skandinavischen Länder gemacht haben. Norwegen ist nicht in der EU und hat natürlich andere Vorteile. Wenn ich sehe, dass in der Zeit, wo wir bei uns die Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt verdreifacht haben, Dänemark sie halbiert hat und Schweden und auch andere Länder Anstrengungen zur Verringerung unternommen haben, ist das bemerkenswert. Sie haben das sicherlich aus einer Situation heraus getan, die damals drängender als bei uns war. 1980 hatte Dänemark eine Verschuldung von 60 % zum Bruttoinlandsprodukt. Schleswig-Holstein hatte eine Verschuldung, die Bürger Schleswig-Holsteins hatten eine Verschuldung von 30 %. Bei uns ist sie nach oben gegangen, bei den Dänen nach unten.

Ich erinnere mich an das, was der ehemalige Bundesbankpräsident Weber gesagt hat: Diejenigen Länder, die ihre Haushalte in Ordnung bringen und gebracht haben, werden diejenigen sein, die in einem Wettbewerb, in einem globalen Wettbewerb bestehen können.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, Sie haben das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, kann ich aus Ihren Ausführungen bezüglich der skandinavischen Länder entnehmen, dass Sie dann auch dafür sind, die Staatsquote auf den entsprechenden Level der skandinavischen Länder anzuheben, was übrigens auch etwas mit Steuereinnahmen und entsprechenden Steuersatzhöhen zu tun hat?

(Beifall bei der LINKEN)

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Sie können erst einmal daraus entnehmen, dass es notwendig ist, bei uns die **Verschuldung** wieder herunterzubringen. Wissen Sie, ich gehe davon aus, dass Sie auch in Ihrem eigenen Haushalt vernünftig wirtschaften. Wenn Sie zusammen mit Ihrer Frau - ich weiß gar nicht, ob Sie verheiratet sind; ja, verheiratet ist er, zumindest ist der Ring zu sehen -, wenn Sie mit Ihrer Familie eine Verschuldung in der Größenordnung haben - ganz gleich, wie die Größenordnung ist, wie die absoluten Zahlen aussehen -, wie wir sie hier in Schleswig-Holstein haben, dann wird spätestens, wenn Sie nicht schon selbst darauf kommen, Ihre Frau darauf kommen und sagen: Das geht so nicht weiter, wir wollen uns im nächsten Jahr auch noch einen Urlaub leisten können. Genau das haben wir auch zu tun.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Meine Frau hat mit der Staatsquote Dänemarks nichts zu tun! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das sind einfache Lösungen. Ich sage erst einmal: Es ist notwendig, die Verschuldung runterzubringen. Über die Wege können wir uns streiten.

Diejenigen Länder, die ihre Verschuldung in Ordnung gebracht haben, die ihren **Staatshaushalt** in Ordnung gebracht haben, werden diejenigen sein, die in einem globalen Wettbewerb die Nase vorn haben werden.

Ich gestatte mir nur noch eine weitere Anmerkung: Herr Habeck und Frau Spoorendonk haben ein bisschen kritisiert, dass der Bericht nicht aktuell genug sei. Ich darf nur daran erinnern, dass der Bericht dem Landtag schon im Mai 2011 zugeleitet worden ist. Das war vor vier Monaten. Dass die aktuelle Situation in ihm nicht enthalten ist, ergibt sich daraus. Es ist deshalb sicherlich auch deshalb notwendig, darüber weiter im Ausschuss zu debattieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung haben nun alle Fraktionen noch einmal die Hälfte der gesetzten Redezeit zur Verfügung, da sich die Landesregierung erneut zu Wort gemeldet hat. Das bedeutet fünf Minuten für jede Fraktion.

Ich habe eine Wortmeldung des Kollegen Schippels zu einem Dreiminutenbeitrag. Sie hätten also jetzt fünf Minuten. - Herr Schippels hat das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich spontan gemeldet, als ich die Ausführungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen habe. Auch ich habe an die gleiche Geschichte gedacht, die dann auch in der Zwischenfrage von der Sozialdemokratie angesprochen worden ist.

Herr Ministerpräsident, **Skandinavien** steht deshalb relativ gut da, weil es dort eine andere Steuerquote gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche denn?)

In Skandinavien ist es außerdem auch so, dass die Reichen anders besteuert werden als bei uns.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoro [DIE LINKE])

Herr Ministerpräsident, ich möchte darauf verweisen: Wenn wir heute die gleichen Steuergesetze wie 1998 hätten, bevor Rot-Grün begonnen hat, entsprechend die **Steuersenkungspolitik** einzuführen, hätten wir in Deutschland jährlich 51 Milliarden € mehr in den Staatshaushalten. Das wären 51 Milliarden €!

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoro [DIE LINKE])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Nein. Nachdem mir eben gerade von dem Kollegen von der FDP das auch nicht gestattet worden ist, nehme ich das Recht in Anspruch, die Frage nicht beantworten zu wollen beziehungsweise die Frage nicht zuzulassen.

51 Milliarden €, meine Damen und Herren, das wurde übrigens von der SPD-nahestehenden Instituten ausgerechnet. Auch unsere Verschuldung in Schleswig-Holstein - das weiß jede und jeder, die oder der sich mit Finanzpolitik ein bisschen beschäftigt - hängt ursächlich damit zusammen, dass die Einnahmen zusammengebrochen sind, und zwar zuletzt durch die Steuerpolitik von Rot-Grün im Bund ab dem Jahr 2000.

Wenn sie die **Verschuldung** tatsächlich angehen wollen, müssen Sie an dieser Schraube drehen und **Einnahmeverbesserungen** organisieren.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Der Weg, den beispielsweise Griechenland jetzt gehen muss, ist genau der falsche Weg. Denn er führt dazu, dass die Wirtschaftsleistung runtergeht und dass es entsprechend zu weiteren Einnahmeverlusten kommt.

Ich möchte noch etwas zur Abstimmung sagen. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil wir das zu 99 % mittragen können.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Welches Prozent nicht?)

- Das kann ich Ihnen genau sagen, welches Prozent nicht. Es geht dabei nur um ein Wort, um ein „auch“. Jetzt stelle ich einmal die Preisfrage: Welches „auch“ ist das wohl in dem Antrag? Sie können ja einmal schauen, ob Sie das finden. Es wäre vielleicht auch ganz interessant, sich diesen Antrag noch einmal zu Gemüte zu führen, der ansonsten ja sehr gut ist.

Noch ein letztes Wort, ich habe es schon wiederholt gesagt: Ich wundere mich schon, wie Sie hier Herrn Rösler verteidigen. Herrn Rösler geht es nicht um Griechenland, ihm geht es nicht um Europa. Herr Rösler möchte nur eins: Er möchte die politische Insolvenz der FDP verhindern, und deshalb sagt er solche unheilvollen Dinge.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe daher die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Aufmerksamkeit.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1566, zur abschließenden Beratung an den Europaausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Es sind weiter Abstimmungen in der Sache beantragt worden. Zunächst einmal müssen wir die Anträge zu eigenständigen Anträgen erklären. - Da sehe ich keinen Widerspruch, dann werden wir das so tun.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 17/1815 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SSW und der LINKEN

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und des Abgeordneten Rother!)

gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

(Zurufe)

- Habe ich jetzt gerade eine Enthaltung oder Ähnliches übersehen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Rother hat gegen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt!)

- Sie haben gegen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt?

(Thomas Rother [SPD]: Ja! - Heiterkeit)

Dann ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD mit Ausnahme der des Abgeordneten Rother und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Rother abgelehnt worden.

(Beifall)

Ich lasse weiter über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/1768 abstimmen. Wer

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe!

(Abgeordneter Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hebt mehrmals die Hand - Heiterkeit und Zurufe)

- Meine Damen und Herren, es ist unmöglich, in dieser Weise eine geordnete Abstimmung durchzuführen. Ich bitte Sie, das jetzt zu wiederholen und mit etwas mehr Ernsthaftigkeit und Aufmerksamkeit zu betreiben. Nur so kann hier oben nachvollzogen werden, wer wie abgestimmt hat.

Wir stimmen noch einmal über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/1768 ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion des SSW.

Ich lasse abschließend über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1816, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU und FDP. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, jetzt Tagesordnungspunkt 16 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 28 - Subsidiarität, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz - aufrufen zu lassen.

(Unruhe)

Ich tue dies und bitte Sie, einfach abzuwarten, was ich zu sagen habe. Der für jetzt einberufene Umwelt- und Agrarausschuss wird später tagen, im Anschluss an diese Debatte.

(Unruhe)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 und 28 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) EU-Energieeffizienzrichtlinie**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1766

**b) Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/8/EG und 2006/32/EG**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW

Drucksache 17/1783

(Anhaltende Unruhe)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei Subsidiaritätsrügen oder -bedenken erst einmal nicht darum, ob das Vorhaben gefällt oder nicht. Es muss vielmehr konkret geprüft werden, ob in Angelegenheiten, die nicht in die **ausschließliche Zuständigkeit** der **Europäischen Union** fallen, die Ziele der vorgeschlagenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können. Es geht aber auch darum zu prüfen, ob sie wegen ihres Umfangs oder ihrer Auswirkungen auf **Unionsebene** besser verwirklicht werden können.

Natürlich haben gerade wir Grünen Kritik daran, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weit genug gehen oder im Detail Nachbesserungen erforderlich werden. Dennoch haben wir keinen Zweifel daran, dass Maßnahmen, die alle 27 Mitgliedstaaten auf dem so dringenden Feld der **Energieeffizienz und Energieeinsparung** vornehmen müssen, einen hohen europäischen Mehrwert mit sich bringen. Dieser Mehrwert wäre anders nicht zu erzielen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD, FDP und SSW, Sie machen es sich ein bisschen einfach, wenn Sie als Begründung schreiben, eine ausschließliche vertragliche Zuständigkeit der EU für Energiepolitik bestehe nicht. - Das ist auch überhaupt nicht erforderlich, es gibt viele Bereiche, wo die ausschließliche Zuständigkeit der EU nicht besteht und es trotzdem EU-weit verbindliche Vorgaben gibt, die durch **nationale Gesetzgebung** umgesetzt werden müssen. Ich nenne als Beispiel den



(Bernd Voß)

Gewässerschutz, die Nitratrichtlinie. Die war ein großer Schritt nach vorn im Gewässerschutz. Ohne verbindliche Vorgaben wäre es den einzelnen Staaten überhaupt nicht möglich gewesen, die Standards, die unverzichtbar sind, durchzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil die EU nicht allein zuständig ist, gibt es einen Vorschlag für eine **Richtlinie** und nicht für eine Verordnung, die unmittelbare Rechtswirksamkeit hätte. Richtlinien belassen den Mitgliedstaaten Spielraum, die festgelegten **Ziele** mit jeweils angepassten Maßnahmen und durch geeignete nationale oder regionale Regelungen umzusetzen.

Ein bisschen muss man bei diesem Thema zum Inhalt sagen. Unsere **Volkswirtschaften** werden sich im **Energieverbrauch** anpassen müssen. Je früher dafür Rahmen und Anreize geschaffen werden, desto besser. Wir wollen nicht, dass der Staat alles vorgibt. Aber wir wollen, dass sich die Märkte für Effizienztechnologien schnellstmöglich entwickeln und wir da einen fairen europäischen Wettbewerb haben können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen, und zwar möglichst europaweit.

Im Bereich Energieeffizienz und Energieeinsparung gibt es ein enormes **Entwicklungspotenzial**. Wir reden da schlicht und einfach vom schlafenden Riesen, der erst einmal geweckt werden muss und nicht durch eine Subsidiaritätsrüge weiter ausgesperrt bleibt.

Das **Bundesumweltministerium** quantifiziert die Potenziale mit 19 Milliarden € Einsparungen bei den Energiekosten, 77 Millionen t CO<sub>2</sub>-Vermeidung und der Schaffung von 260.000 Arbeitsplätzen allein in Deutschland, da wird auch für Schleswig-Holstein einiges abfallen.

Es geht dabei auch um die Frage, ob künftig Investitionen in Milliardenhöhe ins Ausland abfließen, um **Öl- und Gasvorkommen** weltweit zu erschließen. Oder es geht darum, das Geld hier zukunftsfähig zu investieren in **zukunftsfähige Technologien**, in erneuerbare Technologien. Darum brauchen wir ein europaweites Vorgehen. Darin liegt der europaweite Mehrwert und auch der Mehrwert für uns.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre ein großer Fehler, wenn wir diesen Vorschlag durch eine vorgeschobene Subsidiaritätsrüge

oder -kritik oder wie wir es auch immer angehen, torpedieren und anfangen zu versenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den **Klimaschutz** sind so viele schöne Reden auf europäischer Ebene gehalten und letztlich unverbindliche Ziele beschlossen worden. Während der letzten deutschen Ratspräsidentschaft 2007 - wir erinnern uns alle, Klimakanzlerin Merkel mit dem Drei-mal-20-Ziel - wurden diese wichtigen Ziele verabschiedet, die bis heute nicht umgesetzt werden.

Wenn ich sehe, dass die **Berechnungen der Europäischen Kommission** deutlich machen, dass die bisherigen politischen Instrumente, einschließlich der vorgeschlagenen Effizienzrichtlinie, gerade einmal 9 % erreichen lassen und nicht 20 %, wird deutlich, welch hohes Defizit wir da haben und dass wir hier nachsteuern müssen. Dennoch möchte Schwarz-Gelb weiter auf Fördermaßnahmen und **Freiwilligkeit** setzen. Wie passt das mit dem Ziel der **Haushaltskonsolidierung** zusammen, das wir heute mehrfach beschworen haben? Wie ist das damit zu vereinbaren, dass wir sagen, wir wollen am liebsten fördern, Knete rausschieben und nicht einen vernünftigen wirtschaftlichen Rahmen setzen, indem sich Effizienztechnologien entwickeln können?

Ich bitte Sie, bei dieser Entscheidung zu bedenken: Der Nachteil von verbindlichen Rahmenregeln auf europäischer Ebene ist, dass wir uns daran halten müssen, der Vorteil aber ist: Wir bekommen einen Rahmen für einen europäischen Wettbewerb, für den Einsatz zukunftsfähiger Technologien und weniger Abhängigkeit von Energieimporten. Wir müssen in Deutschland raus aus der Bremsersituation, aus dem Bremserhäuschen und dürfen nicht immer nur davon reden, was wir wollen, und dann auf europäischer Ebene blockieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Niclas Herbst das Wort.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir die großen europäischen Linien heute Vormittag geregelt haben, können wir uns hinabgeben in die **Frage** des **Subsidiaritätsprinzips**. Darum geht es hier, lieber Kollege Voß. Es geht nicht um die inhaltliche Diskussion.

(Niclas Herbst)

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu hat er auch geredet!)

- Er ist schon der Versuchung erlegen, inhaltlich dazu Stellung zu nehmen.

Ich glaube, dass die vier Unterzeichner des Antrags zur Subsidiaritätsrüge durchaus unterschiedliche Vorstellungen haben, wie man **Klimaziele** definiert und umsetzt. Es ist eben eine schwierige Geschichte mit der Subsidiarität, wenn man sie ernst nimmt.

Wir müssen uns die Frage stellen: Wer ist hier zuständig, wer kann Ziele am besten umsetzen? - Dass keine **alleinige Zuständigkeit der EU** gegeben ist, ist völlig klar, das steht übrigens auch in der **Richtlinie**. Es ist die Frage: Ist das ein **gemeinsames Anliegen** in Europa? - Ja, gar keine Frage, da sind wir uns wahrscheinlich einig. Aber brauchen wir die koordinierende Wirkung und Maßnahmen auf europäischer Ebene? Da sage ich: So, wie die Richtlinie dort steht, eben nicht.

Wir müssen darauf hinweisen, dass wir innerhalb Europas erhebliche **Unterschiede** struktureller Art haben, zum Beispiel bei kommunalen Wohnungsbaunternehmen, zum Beispiel bei der Anzahl öffentlicher Gebäude, auch beim derzeitigen energetischen Zustand. Wir sind der Meinung, es kann **vor Ort** besser geklärt werden. Ich habe in meinem Wahlkreis zum Beispiel eine sehr gute kommunale Energieeffizienzinitiative. Was dort an Ideen kommt, wird durch die Richtlinie gar nicht abgebildet. Deshalb bin ich klar der Meinung, dass hier Subsidiarität gegeben ist.

Ich sage noch einmal: Ich will die Ziele und die vielen guten Punkte, die die Richtlinie enthält, überhaupt nicht wegdiskutieren, ich glaube aber, dass wir dazu keinen Vorschlag für eine Richtlinie von Rat und Parlament brauchen, sondern dass wir das vor Ort besser klären können. Deshalb unser Antrag. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Fischer das Wort.

**Rolf Fischer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Voß, mein Vorschlag ist: Sie heben die Rede auf. Sie werden Sie noch einmal brauchen, wenn wir im Detail über den Inhalt reden. Richtig ist, hier gibt es viele Punkte, bei denen wir

in der Sache wahrscheinlich nah beieinander sind. Hier geht es allerdings nicht um die Sache, sondern um die Frage eines Subsidiaritätsverstoßes, einer **Prüfung von Subsidiarität**.

Ich würde gern vorschlagen - weil sich eigentlich an dieser Stelle ein neues, wirklich wichtiges Recht des Parlaments nach außen zeigt -, es nicht durch inhaltliche Debatten zu verwässern. Es geht heute ganz einfach darum, ob Subsidiarität berührt ist oder nicht. Deswegen haben wir gemeinsam diesen Antrag auf den Weg gebracht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dahinter etwas steht, an das wir uns vielleicht erst noch gewöhnen müssen. Das ist der Umstand, dass wir als **Landtag** spätestens durch das **Bundesverfassungsgericht** mehr Kompetenzen für die europäischen Bereiche bekommen haben. Wir haben nämlich nicht nur Informationskompetenzen erweitert bekommen, sondern wir haben vor allem **Beteiligungskompetenzen** erweitert bekommen. Diese Beteiligungskompetenzen sind für uns sehr wichtig. Eine dieser Kompetenzen ist die Entscheidung darüber, ob Subsidiarität berührt ist oder nicht. Darum geht es heute. Das ist der Gegenstand unseres Antrags.

Ich möchte Sie gern daran erinnern, dass wir als Landesparlament und als Landesparlamentarier in der Vergangenheit immer unter der **Ungleichzeitigkeit von Information** und der Ungleichzeitigkeit **von Beteiligung** gelitten haben. Wenn man sich einmal die Praxis der letzten Jahre anschaut, wird man feststellen, dass der Bund immer weiter ist als die Länder. Und in den Ländern ist in europapolitischen Fragen die Landesregierung - das ist vielleicht auch strukturell so bedingt - weiter als das Parlament. Also sind die Landesparlamente in dieser Kette diejenigen, die am schlechtesten abschneiden. Ich bin der Meinung, diese **Subsidiaritäts-Mitbestimmungsmöglichkeit** ist ein Mehr an europäischer Verantwortung dieser Parlamente. Deshalb sollten wir diese Sache sehr ernst nehmen und eben nicht versuchen, sie mit einer inhaltlichen Debatte zu überlagern. Ich denke, da sind wir in der Diskussion, die wir darüber in Zukunft führen werden, einer Meinung. Denn die Frage von Subsidiarität wird weiterhin eine Rolle bei uns spielen. Da ist der Europaausschuss der Ausschuss, der sich damit befasst.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Zeit will ich es sehr kurz machen und sagen: Wir würden darum bitten, diesem Antrag, den wir hier vorgelegt haben, zuzustimmen. Es ist damit möglich, auf eine europapolitische Entscheidung Einfluss zu

(Rolf Fischer)

nehmen. Das ist unser Recht. Dieses Recht sollten wir nutzen.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Niclas Herbst [CDU] und Kirstin Funke [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Kirstin Funke von der Fraktion der FDP.

**Kirstin Funke [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem vorliegenden **Dokument** der **Europäischen Kommission**, dem Richtlinienvorschlag zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Kraft-Wärme-Kopplungs-Richtlinie und der Energiedienstleistungsrichtlinie, geht es heute in erster Linie - wie meine Vorredner schon sagten - um die Prüfung der **Subsidiarität**, das heißt, ob die EU-Kommission mit ihren Vorschlägen zur Energieeffizienz in Belange eingreift, die auf unterer Ebene besser geregelt werden können. Da der **Energiebereich** nicht zu den **originären Politikfeldern** gehört, die von der **EU** geregelt werden, bedarf es eines besonderen Hinschauens.

Inhalt und Kernpunkt der **Richtlinie** ist - da muss ich dann doch einmal kurz auf den Inhalt der Richtlinie eingehen -, dass sie als Teil des europäischen Energieeffizienzplans 2011 nun verbindliche Maßnahmen - schwerpunktmäßig im Gebäudebereich - vorsieht. Für das **allgemeine politische Ziel**, bis 2020 im Primärenergieverbrauch europaweit 20 % einzusparen, soll nun ein gemeinsamer europäischer Rahmen geschaffen werden. Konkret stellt sich die **Kommission** im öffentlichen Sektor eine **Vorbildfunktion** der **energetischen Sanierung** seiner **Gebäude** vor, und zwar mit einer verbindlichen jährlichen Sanierungsquote in Höhe von 3 %, da die Kommission europaweit von einer derzeitigen 1,5-prozentigen Sanierungsquote bei Gebäuden ausgeht.

Hiervon sind natürlich alle **öffentlichen Gebäude** auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene betroffen sowie Wohnungsunternehmen und andere, in öffentlichem Eigentum stehende Unternehmen. Das heißt eben auch Schulen und ganze Wohngebiete.

Die Europäische Kommission ist zu der Auffassung gelangt, dass nur durch eine starre **Quotenregelung** die Energieeinsparung bis zum Jahr **2020** erreicht

werden kann. Der Kommission ist zwar bewusst, dass die einzelnen Mitgliedstaaten und deren untere Ebenen bereits eigene Verfahren zur Förderung der Energieeffizienz entwickelt haben, hält sie aber nicht für effektiv genug für die Erreichung der gemeinsamen Ziele.

Zu den jährlich geforderten Sanierungsmaßnahmen kommt eine umfassende **jährliche Berichtspflicht** hinzu sowie eine erneute Überprüfung der Ziele bereits im Jahr 2014 mit der Ankündigung, dass zusätzliche gesetzliche Vorschläge gemacht würden, wenn die Überprüfung negativ ausfallen sollte. Das könnte auch zu Vorgaben verbindlicher nationaler Energieeffizienzziele pro Mitgliedstaat führen, was dann in der Umsetzung **alle Bürger** und nicht allein den öffentlichen Sektor betreffen würde.

Die vorliegende Richtlinie enthält noch weitere Vorschläge zur Energieeffizienz, aber der Teil der Sanierungsquote ist derjenige, der eine starke Betroffenheit für Schleswig-Holstein ausmacht. Hier sehen wir auch die Subsidiaritätsbedenken.

Die FDP-Fraktion steht zur Energieeffizienz und auch zu dem europäischen Ziel der 20-prozentigen Einsparung im Primärenergiebereich bis 2020. Auch wir kommen zu dem Ergebnis, dass gerade im Gebäudebereich eine Energieeinsparung sehr effizient, wirkungsvoll und nachhaltig ist. Die Frage, die man sich aber stellen muss, ist: Wie erreiche ich effektiv und ohne zusätzlichen **Bürokratismus** für alle Beteiligten die Ziele, ohne dass dabei aus Praktikabilitäts-, Kosten- oder Wirtschaftlichkeitsgründen eine Umsetzung unmöglich gemacht wird?

Deswegen begrüßt die FDP-Fraktion den von der **Bundesregierung** bereits aufgelegten **Energieeffizienzplan** unter dem Motto „Fördern statt Fordern“. Wir sind der Auffassung, dass dies der richtige Weg zur Energieeffizienzgewinnung auf allen Ebenen ist, und nicht allein auf dem öffentlichen Sektor. Dass die Richtlinie nicht nur in die **Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten** und Länder eingreift, sondern auch in die **öffentlichen Haushalte von Ländern und Kommunen** - auch als Träger von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften - sehen wir als FDP-Fraktion als bedenklich an und sind deshalb zu der Meinung gelangt, dass wir die Landesregierung bitten, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen, und dass diese Bedenken in der Stellungnahme des **Bundesrats** berücksichtigt werden.

Darüber hinaus - jetzt doch inhaltlich - lehnen wir die Richtlinie auch politisch ab. Neben den bereits erwähnten unvermeidbaren Mehrbelastungen der öf-

(Kirstin Funke)

fentlichen Haushalte strotzt die Richtlinie vor **Überregulierung**. Wir sprechen uns für marktkonforme und technologieneutrale Lösungen aus. Wir haben Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger, die ausreichend Verantwortungsbewusstsein haben, um selbst zu entscheiden, wie sie Energie einsparen wollen. Zudem haben wir auf europäischer Ebene - ich erwähnte es bereits - die Strategie 2020 mit der Öffnung für die Mitgliedstaaten, die Ziele selbstständig umzusetzen. Mit Interesse habe ich auch den grünen Antrag gelesen, der noch weitere Regulierungen will, die voll von Misstrauen gegenüber den Verbrauchern sind.

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist der übliche grüne Zentralismus. Ich muss hier diese Schärfe hereinbringen.

(Beifall bei der FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer derselbe Textbaustein!)

Wir lehnen diesen Ansatz entschieden ab. Deswegen bitten wir um Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Björn Thoroe das Wort.

**Björn Thoroe [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen und nur auf zwei Punkte eingehen.

In Artikel 5 des EG-Vertrags steht Folgendes:

„In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können...“

Die **EU-Kommission** stellt zwar zu Recht fest, dass die Mitgliedsländer ihre selbst gesteckten **Ziele**, bis 2020 den **Primärverbrauch** um 20 % zu senken, um mindestens die Hälfte verfehlen werden, wenn sie so weitermachen. Wir glauben aber, dass der Schwarze Peter bei der Bundesregierung liegt. Nicht die fehlenden Vorgaben der EU sind Ursache für mangelnde Energieeffizienz, sondern der mangelnde politische Wille der **Bundesregierung**. Des-

halb werden wir den Subsidiaritätsbedenken heute zustimmen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für den SSW hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der Kürze der Zeit fand ich die Debatte eigentlich ganz interessant, muss ich sagen. Auf der einen Seite haben wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auf der anderen Seite die Position der FDP, die eigentlich sagt: Nein, Subsidiarität ist betroffen, aber wir wollen uns auch inhaltlich äußern.

Ich hatte es so verstanden, dass es um **Subsidiarität** geht. Ist Subsidiarität betroffen, ja oder nein? - Unserer Meinung nach ist Subsidiarität betroffen,

(Beifall bei der LINKEN)

weil Subsidiarität heißt, dass auf **nationaler Ebene** oder auf **Länderebene** eine Entscheidungskompetenz vorhanden ist, die erst greifen muss, ehe die europäische Ebene greifen kann. Das hat etwas mit dem **Lissabonvertrag** zu tun. Es hat auch nicht zuletzt etwas mit dem Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** zu dem Begleitgesetz zum Lissabonvertrag zu tun. Daher finden wir es richtig und notwendig, diesen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Ich finde es problematisch, wenn schon zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig eine inhaltliche Debatte geführt wird. Wir teilen die Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahin gehend, dass in Sachen **Klimaschutz und Energieeffizienz** sehr viel mehr gemacht werden muss und dass dies freiwillig nicht zu leisten ist. Es ist naiv, das zu glauben. Wir dürfen aber nicht Äpfel mit Birnen vermischen. Daher bleibe ich dabei: Wir haben ein neues Instrument, das zur **Stärkung unseres Landesparlaments** beiträgt. Das ist ein Diskussionspunkt, wenn wir uns nicht selbst überflüssig machen wollen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht Selbstzweck!)

- Kollege Matthiessen, das ist nicht Selbstzweck. Nein, ich finde, das ist unerhört. Ich finde, jeder von uns muss sich der Frage stellen: Warum habe ich mich in dieses Parlament wählen lassen? - Habe ich das getan, um etwas zu bewegen? - Habe ich das getan, weil ich Kompetenzen habe und nicht,

**(Anke Spoorendonk)**

weil ich denke, dass ich hier irgendetwas zum Spaß mache? - Ich fand, das war nicht gut.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und FDP)

Daher sage ich noch einmal: Das ist etwas Neues. Das ist ein neues Instrument. Es ist ein erster Schritt. Wir sollten uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, als Parlament, damit beschäftigen und dann die inhaltliche Diskussion führen, wenn sie denn geführt werden muss. Dabei bleibe ich. Ich denke, das kann auch nicht anders verstanden werden, wenn wir den Lissabonvertrag und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernst nehmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Mir liegen zwei Wortmeldungen zu Dreiminutenbeiträgen vor. Ich erteile zunächst dem Kollegen Detlef Matthiessen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Liebe Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte noch einmal Stellung dazu nehmen. Meine Wahrnehmung ist, dass auf der Seite dieses Hauses, die sich als bürgerlich bezeichnet, eher die Sorge im Vordergrund steht, dass hier ein **Zwangsinstrument** zur Häusersanierung und so weiter entsteht. Das will man dort nicht haben. Auf dieser Seite des Parlaments, beim SSW und bei Herrn Fischer, stand im Vordergrund, dass wir eine **Kompetenz** haben. Anke Spoorendonk sagt: Wenn wir uns nicht überflüssig machen wollen, dann müssen wir auch davon Gebrauch machen. - Mit einem Zwischenruf sagte ich: Dies ist **kein Selbstzweck**. Vielmehr wollen wir Ihren Worten folgen, wir wollen etwas bewegen. Daher müssen wir gucken, an welcher Stelle wir dies tun können. Wir sagen: An dieser Stelle eben nicht.

Nun komme ich zu der Fragestellung, ob in diesem Fall ein **Subsidiaritätsfall** berührt wird oder nicht. Es ist so, dass die Energiepolitik in den Verträgen nicht als eigenständiges gemeinsames Politikfeld zu finden ist. Trotzdem finden wir haufenweise Vorschriften, die in den Energiesektor hineinwirken. Diese leiten sich im Wesentlichen aus den gemeinsamen **Politikfeldern des Wettbewerbsrechts** und des **Umweltrechts** ab. Klimaschutz ist zweifellos eine Umweltaufgabe ersten Ranges. Es handelt sich

dabei um sehr große finanzielle Volumina. **Deutschland** kann als **Exportnation** von so einer Richtlinie profitieren, weil in ihr Normen für den gesamten europäischen Raum festgelegt werden. Wir als Exportnation würden von den Maßnahmen, die in anderen Ländern durchgeführt oder - ohne diese Richtlinie - nicht durchgeführt würden, partizipieren.

Wenn man sagt: Wir wollen so eine **Richtlinie** nicht, dann sage ich: Das sind **Mindestnormen**, für die ebenso wie generell für Richtliniennormen der EU gilt: Man darf sie auch überschreiten, Frau Funke. Man darf sie durch nationale Gesetzgebung überschreiten, wie wir das an verschiedener Stelle getan haben. Diese europaweit gemeinsame Norm sorgt ein kleines bisschen für eine Marktgleichheit.

Ein letzter Punkt: Normen darf man überschreiten. Gerade hier im **Schleswig-Holsteinischen Landtag** sollten wir nicht die große Hoffnung hegen, dass wir dann, wenn wir diese Normen nicht hätten, in der Energiepolitik landespolitisch besonders voranschreiten. Ich habe bisher eine Vielzahl an Klimaschutzinitiativen, zum Beispiel das Erneuerbare-Wärme-Gesetz Schleswig-Holstein, eingebracht. Es ist hier abgelehnt worden. Es gibt aber Bundesländer, die hier durchaus Erfolg haben. Es gab einmal eine schwarz-gelbe Initiative aus Baden-Württemberg. Der Bericht dazu liegt jetzt vor. In Baden-Württemberg hat man mit gutem Erfolg wirtschaftliche Impulse entfaltet. Schleswig-Holstein macht hier nichts.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege!

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin, ich komme zu meinem letzten Satz. - Die Frage der Subsidiarität steht objektiv nicht an. Die EU darf das machen. Wir sagen: Inhaltlich wäre es gut, wenn wir solche **Mindestnormen** bekämen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es gibt das Bedürfnis zu einer Zwischenfrage. Lassen Sie diese noch zu?

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Gern, Frau Funke.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte, Frau Funke.

**Kirstin Funke** [FDP]: Danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich in meinem Redebeitrag auf die Kernpunkte der Richtlinie eingegangen bin und dass ich mich auch durch Ihren Antrag dazu habe verleiten lassen, eine politische Einschätzung Ihres Antrags zu geben? - Ich habe aber im Wesentlichen zur Subsidiarität gesprochen und gesagt, dass wir diese im Bereich der Energieeffizienz besser vor Ort regeln können und dass ich die Subsidiaritätsbedenken daher so begründe.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Ich habe Ihre Rede ebenso wie die der anderen in diesem Haus gehört.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Matthießen das Wort.

**Markus Matthießen** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich übe auch ein kommunales Mandat aus und fand daher die Äußerungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beispiel in Bezug auf die **Vorgaben der Sanierungsquote** von 3 % an öffentlichen Gebäuden sehr interessant. Diese würde erhebliche Maßnahmen zur Folge haben und auch erhebliche **finanzielle Folgewirkungen** haben. Ich möchte jetzt aber der Versuchung einer inhaltlichen Debatte hierzu widerstehen. Der Kollege Fischer sagte es, es ist in jedem Fall eine sehr spannende Debatte, die wir zu diesem Thema noch bekommen.

Ein Punkt zum Thema **Informationsvorteil** durch die Regierung: Diesen sehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Ich möchte ausdrücklich lobend erwähnen, dass die Zusammenarbeit und der Informationsfluss mehr oder weniger vorbildlich sind. Wir erhalten umgehend sämtliche **Frühwarndokumente** zur Verfügung. Auch dieses Verfahren zeigt, dass wir - was den zeitlichen Ablauf angeht - vernünftig davor sind, denn wir befinden uns noch im Vorverfahren dieser angekündigten **Richtlinie**.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Außerdem sind wir in guter Gesellschaft. Wir stehen mit unserer Meinung nicht allein da. Die Bundesländer Hessen und Bayern teilen unsere Bedenken, was die Frage der Subsidiarität angeht. Insofern sind wir auch interfraktionell auf einem richtigen Weg. Wir sollten dieser Rüge beitreten.

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jost de Jager das Wort.

**Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, weil wesentliche Aspekte genannt worden sind. Ich möchte jedoch für die Landesregierung - und ich glaube, ich kann das auch für die überwiegende Mehrheit im Haus, wahrscheinlich für alle, wenn ich dies so beanspruchen darf, tun - klarstellen, dass wir die **Energieeffizienz** logischerweise als eines der herausragenden Ziele ansehen, wenn es überhaupt gelingen soll, zu einer **Energiewende** zu kommen. Das ist unstrittig. Die Energieeffizienz und die Vermeidung von Energieverbrauch sind wesentliche **Voraussetzungen** dafür, dass die Strommengen, die wir brauchen, so unter Kontrolle gehalten werden können, dass wir unser Ziel durch einen anderen **Energiemix** und durch **erneuerbare Energien** überhaupt erreichen können. Insofern gibt es - so glaube ich - keinen Dissens beim Ziel.

Es gibt auch keinen Dissens in der Wahrnehmung, dass die **Energieeffizienz** bei allen Energiedebatten, die es gibt, immer ein wenig stiefmütterlich behandelt wird. Sie ist nicht so attraktiv wie die Diskussion über große Infrastrukturen, aber sie ist ein sehr wichtiger Punkt. Deshalb geht es nicht um die Frage, ob die Energieeffizienz tatsächlich verbessert werden muss, sondern wie. Da ist auch hinsichtlich der rechtlichen Bewertung vielleicht die **Vorgeschichte** des neuen Vorstoßes der **EU-Kommission** von Interesse.

Es geht darum, dass sich die Europäische Union zum **Ziel** gesetzt hat, bis **2020** den prognostizierten **Energieverbrauch** um 20 % **zu senken**. Ob man heute ein solches Ziel noch einmal formulieren würde, sei dahingestellt, aber das gibt es nun einmal. Erste **Untersuchungen**, die die Kommission vorlegen sollte, haben gezeigt, dass dieses Ziel nicht annähernd erreicht wird. Deshalb gibt es

(Minister Jost de Jager)

einen **neuen Vorschlag** der EU-Kommission mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, mit denen das Ziel für 2020 doch noch erreicht werden soll. Das sind zum Teil rechtstechnische Maßnahmen, um Hemmnisse zu beseitigen und Marktängel auszuräumen. Es sind aber auch materiell-rechtliche Maßnahmen, die in der Tat dazu führen, dass in gravierender Weise in **Rechte**, die bisher den Mitgliedstaaten und damit auch den Bundesländern vorbehalten sind, **eingegriffen wird**.

Da gibt es einen Verstoß **gegen die Subsidiarität**, und zwar ganz einfach deshalb, weil zum Beispiel die Kommission mit den von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen in das Raumordnungsrecht, das bei uns bei den Bundesländern liegt, eingreifen würde. Es stellt sich die Frage, ob eine EU-Kommission, die nicht über die Instrumentarien verfügt, die nicht über die Daten verfügt, die auch nicht über den Regelungsrahmen verfügt, um tatsächlich solche Anpassungen flexibel vorzunehmen, die richtige Stelle ist, dies zu machen. Es handelt sich um **Eingriffe**, übrigens auch um Eingriffe in wirtschaftliche Ansprüche von Menschen, um Eingriffe in Vermögen mit den Vorschriften, die zum Beispiel im privaten Wohnungsbau gemacht werden.

Da muss es erstens sicher sein, dass es **rechtstechnisch** tatsächlich dem Regelwerk der Europäischen Union entspricht, und zweitens müssen die Bürger auch sicher sein, dass die Ebene, die über die Eingriffe in ihr Privatvermögen entscheidet, dazu tatsächlich befugt ist und so dicht an den Bürgern dran ist, dass sie tatsächlich flexible Regelungen finden kann.

Das ist der inhaltliche Hintergrund für diese rechtstechnische Debatte. Deshalb schließen wir uns als Landesregierung dem Antrag der Fraktionen an.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Deshalb kommen wir nun zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1766. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Nun hat die FDP Gelegenheit, mit abzustimmen. Wer diesen Antrag ablehnt, sollte jetzt das Handzeichen geben. - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, der LINKEN und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW, Drucksache 17/1783. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, SPD, FDP, der LINKEN und SSW. Wer ist gegen den Antrag? - Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor Sie in die Mittagspause gehen, möchte ich noch kurz ansagen, dass jetzt der Umwelt- und Agrarausschuss, ich glaube in Raum 139, tagen wird und dass für den Nachmittag folgende Tagesordnung verabredet wurde: Wir beginnen um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 38 - Verfassungsschutzbericht -, und danach kommt Tagesordnungspunkt 20 - Keine Sanktionen für private Facebook-Seiten. Die Reihenfolge der Beratung der Tagesordnungspunkte 21 und 41 ist getauscht worden. Das heißt, heute Nachmittag beginnen wir mit Punkt 38, dann folgen die Punkte 20, 41, 32 und 21.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause. Die Tagung wird um 15 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist ununterbrochen.

(Unterbrechung: 13:34 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Torsten Geerds:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung wird fortgesetzt.

Ich begrüße auf der Zuschauertribüne unsere Gäste am heutigen Nachmittag. Es sind Mitglieder des CDU-Ortsvereins Ahrensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für den heutigen Nachmittag habe ich noch eine Krankmeldung erhalten. Erkrankt ist Frau Kollegin Ranka Prante. Wir wünschen ihr von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 38 auf:

**Verfassungsschutzbericht 2010**

Bericht der Landesregierung  
**Drucksache 17/1494**

Ich erteile dem Herrn Innenminister Klaus Schlie das Wort.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich bei denjenigen, die hier sind und sich anhören wollen, was ich zum Verfassungsschutzbericht zu sagen habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Beobachtung des Rechtsextremismus** bildet nach wie vor einen Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes. Die im Bericht beschriebene Stagnation bei der schleswig-holsteinischen NPD und die Veränderungen in der rechtsextremistisch orientierten Subkultur zeigen zwar, dass sich der Rechtsextremismus im Berichtsjahr nicht im Aufschwung befand. Für eine Entwarnung besteht aber überhaupt kein Anlass.

Der Bericht beschreibt eindringlich die neonazistischen Tendenzen in der hiesigen **NPD**. Darüber hinaus gibt es in Schleswig-Holstein eine besonders ausgeprägte Zusammenarbeit dieser Partei mit den aktionistisch geprägten, nicht selten neonazistisch orientierten Rechtsextremisten. Die Unberechenbarkeit dieser Szene und die latente Gewaltbereitschaft dieser oft in sogenannten Aktionsgruppen organisierten Rechtsextremisten erfordern nach wie vor die ständige Aufmerksamkeit von Verfassungsschutz und Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **linksextremistische Szene** in Schleswig-Holstein hat ihre Ablehnung gegenüber unserem demokratischen Verfassungsstaat auch 2010 in einer Vielzahl von Aktionen zum Ausdruck gebracht. Dabei fiel die Szene auch im vergangenen Jahr durch eine weiterhin hohe Gewaltorientierung auf. Die Anzahl der **Gewalttaten** lag im Jahr 2010 bei 64, das sind lediglich drei weniger als 2009.

Neben Rechtsextremisten als Ziel richtet sich links-extremistische Gewalt heute leider immer häufiger gegen Polizeibeamte. Diese Einschätzung hat sich bisher leider auch für 2011 bestätigt. Die Szene ist anlassbezogen in der Lage, sich rasch zu organisieren und zu mobilisieren. Weiterhin versucht sie, für Kampagnen immer wieder Bündnisse mit Personengruppen einzugehen, die nicht zum extremistischen Spektrum gehören; hauptsächliche Aktionsfelder waren in Schleswig-Holstein die Bereiche Antifaschismus, Antirepression und Anti-Atom.

Zu den größten Bedrohungen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch für Schleswig-Holstein gehören allerdings immer noch der **Islamismus** und der **islamistische Terrorismus**. Dies wurde insbesondere zum Ende des letzten Jahres hin deutlich. Aufgrund einer stärkeren Bedrohungslage durch mutmaßliche islami-

stische Terroristen wurde eine Reihe von öffentlich sichtbaren Maßnahmen zur Gefahrenabwehr durchgeführt. Bundesweit werden weiterhin etwa 1.100 Personen zum gewaltbereiten islamistischen Spektrum gezählt, von denen einzelne auch in Schleswig-Holstein ansässig sind.

Erkennbare terroristische Strukturen oder Netzwerke existieren in Schleswig-Holstein nach wie vor jedoch nicht.

Dem **Internet** kommt weiterhin eine besondere Bedeutung als Kommunikations- und Informationsmedium für islamistische Terroristen zu. Zudem besteht die Gefahr, dass hier Radikalisierungsprozesse befördert werden. So wurde die bereits 2008 begonnene Propagandaoffensive der El Kaida und anderer terroristischer Gruppierungen gegen Deutschland auch im vergangenen Jahr im Internet fortgesetzt.

Allen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zum Trotz kam es am 2. März 2011 zu einem Anschlag mit mutmaßlichem islamistischen Hintergrund auf deutschem Boden. Ein Mann - es war vermutlich ein Einzeltäter - erschoss am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten und verwundete zwei weitere. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Täter selbst insbesondere im Internet radikalisierte. Angesichts dieser individualisierten Form der **Radikalisierung** ist es natürlich besonders schwierig, mit den Sicherheitsbehörden bereits im Vorfeld Erkenntnisse zu bekommen.

Im Bereich des Islamismus spielen **Salafisten**, also Personen, die einen ursprünglichen und wortgetreuen Islam propagieren, eine zentrale Rolle. Sie sind auch in Schleswig-Holstein aktiv. Auf ihren Internetseiten in sozialen Netzwerken und in Islam-Seminaren verbreiten sie ihr rigides Islamverständnis. Dabei lehnen Salafisten demokratische Strukturen und andere Bestandteile unserer Rechtsordnung ab.

Im legalistisch-islamistischen Bereich ist vor allem die türkisch geprägte Islamische Gemeinde Milli Görüs mit mehreren Hundert Mitgliedern auch in Schleswig-Holstein aktiv. Nach dem Tod des Gründers Necmettin Erbakan Anfang 2011 bleibt die Entwicklung der Organisation abzuwarten.

Zu den ausländischen extremistischen Gruppierungen zählt die marxistisch-leninistisch geprägte Arbeiterpartei Kurdistan **PKK**. Die Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V. in Kiel stellt auch weiterhin eine bedeutende Anlaufstelle dar und ist Ausgangspunkt für vielfältige Aktivitäten der PKK in Schleswig-Holstein.



(Minister Klaus Schlie)

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeit des Verfassungsschutzes ist nach wie vor auch in unserem Bundesland Schleswig-Holstein notwendig.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1 Minute überzogen. Diese Zeit steht nun auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Werner Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem kürzlich ausgeschiedenen Leiter des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein, Horst Eger, auch von diesem Platz aus herzlich für die geleistete Arbeit danken.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verbinde dies mit dem Wunsch, dass die Arbeit so fortgesetzt wird. Der **Verfassungsschutzbericht 2010** trägt auch seine Handschrift. Ich möchte ausdrücklich sagen: Es ist ein guter und informativer Bericht.

Der **Extremismus** ist und bleibt die größte Gefahr für die demokratische Grundordnung. Er ist geprägt durch Intoleranz, durch Ausgrenzung, zum Teil durch Hassbereitschaft. Dies sind keine Werte der Demokratie, und deshalb stehen sie im Gegensatz zu ihr.

Die Gefahren durch den Extremismus, vor allem auch durch den islamischen Terrorismus - Extremismus kann in Terror übergehen; das ist nach wie vor die größte Gefahr - ist eine Gefahr, die weltweit gegeben ist. Sie hat weltweite Strukturen, und diese reichen in fast jedes Land. Schleswig-Holstein ist bislang von Terror verschont geblieben. Dafür sind wir dankbar. Dies ist aber keine Garantie für die Zukunft. Terror kann von jedem Ort aus geschehen, von jedem Bahnhof. Terroristen kennen keine Grenzen.

Afghanistan, Pakistan, Irak, die kaukasische Region, zum Teil auch der Nahe Osten - das sind die weltweiten Brennpunkte. Auch Vernetzungen sind zu beobachten. Verdachtsmomente gibt es auch gegen einzelne Personen in Schleswig-Holstein.

Die **Aufklärungsarbeit** ist für die Sicherheitsbehörden schwer. Bei mehr als 1.000 Personen in Deutschland müssen wir davon ausgehen, dass sie zu Gewaltbereitschaft bis hin zum Terrorismus neigen. Etwa 250 Personen mit Deutschlandbezug haben eine paramilitärische Ausbildung erhalten beziehungsweise beabsichtigen eine solche; ein kleiner Teil ist bereit, gegebenenfalls terroristische Aktionen durchzuführen. Deswegen bleibt Wachsamkeit das Gebot für alle.

Die Übergänge - ich habe es gesagt - sind fließend. Sie drücken sich manchmal auch durch äußere Zeichen aus. Vor der Teilnahme an Ausbildungslagern sind nicht selten Koranschulen besucht worden. Darauf geht Verfassungsschutzbericht intensiv ein. Ich empfehle nochmals, ihn intensiv zu lesen.

Die Entwicklungen im rechts- und im linksextremistischen Bereich geben nach wie vor nicht zu Entspannung Anlass; der Herr Innenminister hat einiges dazu gesagt. Wir verzeichnen in Schleswig-Holstein einen ganz leichten Rückgang der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen: Im Jahr 2008 waren es 1.420, im Jahr 2010 1.340. Obwohl die Entwicklung rückläufig ist, sind die Zahlen doch nach wie vor beachtlich.

Dem linksextremistischen Spektrum hat der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein im Jahr 2010 830 - darunter rund 330 gewaltbereite - Personen zugerechnet. Das sind Zahlen, die man gleichfalls nicht unterschätzen sollte.

**Links- und Rechtsextreme** sagen in ihren äußersten Ausprägungen Nein zu unserer Demokratie, Nein zu unserem Staat. Sie sind in ihrer Ablehnung unseres Staates interessanterweise nahe bei den Rockern, über deren Kriminalität wir schon gesprochen haben. Auch die Rocker versuchen, eigene Gesetze zu setzen. Der Staat wird selbst dann, wenn es um das Regulieren von Problemen geht, konsequent abgelehnt.

Die links- und die rechtsextremistischen Strukturen sind jeweils gut vernetzt. Sie treten mit Publikationen in Erscheinung. Das Internet ist genannt worden. Sie versuchen, mit billigen Parolen wie „Antisozialabbau“ aus bestimmten Entwicklungen Kapital zu schlagen und für ihre Gruppierungen zu werben. Das muss man in aller Deutlichkeit sehen.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Die NPD ist nachweisbar in den Regionen stark gewesen, in denen es soziale Probleme mit hoher Arbeitslosigkeit gibt. Das ist nicht zu leugnen. Wir müssen diese Er-

(Werner Kalinka)

kenntnis in unsere Betrachtung einbeziehen. Die innenpolitische Komponente ist die eine Seite; wir müssen aber auch die Ursachen angehen.

Damit bin ich beim Thema **Terrorgruppen**. In dem Bericht wird klar nachgewiesen, dass manche Konflikte - auch militärische -, die vor 30 Jahren stattgefunden haben, Ursache für die Bildung von terroristischen Gruppierungen sind. Auch diesen Zusammenhang muss man mit Ernsthaftigkeit analysieren. Das darf nicht überlesen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf abschließend einen Aspekt des Berichts beleuchten, der es mir wert ist, angesprochen zu werden. Es geht um die DKP. Sie erinnern sich: Die **DKP**, 1968 gegründet, war bis 1989 Steigbügelhalter der SED. Auf Seite 56 des Verfassungsschutzberichts heißt es dazu:

„In Schleswig-Holstein sind der DKP weniger als 180 Personen zuzuordnen.“

Ich füge hinzu: Leider! Es sind immer noch 180 zu viel. Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Serpil Midyatli.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für die von Horst Eger geleistete Arbeit bedanken. Ich wünsche ihm viel Spaß in seinem wohlverdienten Ruhestand.

(Beifall bei der SPD)

Ferner bedanke ich mich für den Bericht. Er hat mir sehr gut gefallen, gerade in der Art und Weise, wie er auf einzelne Punkte eingeht.

Ich möchte mich in meiner Rede auf zwei Schwerpunkte beschränken, weil ich finde, dass sie inhaltlich den größten Anteil des Berichts ausmachen: Rechtsextremismus und Islamismus.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Rechtsextremisten sowie der rechtsextremistischen Aktionen und Straftaten zurückgegangen. Auch rückläufig war die öffentliche Präsenz des **Rechtsextremismus**. Die NPD befindet sich auch in Schleswig-Holstein weiter im Niedergang und hat außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums keinen politischen Einfluss.

Ein Grund zur Freude? - Nein. Denn die rechtsextremistische Szene in Schleswig-Holstein befindet sich im Wandel. Feste Strukturen von sogenannten Kameradschaften oder Bindungen von Skinheads beziehungsweise Neonazis an die NPD werden durch rechtsautonome Aktionsgruppen ersetzt, die zahlenmäßig zwar schwächer, dafür aber radikaler und gewaltbereiter auftraten. Hinzu kommen gewaltbereite Einzelpersonen, die aktionistisch ausgerichtet sind und mit ihrer Gefolgschaft provozierend bis aggressiv in Erscheinung treten, beispielsweise diverse Mitglieder selbst ernannter Aktionsgruppen, die zuletzt bei der Kundgebung zum 1. Mai in Husum ein Feld der Verwüstung und Schrecken hinterlassen haben.

Den größten Zulauf erhalten die sogenannten **Aktionsgruppen** aus der Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen. Daher ist es zwingend notwendig, die präventiven Angebote für junge Menschen nicht abzubauen, sondern weiterhin zu fördern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Zentimeter, den wir im öffentlichen Raum der **Jugendsozialarbeit** räumen, ist eine Einladung an politische und religiöse Extremisten jeglicher Couleur, diese Lücke auszufüllen. Und sie nutzen ihre Chance. Daher ist es zwingend notwendig, die Jugendtreffs, die Mädchentreffs, aber auch die Schulsozialarbeit auch im ländlichen Raum zu unterstützen und nicht weiter abzubauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die vitale **Zivilgesellschaft** des Landes stellt dem Rechtsextremismus selbst eine Menge entgegen. Daher konnte es Extremisten bislang nirgendwo gelingen, Dominanz auszuüben. Allen Organisationen, die sich gegen rechte Gewalt und Rechtsextremismus einsetzen, möchte ich auch im Namen meiner Fraktion sehr herzlich dafür danken, dass sie Tag für Tag Zivilcourage zeigen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Auch der **Landeskoordinierungsstelle** gegen Rechtsextremismus gilt unser Dank. Seit Ende 2009 gibt es diese kompetente Beratungsstelle, an deren Team sich Bürgerinnen und Bürger, aber auch Institutionen direkt wenden können, wenn sie sich aufgrund rechtsextremer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Vorfälle bedroht fühlen.

Einen weiteren Schwerpunkt im Bericht nimmt der Islamismus ein. Der 11. September 2011 hat die

(Serpil Midyatli)

Welt und die Sichtweise der Menschen auf den Islam verändert. Der **Islamismus** ist zu einer ernst zu nehmenden Gefahr auch für uns in Deutschland geworden. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2010 machen die derzeitige Bedrohung durch den islamischen Terrorismus auch in unserem Land deutlich.

Seinen Ursprung hat der Islamismus in einer extremistischen Auslegung des Islams, die von der großen Mehrheit der Moslems abgelehnt wird. Dies erkennt auch der Verfassungsschutz, wenn er in dem Bericht formuliert - ich möchte mit Ihrer Erlaubnis zitieren, Herr Präsident -:

„Islamismus als Form des politischen Extremismus ist zunächst klar von der Religion des Islam selbst zu unterscheiden. Der Islam sowie die gläubigen Muslime und ihre Religionsausübung stehen in keiner Weise im Fokus der Beobachtung und sind für den Verfassungsschutz auch nicht relevant.“

Wie sieht jedoch die Realität aus? - Die Realität in der Politik und in der Bevölkerung sieht anders aus. Man darf heute von „kleinen Kopftuchmädchen“ sprechen; stärker als bislang wird die **Integrationsdebatte** auf den Islam reduziert. So ist es kein Zufall, dass islamfeindliche Einstellungen deutlich zugenommen haben. 58,4 % der Befragten waren der Meinung, die Religionsausübung für Muslime solle erheblich eingeschränkt werden. Ich finde das bedenklich; denn Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Genau das ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen, was uns Demokraten von den Extremisten unterscheidet: die Wahrung der Grundrechte der Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies dürfen wir nicht preisgeben; denn sonst hätten die Extremisten ihr Ziel erreicht.

Meine Fraktion und ich treten für eine sehr kritische Auseinandersetzung mit dem Thema des religiösen Extremismus und ethnischer Parallelgesellschaften ein. Die Freiheiten des Grundgesetzes und unserer Gesellschaft dürfen auch nicht dazu missbraucht werden, unter ihrem Schutz Intoleranz, Selbstjustiz, Gewalt gegen Frauen und ein mittelalterliches Gesellschaftsmodell anzuwenden oder zu predigen. Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit gelten für alle, aber verpflichten auch alle.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Gerrit Koch das Wort.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP-Fraktion dankt natürlich Herrn Horst Eger für seine geleistete Arbeit und dem Innenminister für den vorgelegten **Verfassungsschutzbericht 2010**. Dass wir ihn heute debattieren, ist übrigens terminlich passend. Denn genau vor 163 Jahren, am 15. September 1848, hat Schleswig-Holstein Verfassungsgeschichte geschrieben und sich mit dem Staatsgrundgesetz die damals fortschrittlichste Verfassung gegeben. - Dies aber nur als Randnote.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Bericht auf zwei Aspekte eingehen.

Die Feststellungen zum **Rechtsextremismus** in unserem Land kann man wie folgt zusammenfassen:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Mitgliederzahlen der Parteien und Gruppierungen sind überwiegend rückläufig, die Rechtsextremisten sind schlecht organisiert, Aktivisten werden nicht langfristig gebunden, Veranstaltungen werden kaum besucht, und man streitet sich untereinander. Glücklicherweise sind auch die Straftaten, insbesondere Gewalttaten, mit rechtsextremistischem Hintergrund zahlenmäßig zurückgegangen. Dies ist aus der Sicht eines jeden Demokraten sicherlich eine positive Entwicklung, ist aber nicht beruhigend. Hierzu haben meine Vorredner schon etwas gesagt.

(Beifall der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es lässt uns zum Beispiel keine Ruhe, dass alljährlich ein kleiner Tross brauner Menschenfänger durch Lübeck zieht und die Opfer des Bombenangriffs für ihre Zwecke instrumentalisiert.

(Beifall)

Es kann uns auch keine Ruhe lassen, dass NPD-Männer in der Kieler Ratsversammlung und im Lauenburger Kreistag sitzen, und wir können und werden es nicht zulassen, dass die Rechtsextremisten versuchen, mit ihren ewig gestrigen Gedanken junge Menschen in ihren Bann zu ziehen.

(Gerrit Koch)

Genau hierzu zeigt der Verfassungsschutzbericht eine bedenkliche Tendenz auf. So organisiert im Kreis Pinneberg die Jugend Pinneberg recht erfolgreich auf den ersten Blick relativ harmlos anmutende Freizeit-Events wie Wanderungen und Konzerte. Junge Menschen werden mehr oder weniger offensiv an rechtsextremistisches Gedankengut herangeführt, auch über auffällig gestaltete Internetseiten und Musik. Wir dürfen unsere Jugend diesen Menschen nicht überlassen.

Sind die Zahlen im rechtsextremistischen Bereich generell rückläufig, so sieht es im **linksextremistischen Bereich** leider nicht danach aus. Hier stagnieren die Mitglieder- und Aktivistenzahlen auf höherem Niveau, und es finden mehr Gewalttaten als im rechtsextremistischen Bereich statt. Regelmäßig kommt es bei Aktionen und Demonstrationen zu gewalttätigen Ausschreitungen. Wie im rechtsextremistischen Spektrum ist man sich darin einig, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stürzen. Willkür, Diktatur und Gewalt sollen die Grundlage für eine neue Grundordnung bilden.

Erschreckend ist für mich, immer wieder feststellen zu müssen, welche Akzeptanz linksextremistische Organisationen und deren Gedankengut in bestimmten Kreisen findet. Zum Beispiel tun sich alljährlich demokratische Organisationen in Lübeck mit Verfassungsfeinden zusammen, um gemeinsam gegen die Nazi-Demo auf die Straße zu gehen.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Das ist aber ein bisschen einfach! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

- Es geht ja noch weiter. Ich glaube nicht, dass diese Demokraten die Ansicht teilen, dass - ich zitiere - „die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden“ müsse. Dennoch unterzeichnen einige davon - nicht alle demokratischen Organisationen - mehr oder weniger naiv gemeinsame Aufrufe, zum Beispiel mit Avanti oder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Ich würde mir wünschen, dass man nicht aus falsch verstandener Solidarität gemeinsame Sache mit solchen Gruppen macht.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Baasch, ich kann Ihnen die Aufrufe zeigen, die alljährlich in den „Lübecker Nachrichten“ erscheinen. In diesen gemeinsamen Aufrufen stehen leider Namen von Organisationen, von denen ich es nicht erwartet hätte.

(Beifall bei FDP und CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist eine Form von Denunzierung, die nicht in Ordnung ist! - Glocke des Präsidenten)

- Nein, Sie denunzieren sich selber. Sie stehen ja drin. - Meine Damen und Herren, so wie keiner von uns auf die Idee kommen würde, mit der NPD für den Weltfrieden zu demonstrieren, sollten wir uns alle auch vehement gegen linke Verfassungsfeinde abgrenzen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Sie verharmlosen den Faschismus aber ordentlich!)

**Präsident Torsten Geerds:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Herr Kollege Koch!

**Gerrit Koch [FDP]:**

Ich finde es gut, dass hier ein bisschen mehr Schwung hineinkommt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir sollten ein bisschen mehr Qualität anstreben!)

Es gibt keine „gute“ und „schlechte“ Gewalt. Es gibt keine „guten“ und „schlechten“ Extremisten. Wer unseren freiheitlichen Staat beseitigen will, ist für die FDP in keiner Form akzeptabel. Wir dürfen Extremisten nicht hoffähig machen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

**Gerrit Koch [FDP]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Koch, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es vor diesen Veranstaltungen in Lübeck zwar regelmäßig Hinweise auf eine Demonstration gegen die Nazis gibt, dass sich aber gerade diejenigen, die dort reden - das sind Kirchenvertreter, das sind Sozialdemokraten -, immer ganz deutlich von denen distanzieren, die mit Gewalt dort demonstrieren, und dass es hauptsächlich darum geht zu verhindern, dass Nazis aufmarschieren können?

Das sehen die Bischöfe so, das sehen führenden Sozialdemokraten so. Deswegen machen

(Gerrit Koch)

wir auch die Aufrufe so. Sie sollten es bitte nicht so darstellen, als ob man hier gemeinsame Sache mit den Extremisten macht. Das ist nicht der Fall. Das wissen Sie.

Ich wäre dankbar, wenn Sie bestätigen könnten, dass es so ist, wie ich es eben vorgetragen habe.

- Das nehme ich für die ganz überwiegende Zahl dieser Organisationen gern zur Kenntnis. Aber leider kommt es immer wieder zu Ausnahmen. Sie persönlich zählen nicht dazu, aber es gibt andere - -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wer denn? Sag doch mal! - Zuruf von der SPD: Wer denn? - Zuruf von der SPD: Na und?)

- Schau doch einmal in die Zeitung! Da wird unterschrieben: Ja, wir stehen zu Blockaden; setzt euch dort hin; das ist alles in Ordnung; macht mit. Und darunter stehen Namen ehrenwerter Mitglieder dieses Landtags, aber daneben leider auch die Namen von Organisationen, die ich hier auf keinen Fall sehen möchte.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Kollege Baasch, Sie können sich nachher zu einem Dreiminutenbeitrag melden.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Genau. Dann können Sie mir das erläutern.

Es kann auch nicht angehen, dass unter dem Deckmantel des zivilen Ungehorsams die **Grundprinzipien unseres Rechtsstaats** Stück für Stück infrage gestellt werden. Was, meine Damen und Herren, sollen die Bürger denken, wenn sogar schon ein Mitglied am linken Rand unseres Landtags öffentlich zur Sachbeschädigung und daher auch dazu aufruft, Menschenleben zu gefährden? Nichts anderes ist es, wenn es heißt: „Castor? Schottern!“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! - Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Es geht sogar noch weiter: Sich auch noch damit zu brüsten, dass man das Gewaltmonopol des Staats und polizeiliche Maßnahmen nicht anerkenne, ist wohl ein überdeutlicher Beleg dafür, dass das Verständnis für unseren Rechtsstaat nicht bei jedem angekommen ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

DIE LINKE hat sich heute Morgen hier hingestellt und - ich darf zitieren - „eine Überwindung des herrschenden Systems“ gefordert und auch noch die deutsche Wiedervereinigung bedauert. Das spricht doch Bände.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Das geht jetzt aber wirklich zu weit!)

- Ich habe ja nur zitiert. Sie müssten es gegebenenfalls selber richtigstellen und sagen, wie Sie es gemeint haben.

Meine Damen und Herren, in der linksextremistischen Szene brüstet man sich genau wie in der rechtsextremistischen immer noch mit vermeintlich erfolgreichen Aktionen gegen das sogenannte System oder „den repressiven Staat“. Selbstredend sind diese Aktionen bislang überhaupt nicht erfolgreich gewesen. Unser Staat ist stabil. Es steht keine Machtübernahme von links oder von rechts bevor. Deutschland ist gefestigt. Die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung steht hinter unserer Staatsverfassung. Dass das so bleibt, ist eine immerwährende Aufgabe und im Einzelfall vielleicht nicht immer leicht. Für die Freiheit einzutreten, ist aber immer der richtige Weg.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Luise Amtsberg das Wort.

**Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Verfassungsschutzbericht** liefert uns Politikerinnen und Politikern eine massiv wichtige **Datenquelle**. Er hilft uns dabei, Auskunft über extremistische Gruppen zu erhalten und anhand von beobachteten Internetaktivitäten thematische Schwerpunkte in dieser Szene festzustellen. Er liefert uns einen Bezug zur Gesamtsituation in Deutschland, und er macht es uns möglich, anhand von Übergriffen und Gewaltzahlen Vergleiche zu ziehen und eine Idee von regionalen Schwerpunkten zu bekommen.

Aber der Verfassungsschutzbericht ist lediglich eine Analyse dessen, was beobachtet werden konnte. Was dieser Verfassungsschutzbericht nicht liefert und nicht liefern kann, sind Ideen, wie man der extremistischen Gewalt in Schleswig-Holstein begegnen kann. Dazu habe ich leider auch gerade eben nichts gehört.

(Luise Amtsberg)

Dabei steht doch die Frage im Raum: Warum befassen wir uns mit diesem Bericht? Wir sind weder Polizei noch beobachtende Behörde, und wir sind auch nicht das Innenministerium. Wir sind das Parlament, und wir haben die Verpflichtung, aus all dem, was in dem Bericht steht, politische Handlungen abzuleiten. Deshalb begreift die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Verfassungsschutzbericht als **politischen Arbeitsauftrag**, und ich würde mir wünschen, dass alle Fraktionen dies täten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich weiß, dass Sie sich besonders Sorgen um den **gewaltbereiten Linksextremismus** machen. Das haben Ihre Pressemitteilungen in der Vergangenheit deutlich gezeigt. Ich sage Ihnen: Natürlich muss es uns Sorge bereiten, wenn vermehrt Jugendliche und junge Menschen ihren Ärger über Politik und Gesellschaft, ihren Protest, in Gewalt ausdrücken. Das ist in Form und Ausdruck absolut nicht hinnehmbar. Aber wir müssen uns auch die Frage stellen, warum das so ist. Das halte ich an dieser Stelle für ganz wichtig. Warum ist der Unmut über unsere Gesellschaft, über unser Wirtschaftssystem, über das politische System, über uns, die Politikerinnen und Politiker, eigentlich so groß? - Ganz ehrlich, unser Wirtschaftssystem zu kritisieren, gegen den Sozialabbau oder gegen beschlossene Auslandseinsätze zu protestieren, ist erst einmal nichts Verfassungsfeindliches,

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé  
[DIE LINKE])

und gegen Rechts auf die Straße zu gehen, schon einmal gar nicht.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé  
[DIE LINKE])

Das ist ein Recht, das unsere Verfassung jeder Bürgerin und jedem Bürger zugesteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Aber das hört auf, wenn der **Verfassungsstaat**, wenn die **Demokratie**, zur Disposition steht oder Gewalt als Mittel, um diese Kritik zum Ausdruck zu bringen, genutzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
CDU, SPD, FDP und SSW)

Herr Kollege Koch, ich wende mich jetzt aufgrund einer Pressemitteilung direkt an Sie. Sie können aufhören, mir über die Zeitungen zukommen zu lassen, dass wir an irgendeiner Stelle Bürgergewalt

oder Linksextremismus verharmlosen würden. Für uns Grüne steht überhaupt nicht zur Diskussion, dass der **Kampf gegen Nazis** nur auf demokratischem Boden und vor allem nur **gewaltfrei** gelingen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

Wir Grüne lehnen jede Form der Gewaltanwendung ab. Wir nehmen auch besorgt zur Kenntnis, dass es Extremismus von verschiedenen Seiten hier in Schleswig-Holstein gibt. So sagt der Bericht, dass es im Hinblick auf den **Islamismus** zwar keine festen Strukturen gibt, aber durchaus Einzelpersonen, von denen ein gewisses Bedrohungspotenzial ausgeht. In dem Bericht steht - bezogen auf die Salafiyya -, dass besonders junge Muslime aus schwierigen Lebenssituationen und in schwierigen Lebensverhältnissen steckend empfänglich werden können für diese Bedrohungen.

Für mich leitet sich daraus direkt etwas Politisches ab. Wir haben die Aufgabe, gemäßigten jungen Muslimen in Deutschland, die in ihrem Glauben keinen Widerspruch zu unserer Verfassung sehen, die überzeugte und sehr häufig auch politisch aktive Demokraten sind, zu stärken, sie aktiver am politischen Prozess zu beteiligen, deutlich zu machen, dass der Islam nicht gleich Islamismus ist, dass das eben nicht das Gleiche ist, und dass Gewalt an dieser Stelle auch für junge Menschen keine Lösung sein darf.

An anderer Stelle wurde auch nicht gezögert: Mit der **Extremismusklausel** - wir haben das hier diskutiert, und wir Grüne halten dieses für ein falsches Mittel - hat sich die konservativ-liberale Regierung in Bund und Land daran gemacht, sich von Demokratieinitiativen das **Bekenntnis zur Demokratie** sogar schriftlich geben zu lassen.

Auf der anderen Seite aber - und daher meine Wut, auf den - wie ich finde - hier vom Land ausgehenden fahrlässigen Umgang mit dem Thema **Rechtsextremismus** - war es möglich, dass eine Lehrerin, also eine Staatsbedienstete, es vermocht hat, jahrelang in Bredstedt Schülerinnen und Schüler für die NPD zu mobilisieren. Niemanden im Kollegium, niemanden, hat das interessiert. Auch heute noch darf an dieser Schule nicht über dieses Problem und diese Vorgänge gesprochen werden. Erst der Einsatz einer unglaublich mutigen Mutter hat diesen Fall aufgedeckt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine krasse Bedrohung für unsere Demokratie. Herr Kalinka, Sie sprechen von Wachsamkeit.

**(Luise Amtsberg)**

Ganz genau das ist es: Wachsamkeit, und zwar auch an dieser Stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich finde - das ist sozusagen die zentrale Kritik, die in meinem Redebeitrag enthalten ist -, dass das zeigt, dass wir an dieser Stelle zu wenig getan haben. Nazis bedrohen unser System in akutem Maße, weil wir kaum Strukturen gegen Rechtsextremismus haben und weil die dahinterstehende Ideologie unsere Demokratie kontinuierlich unterminiert. Sie bedrohen uns, weil sie Menschen das Existenzrecht absprechen, weil sie Menschen erster und zweiter Klasse erschaffen, weil sich ihr Hass und ihr Aktionsfeld gegen behinderte Menschen, Obdachlose, Homosexuelle, Migranten und Demokraten richtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende steht eine Zahl, und die heißt 1.340. 1.340 Nazis in Schleswig-Holstein regen nicht zum Handeln an, sondern sie zwingen einen dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Koch, Sie können gern die Debatte von heute Morgen verdrehen wie Sie wollen, ich werde versuchen, Ihnen das noch einmal zu erklären. DIE LINKE, die hier sitzt, würde es nicht geben, wenn wir kein größeres Deutschland hätten. Selbstverständlich sind wir dafür, dass wir dieses Deutschland haben. Wir hätten uns bloß gewünscht, dass das nicht nach Artikel 23 Grundgesetz erfolgt wäre, sondern dass wir nach Artikel 146 Grundgesetz - wie es damals übrigens auch die Grünen gefordert haben - Deutschland neu organisiert hätten.

Meine Damen und Herren, gern hätte ich auch schon letztes Jahr hier im Plenum über den Verfassungsschutzbericht geredet. Leider sollte es nicht sein. Das war damals der **50. Jahrestag der Gründung des Verfassungsschutzes**. Gern hätte ich anlässlich dieses Jahrestages zum Beispiel auch darüber diskutiert, welche Rolle der Verfassungsschutz in den Skandalen der Nachkriegszeit gespielt hat - Stichwort Heyde-Sawade-Affäre -, aus welchen Kreisen sich die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein in den Nachkriegsjahren

zusammengesetzt haben. Das hätte viel erklärt und würde viel erklären. Aber das ist nicht Thema des heutigen Tages. Der Bericht, der uns heute hier vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht so unsinnig wie die Arbeit des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

In der Öffentlichkeit ist ja in der letzten Zeit viel übers Abschreiben gesprochen worden. Auch der jetzige Bericht ist zu großen Teilen ein Aufguss aus dem letzten Jahr, Herr Innenminister. Das betrifft nicht nur den sogenannten Linksextremismus. Auch im Abschnitt Rechtsextremismus findet man nichts, was nicht auch auf den einschlägigen Internetseiten der Faschisten zu lesen ist. Auch die neuen Erkenntnisse über **extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug** halten sich unserer Meinung nach sehr in Grenzen.

Im Folgenden möchte ich hier nur auf zwei Bereiche eingehen. Ich komme zuerst zum Rechtsextremismus, Frau Amtsberg. Ich bin immer noch entsetzt über Ihre Rede, die ich hier am 29. Juni 2011 im Landtag zum NPD-Verbot hören musste. Sie haben dort gesagt, dass sich die gewaltbereiten Nazis zunehmend in autonomen Gruppen engagierten und nichts mehr mit der „weichgespülten NPD“ zu tun haben wollten. Frau Amtsberg, das steht nicht einmal so im Verfassungsschutzbericht. Warum nehmen Sie nicht endlich einmal zur Kenntnis, dass NPD und auch die sogenannten **autonomen Nationalisten** in Schleswig-Holstein Seit' an Seit' marschieren - zum Beispiel auch am 1. Mai diesen Jahres in Husum? Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, was in unserem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern abgeht? Auch dort gibt es einen Schulterschluss. Übrigens gibt es dort auch eine Kameradschaft, eine freie, die sogar dieses schreckliche Attentat in Norwegen gutgeheißen hat.

Wir bleiben dabei: Die NPD gehört verboten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen aber auch, dass das nicht ausreicht. Gute Bildung ist die beste Medizin gegen Rechts.

(Zuruf der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei allem Glück darüber, dass die NPD hier noch nicht stärker ist, als sie es jetzt ist, möchte ich noch einmal daran erinnern, wie das 1992 war, als wie aus Phönix aus der Asche eine Formation, die sich DVU nannte, hier über 6 % der Stimmen bei der damaligen Landtagswahl erreichte.

**(Ulrich Schippels)**

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus bleibt ein Verbrechen. Deshalb freuen wir uns auch, dass jedes Jahr in Lübeck im März viele, viele Menschen sich den Rechten in den Weg stellen, friedlich in den Weg stellen, auch blockieren - unter anderem auch die Stadtpräsidentin oder der Bürgermeister.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich würde mir wünschen, dass ich auch mehr Mitglieder des Hauses, vielleicht auch Sie von der Fraktion der FDP,

(Zuruf des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

bei den Blockaden sehen würde.

Zum Zweiten: Unsere Schützerinnen und Schützer der Verfassung kritisieren in dem jetzigen Verfassungsschutzbericht, dass sich DIE LINKE und auch Vertreter des SSW, der SSW-Landtagsfraktion, mit **Abgeordneten aus der Türkei** getroffen haben. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir uns auch mit Abgeordneten aus anderen Ländern treffen. Der Verfassungsschutz vergaß leider in seinem Bericht zu erwähnen, dass es während der besagten Rundreise mit den türkischen Abgeordneten auch Gespräche zum Beispiel mit Helga Limburg - MdL Niedersachsen bei den Grünen -, Edita Lohberg - MdL Niedersachsen bei der CDU - und unter anderem auch Hans-Christoph von Sponeck gegeben hat. Hans-Christoph von Sponeck - Sie wissen das - ist der Sohn von Generalleutnant Hans von Sponeck, der im Juli 1944 von den Nazis ermordet wurde. Hans-Christoph von Sponeck war Diplomat bei den Vereinten Nationen, erhielt unter anderem im Jahr 2000 den Coventry Friedenspreis der englischen Kirche, 2003 den Bremer Friedenspreis der Stiftung „Die Schwelle“ und 2010 die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Universität Marburg. Ich könnte Weiteres aufzählen. Wir stellen uns gern, wir stellen uns wirklich gern mit diesen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in eine Reihe,

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

und selbstverständlich diskutieren wir auch mit demokratisch gewählten Abgeordneten anderer Länder, solange es keine Faschisten sind.

Meine Damen und Herren, in der Türkei gibt es große Probleme beim Umgang mit **Minderheiten** und mit den **Menschenrechten**. Deshalb stehen wir in Schleswig-Holstein, die wir gute Erfahrungen gemacht haben, in der Verantwortung, unsere Er-

fahrungen auch weiterzugeben. Und dazu dienen solche Gespräche.

Noch ein Letztes: Weiter bedenklich wird es in meinen Augen, wenn der Verfassungsschutzbericht erwähnenswert findet, dass ein Abgeordneter sein grundgesetzlich geschütztes Recht wahrnimmt und eine Versammlung unter freiem Himmel abhält. Das ist schon hart an der Grenze.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich erteile der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte des Verfassungsschutzberichts kommt zu einem Zeitpunkt, wo Gedenkfeiern auf der ganzen Welt an die Anschläge vom 11. September 2001 erinnern, im Sommer in Norwegen ein schreckliches Massaker angerichtet wurde, in Berlin zwei mutmaßliche Bombenbauer festgenommen wurden und wir erneut ein NPD-Verbotsverfahren diskutieren. Wir stehen also tagtäglich vor der Herausforderung, wie die **demokratischen Werte** unserer Gesellschaft geschützt und gelebt werden können. Dabei ist es völlig egal, dass sich der vorliegende Verfassungsschutzbericht inhaltlich gesehen auf das Jahr 2010 bezieht.

2001 wurden die Anschläge in den USA von Nicht-Amerikanern geplant und ausgeführt, von Personen, die mit ihrer **Zerstörung der Twin Towers** deutlich machen wollten, was sie von den Werten der amerikanischen Gesellschaft, von Demokratie und Freiheit, hielten. Die Antwort der USA auf diese Terroranschläge waren der Krieg gegen den internationalen Terrorismus, Guantanamo und in den USA eine massive Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte.

2011 wurden der **Bombenanschlag in Oslo** und das Massaker auf der Insel Utøya von einem Norweger geplant und ausgeführt, einem Mann, der die norwegische Gesellschaft und ihre Grundwerte kennt und sie trotzdem zerstören will. Bemerkenswert ist die norwegische Reaktion auf diese Anschläge. Die Norweger reagieren nämlich nicht mit Überwachung und Kontrolle, sondern mit Zusammenhalt und Offenheit.

„Die Antwort auf Gewalt ist größere Offenheit, die Antwort auf Terror mehr Demokratie“,



**(Anke Spoorendonk)**

sagte der norwegische Premierminister Jens Stoltenberg.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Soll heißen: Der Schutz unserer demokratischen Gesellschaft ist alternativlos, die Art und Weise, wie dies geschieht, ist es nicht. Das **Verhältnis von Sicherheit und Freiheitsrechten** muss immer wieder neu austariert werden. Das gilt heute, wo wieder über Vorratsdatenspeicherung diskutiert wird, genauso wie 2001, wo wir in diesem Hause die Antiterrorgesetze der Bundesregierung debattiert haben. Auch der Einsatz verfassungsrechtlicher Maßnahmen ist Teil dieses Abwägungsprozesses.

Losgelöst von diesen Überlegungen zeigen die Ereignisse in Norwegen, dass wir zukünftig nicht mehr nur mit Terror aus dem Ausland zu rechnen haben, sondern dass vor allem auch Inländer eine Bedrohung sein können. Auch im Verfassungsschutzbericht selbst wird deutlich, dass es in Deutschland vor allem Deutsche sind, die als Anhänger von Extremismus auftreten. Dabei spielt erst einmal keine Rolle, ob es Rechts- oder Linksextremismus oder ein religiöser Extremismus ist. Wichtig ist vor allem, wie wir darauf reagieren und vorbeugend tätig werden.

Konkret hebt der Verfassungsschutzbericht hervor, dass die rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein derzeit nicht viel Sprengkraft besitzt und von Ideenlosigkeit und Lähmung geprägt ist. Trotzdem bleiben an den **verfassungsfeindlichen Zielen der NPD** und der Gewaltbereitschaft dieser Szene keine Zweifel.

Auch die linksextreme Szene ist von zunehmender Gewalt geprägt und versteht es, anlassbezogen viele Menschen zu mobilisieren, die bereit sind, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen. Obwohl in Schleswig-Holstein aktuell keine islamistisch motivierte terroristische Struktur vorhanden ist, sind die Bedrohungslage und Terrorbereitschaft islamischer Extremisten ganz klar von Gewalt gegen Demokratie und Freiheit geprägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir also die symbolische Einrahmung des vorliegenden Verfassungsschutzberichts, das Thema Verfassungsschutz vom Kopf auf die Füße zu stellen! Norwegen macht es uns vor. Es geht nicht um rigidere Gesetze, sondern darum, wie wir unsere **Demokratie stärken** und sie leben können. Es reicht eben nicht, nur die Verfassung zu schützen. Das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen verlangt einen anderen Einsatz.

Viel wichtiger ist die Frage, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: Demokratie, Respekt und Toleranz gegenüber anderen - das mag banal klingen, aber das sind die Schlüsselworte, wenn es darum geht, die politische Auseinandersetzung mit Rechts- oder Linksextremisten zu führen und auch dem religiösen Extremismus keinen Nährboden zu geben.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich rufe jetzt die Dreiminutenbeiträge auf. - Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat zunächst die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Kollegin Jansen.

**Antje Jansen [DIE LINKE]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Koch, als Lübeckerin kann ich Ihre Aussage hier so nicht stehen lassen. Auf der einen Seite kritisieren Sie den alljährlichen Naziaufmarsch in Lübeck, auf der anderen Seite diskriminieren Sie ein breites bürgerliches Bündnis in Lübeck. Pastoren, Bischöfe, Richter, Lehrerinnen und Lehrer, der Bürgermeister,

(Widerspruch des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Stadtpräsidentin, Bürgerschaftsmitglieder, Landtagsabgeordnete und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger auch aus dem Lübecker Umland unterstützen diesen Aufruf. „Wir können sie stoppen“ ist ein breites Bündnis.

(Zuruf des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Auf der Grundlage zeigt eine ganze Stadt **Zivilcourage** gegen den alljährlichen Naziaufmarsch, um ihn zu verhindern und dagegen zu protestieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unsere einzige Möglichkeit. Wir könnten ihn verbieten; das versuchen wir ja auch, aber das klappt nicht, weil die Organisation der NPD angeblich immer noch eine demokratische Partei sei. Die Stadt zeigt Zivilcourage, und Sie als Lübecker beteiligen sich nicht daran.

(Gerrit Koch [FDP]: Ich gehe zur Demo!)

- Sie gehen zur Demo. Das ist ein Aufruf, unter dem sich alle sammeln.

**(Antje Jansen)**

(Gerrit Koch [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Jeder Demokrat, der Nazis verhindern will, kann und muss so einen Aufruf unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da gibt es keine Straftaten, die da irgendwie verschriftet sind, dazu gibt es keinen Aufruf. Gut, den Aufruf zu Blockaden.

(Gerrit Koch [FDP]: Ach so!)

- Aber das ist keine Straftat.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Blockade ist eine friedliche Aktion.

(Beifall bei der LINKEN - Gerrit Koch [FDP]: Ach was!)

- Herr Koch, nach Ihren vorherigen Aussagen gegen die Nazis hoffe ich, dass Sie beim nächsten Mal - der März ist nicht mehr weit - auch unter diesem Aufruf stehen. Das würde mich freuen. Dann können wir Seite an Seite gegen die Nazis in Lübeck etwas ausrichten.

(Beifall bei der LINKEN - Gerrit Koch [FDP]: Genauso wenig wie der Bürgermeister!)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Herr Präsident! Kollege Koch, lassen Sie uns einmal darüber reden, wie wir zum Rechtsstaat stehen. Meines Wissens ist es immer noch so - Sie als Jurist wissen es besser -, dass jemand ein Straftäter ist, wenn ein Gericht ihn verurteilt hat. Davor gilt die **Unschuldsvermutung**.

Ich will jetzt eine Erklärung abgeben. Ich weiß ja, dass Sie charmanter und intelligenter sind als Ihr Fraktionsvorsitzender. - Herr Hildebrand, ich gucke Sie zwar an, aber ich meine nicht Sie als Stellvertreter, sondern ich meine den richtigen. - Trotzdem werde ich es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie das tun, was auch er hier vor einigen Monaten schon einmal gemacht hat.

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt seit fast einem Jahr, ob ich den Aufruf „Castor? Schottern!“ unterschrieben habe und ob, wenn ich dies getan habe, dadurch ein Straftatbestand vorliegt. Die

Staatsanwaltschaft ermittelt, und irgendwann wird die Staatsanwaltschaft mir vielleicht mitteilen, dass sie nicht der Ansicht ist oder dass sie der Ansicht ist, und dann werden die Gerichte darüber entscheiden.

Kollege Koch, wenn Sie diese Tatsache in die rhetorische Frage kleiden: Was sollen wir davon halten, dass ein Mitglied der LINKEN hier im Haus zu Sachbeschädigung aufruft? -, ich habe das jetzt nicht wörtlich zitiert, aber das war der Tenor Ihrer Frage -, dann verahre ich mich ausdrücklich gegen die in dieser Frage enthaltende Unterstellung und fordere Sie auf klarzustellen, was Ihr Rechtsverständnis ist. Entscheiden Sie, ob jemand zu einer Straftat, zu einer Sachbeschädigung aufruft, oder entscheidet das ein Gericht?

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Koch gab den Anlass für die jetzt noch andauernde Diskussion und nicht der Verfassungsschutzbericht.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Das hat auch damit zu tun, dass der Kollege Koch natürlich wieder versucht, Nähe zwischen Demokraten und Menschen oder Organisationen herzustellen, die in diesem Verfassungsschutzbericht genannt sind. Und das ist einfach unredlich und gehört sich nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Gerrit Koch [FDP]: Das steht im Verfassungsschutzbericht!)

Das Zweite: Die Lübecker Bürgerschaft hat aufgerufen, und sie ruft schon seit Jahren, wenn die Nazis Ende März, Anfang April durch Lübeck marschieren, zu **Demonstrationen gegen diese Nazi-aufmärsche** auf.

(Gerrit Koch [FDP]: Das ist auch richtig! Das ist doch gut!)

Das tat übrigens auch der Kieler Landtag beim letzten Mal und bei den Malen davor. Ich sage Ihnen,

(Wolfgang Baasch)

da rufen auch Organisationen auf, die auch im Verfassungsschutzbericht stehen. Sollen wir in Zukunft darauf verzichten, nur weil die aufrufen, selbst deutlich zu machen, dass wir diesen Naziaufmarsch nicht wollen? Ist das die Nähe, die Sie schon ablehnen? - Ich glaube, dass es nicht vernünftig ist, wenn Sie versuchen, solche Strukturen zu konstruieren.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD])

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Ja, gern.

**Gerrit Koch [FDP]:** Herr Abgeordneter Baasch, mögen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass in der Lübecker Bürgerschaft meines Wissens keine Verfassungsfeinde sitzen und dass ich nicht von dem Aufruf der Lübecker Bürgerschaft gesprochen habe, sondern von dem anderen, der auch in der Zeitung veröffentlicht wurde?

- Herr Kollege Koch, ich habe das schon verstanden. Ich habe aber versucht, Ihnen zu erklären, dass Sie mit dem **Aufruf der Lübecker Bürgerschaft** zu einer Demonstration aufrufen, wo auch zum Beispiel die von Ihnen so gezeißelte Gruppe Avanti zur selben Demonstration aufruft. Aber Sie ziehen deswegen Ihren Aufruf nicht zurück. Selbst der Landtag hat aufgerufen, daran teilzunehmen. Deswegen sage ich: Sie konstruieren Nähen, die Sie eigentlich auch selbst mit herstellen, aber dann bei anderen Leuten sagen Sie: Das dürft ihr nicht. - Das ist nicht in Ordnung. Sie versuchen zu spalten, und das ist schädlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Auf der Kundgebung vor dem Bahnhof in Lübeck hat unter anderem - neben vielen Politikern - auch der Bischof Ulrich gesprochen. Natürlich wird dort zur **Gewaltfreiheit** aufgerufen. Natürlich wird dort zur **Zivilcourage** aufgerufen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich finde nichts dabei, wenn wir gemeinsam da stehen und dies auch dokumentieren. Ich finde, es ist auch deutlich, dass wir als Demokraten an jeder Stelle gemeinsam auftreten und deutlich machen, dass Nazis nicht die Straße überlassen wird. Ich finde, das ist eigentlich selbstverständlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das sage ich auch ganz deutlich: Wir sind in Lübeck alle stolz darauf, dass es uns mittlerweile gelungen ist, dass die Nazis nicht mehr durch das Holstentor und durch die Altstadt marschieren, sondern dass es uns gelingt, sie aus der Stadt herauszuhalten. Das wollen die Lübecker auch. Die Lübecker finden es unerträglich, dass sie jedes Jahr wieder diese Belastung haben.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nichts daran finden, wenn wir dies auch in Zukunft gemeinsam dokumentieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Was dann den von Ihnen immer wieder angesprochenen Aufruf anbelangt: Ich glaube, dass in der Diskussion nicht so entscheidend ist - zumindest sollte es so sein -, wer darunter steht. Das konstruieren Sie, und Sie wollen damit spalten. Aber andere haben ein anderes Problem damit. Die fragen, ob es eigentlich richtig ist, zu **Sitzblockaden** aufzurufen. Da ist es auch völlig egal, wer sitzt und wo er sitzt, sondern es geht darum: Darf man dieses **Instrument des friedlichen Protests** anwenden? - Genau darum dreht sich die Diskussion.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Ich sage Ihnen noch einmal: Die Lübecker sind stolz darauf und froh darüber, dass die Nazis aufgrund dieser Sitzblockaden nicht mehr durchs Holstentor und durch die Altstadt laufen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Deswegen ist es auch ein probates Mittel, dazu aufzurufen. Aber ich weiß auch, dass es da große Probleme mit der Polizei gibt, wenn man so etwas macht.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, mein letzter Satz.

Wir reden auch - das finde ich auch wichtig - mit der Polizei. Wir Landtagsabgeordnete waren beim Polizeipräsidium in Lübeck und haben mit Herrn Hüttmann darüber gesprochen und uns ausgetauscht.

(Gerrit Koch [FDP]: Wir genauso!)

**(Wolfgang Baasch)**

Wir wissen auch, wie wir in Zukunft sensibler damit umgehen werden. Das haben wir gemeinsam vereinbart.

Aber eines sage ich Ihnen: Es geht in der Diskussion nicht um die Nähe, die Sie immer herstellen wollen, sondern um die Frage, ob man das darf oder tun sollte. Ich finde, wenn wir als Demokraten vernünftig miteinander reden und uns nicht spalten, können wir in dieser Frage viel mehr gemeinsam erreichen, und das sollten wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Werner Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen über den Verfassungsschutzbericht und die Wichtigkeit der Gefahren. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir den sehr bedenkenswerten Beitrag der Kollegin Spoorendonk und die damit zusammenhängenden Fragen stärker in den Mittelpunkt stellen. Das, was die Kollegin Spoorendonk dazu ausgeführt hat, in welcher Form man auf Gefahren reagieren kann, verdient eine tiefere Betrachtung.

Es kann auch uns passieren, dass solch ein Attentat geschieht, das ist überhaupt gar keine Frage. Aber der Punkt ist natürlich der, dass wir schon seit Jahrzehnten auch aus weltweiten Strukturen resultierende Gefahren haben und die entsprechende Wirkung sehen. Das ist vielleicht ein Unterschied zur Situation in Norwegen, so schlimm beide Bereiche sind.

Das, was Sie, Frau Kollegin Spoorendonk, dazu gesagt haben, wie man in veränderten Zeiten reagiert, lohnt eine ernsthafte Erörterung. Die sollten wir im Ausschuss oder bei anderer Gelegenheit einmal vornehmen. Denn die Themen Terrorgefahr und Attentatsgefahr sind die dominanten Themen dieses Verfassungsschutzberichts. Dahinter stehen andere Themen - in der Gewichtung erkennbar - deutlich zurück, jedenfalls aus meiner Sicht.

Zweite Bemerkung. Kollegin Amtsberg hat hier gesagt, gegen Rechts könne man auf die Straße gehen. Ich finde es wichtig, dass man einmal in diesem Haus und woanders zur Kenntnis nimmt, dass es eine **Abstufung** gibt. Das eine ist links und rechts, das andere ist links- und rechtsradikal, noch weiter liegen links- und rechtsextremistisch. Wir müssen

beginnen, diese Abstufungen, die eigentlich selbstverständlich sind, auch in der Gewichtung, auch in unserer Sprache zum Ausdruck zu bringen.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo stehen Sie?)

Man kann also durchaus links sein, ohne linksextremistisch zu sein.

(Beifall der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine, das muss in der Sprache auch wieder sichtbarer werden.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Erst bei sich selbst anfangen!

Dritter Punkt: Niemand ist ohne Fehler. Wenn es bei einem Dienst und anderswo Fehler gibt, Herr Kollege, kann man die ansprechen. Es können auch einmal Gewichtigungen zur Diskussion stehen. Dafür beraten wir so etwas auch in Ausschüssen. Das ist überhaupt gar kein Punkt, den man nicht ansprechen darf. Natürlich darf man den ansprechen. Das ist gar kein Thema. Aber es ist derzeit kein Fehler oder Versäumnis in Schleswig-Holstein erkennbar. Insofern stellt sich die Frage nicht. Aber verboten ist dies grundsätzlich natürlich nicht.

Vierter Punkt: Lübeck. Ich meine, dass es ein großer Wert ist, dass wir in Lübeck im Prinzip gegenseitig - in Anführungsstrichen - friedliche Demonstrationen haben. Ich kann sehr gut verstehen, dass man nicht will, dass die Nazis durch das Holstentor gehen. Es ist völlig verständlich, dass dort gegengehalten wird. Ich glaube aber, dass wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir gut daran tun, dieses Thema nicht in allen Bereichen immer weiter nach oben zu ziehen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich will das für alle sagen. Ich will das deswegen gar nicht weiter vertiefen. Aber ich glaube, es wäre gut, wenn wir der Offenheit, die hier vonseiten der Polizei seit Jahren an den Tag gelegt wird - mit der Vorplanung der Demonstration und dem Darlegen und damit, dass wir Gott sei Dank keine Auseinandersetzungen, jedenfalls nicht der härteren Art, haben -, auch bei uns gerecht werden und deswegen dieses Thema ein Stück nicht zum Mittelpunkt einer Debatte machen, in die es nicht hingehört. Nicht hingehört ist falsch, wo es nicht die Gewichtung hat. Es gehört selbstverständlich dahin.

Die letzte Bemerkung: Herr Kollege Schippels, Sie haben gesagt, der Bericht sei so unnötig wie die

(Werner Kalinka)

**Arbeit des Verfassungsschutzes** in Schleswig-Holstein. Da muss ich Ihnen in der Tat sagen, dass Sie die Sache in diesem Punkt nicht verstanden haben. Denn dass es Gefahren für diesen Staat und für unsere Bürger gibt - erhebliche Gefahren durch **Terror, Gewalt und Extremismus** -, kann gerade nach diesem Bericht überhaupt niemand leugnen. Dies in dieser Form in Abrede zu stellen, ist nicht nur eine Fehleinschätzung, es wäre verhängnisvoll, wenn man einen solchen Weg gehen würde. Deswegen stehen wir zum Verfassungsschutz, zu seiner Arbeit und zu den Aussagen, die in dem Bericht getroffen werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte veranlasst mich doch, zu zwei Punkten Stellung zu nehmen.

Zum einen. Ich habe bei einer der letzten Demonstrationen in Lübeck, an denen ich regelmäßig teilnehme, mit der **Bischöfin Jepsen** unterhalten. Da hat sie mir gesagt, in ihrer Kirche gebe es viele, die es nicht gut fänden, dass sie daran teilnehme, weil man da mit Leuten zusammen sei, mit denen man nichts gemein habe. Sie hat gesagt: Wenn in Deutschland Nazis aufmarschieren, ist mein Platz dort, um zu verhindern, dass das passiert. Und dann muss ich in meiner Rede deutlich machen, dass in Demonstrationen kein Platz für Gewalt ist, denn das ist genau das, was die wollen: dass wir die **Grundrechte**, die die beseitigen wollen, nicht erhalten.

Deswegen finde ich, dass dies die richtige Ordnung ist, indem man auch deutlich macht, dass die Polizisten, die wir haben, das Recht schützen und nicht die Rechten. Sie stehen dort nicht gern, das muss man meiner Meinung nach sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU, FDP und SSW)

Ich finde, es ist in Deutschland immer etwas anderes als in anderen Ländern, wenn hier **Rechtsextremisten** aufmarschieren. Aufgrund unserer Geschichte wird dies nie das Gleiche sein können. Bei unseren Diskussionen sollten wir immer bedenken,

dass es dann, wenn demokratische Parteien über den Umgang mit Nazis streiten, nur einen Gewinner gibt, nämlich die Nazis selbst.

(Beifall bei der SPD)

Daher finde ich es wichtig, dass man es vermeidet, Instrumentalisierungen vorzunehmen. Ich fand es auch bemerkenswert, was die Kollegin Spoorendonk gesagt hat. Ich will dies aber noch in eine andere Richtung wenden. Bei dem Maß an **Politik- und Parlamentsverachtung**, das wir in der gegenwärtigen Zeit teilweise erleben, ist es wichtig, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir an bestimmten Stellen keine Ermutigungen des Populismus leisten, wie sie in erschreckender Weise von dem Attentäter in Norwegen auch textlich verarbeitet worden sind. Meine Fraktion wird in der nächsten Landtagssitzung einen Antrag zum Thema Rechtspopulismus einbringen, weil wir glauben, dass man sich mit dem Thema sehr ernsthaft auseinandersetzen muss.

Ich fand es bewundernswert, was der norwegische Regierungschef gesagt hat. Insgesamt bleibt es aber eine wichtige Aufgabe für uns selbst, die Hemmschwelle nicht herabzusetzen, wenn Leute ernsthaft glauben und sagen: Diese ganze Politik taugt nichts, wir müssen uns gegen diejenigen wenden, die sich zum Beispiel für Toleranz in der Gesellschaft einsetzen. - Hier gibt es etwas, was meiner Meinung nach in Teilen unterschätzt wird und worum wir uns wirklich kümmern müssen. Das sollte unser gemeinsames Anliegen hier in diesem Haus ein.

(Beifall bei SPD, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1494, an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt für heute erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Datenschutz in privaten Netzwerken sichern**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1770 (neu)

(Präsident Torsten Geerds)

### Appell für datenschutzrechtliche Verantwortung

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/1823

### Daten aller Internetnutzerinnen und -nutzer wirksam schützen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 17/1826

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Thorsten Fürter das Wort.

**Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren in immer kürzeren Abständen über **Fragen des Datenschutzes und der Netzpolitik**. Der eine oder andere wird sich vielleicht überlegen: Müssen wir solche neuen Themen überhaupt im Landtag diskutieren? - Ich sage ganz klar: Ja, das müssen wir. Wir müssen im Landtag über **netzpolitische Grundsatzfragen** sprechen.

Die gestrige Debatte zum Glücksspielgesetz und über den Glücksspielstaatsvertrag, die wenn man es ehrlich sieht, auch eine Art der netzpolitischen Debatte darstellt, hat auch gezeigt dass wir durch alle Bereiche des Wirtschafts- und Soziallebens die Frage stellen müssen: Was bedeutet das Dazukommen dieses **neuen Mediums Internet** für die Bereiche der Politik und der Rechtspolitik?

Herr von Abercron, ich möchte es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ich bin Ihnen und Frau Brand-Hückstädt dankbar dafür, dass Sie das Thema **Facebook** und die **Datenschutzproblematik** zur Beratung im Innen- und Rechtsausschuss angemeldet haben, dass wir diese Themen dort diskutiert haben und dass wir eine Debatte in Gang gebracht haben. Sie werden zur Kenntnis genommen haben, dass diese Debatte es ermöglicht hat, dass wir unseren Antrag, den wir ursprünglich gestellt haben, ändern, weil Sie einen Fortschritt in die Debatte hineingebracht haben.

**Soziale Netzwerke** im Internet sind heute einer der Orte, in denen sich die Bürgergesellschaft austauscht, diskutiert, Freundschaften schließt; schlicht lebt. Es geht um Sportvereine, um Theater, um Ju-

gendgruppen, es geht aber auch um politische Initiativen wie zum Beispiel die Initiative „Tigran bleibt hier“, die sich sehr stark über das Internet, über Facebook und über soziale Netzwerke insgesamt organisiert hat. Wir wissen nicht, ob es Facebook in fünf Jahren noch geben wird. Wir wissen aber, dass es solche Räume und solche sozialen Netzwerke geben wird. Uns Grünen ist es wichtig, dass solche Räume als Räume der Freiheit und der Demokratie erhalten bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist im Grundsatz alles, was in die Richtung der Abschaltung oder der Einschränkung solcher Angebote geht, erst einmal kein Ziel von grüner und **freiheitlicher Netzpolitik**. Ich sage aber auch ganz deutlich: Freiheit setzt **Selbstbestimmung** voraus. Das beinhaltet die Möglichkeit, selbst entscheiden zu können, wie mit den eigenen Daten verfahren wird. In dieser Hinsicht ist gerade Facebook zurzeit kein Ort der Freiheit und der Selbstbestimmung. Deswegen sind wir dem Datenschutzbeauftragten dankbar, dass er Bewegung in die Diskussion um den Datenschutz bei Facebook gebracht hat.

Facebook hat beispielsweise zugegeben, bei Nichtmitgliedern einen Cookie zu setzen, sobald diese nur einmal die Seite von Facebook betreten haben. Der Beteuerung, dass darüber keine Profile erstellt werden, darf man nicht einfach glauben. Die Möglichkeit dazu besteht jedenfalls. Damit folgt Facebook bis zu zwei Jahre jemandem, der nicht Mitglied ist und mit Facebook vielleicht gerade nichts oder nichts mehr zu tun haben möchte. Wir erwarten von Facebook, dass gemeinsam mit der Politik und dem Datenschutzbeauftragten Lösungen entwickelt werden, die sicherstellen, dass meine Daten tatsächlich mir gehören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jezewski?

**Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, klar.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das war ein Spam-Filter!)

- Nein, die Daten fließen noch nicht.

(Zurufe)

(Thorsten Fürter)

- Das war böse.

**Heinz-Werner Jezewski** [DIE LINKE]: Kollege Fürter, Sie kandidieren in Lübeck als Bürgermeister. Ist Ihnen das Folgende bekannt: Wenn man die Unterstützerseite im Internet aufruft, wird auf dem PC des Aufrufenden ein Cookie hinterlegt, der bis zum Jahr 2034 seine Gültigkeit behält. Es kann auch sein, dass er sie bis zum Jahr 2038 behält, ich habe es nicht mehr genau im Kopf. Können Sie nachweisen, dass Sie mit dem Cookie, der auf meinem Computer abgelegt ist, keine Profile anlegen und nichts Unrechtmäßiges machen?

- Das ist mir nicht bekannt. Ich kann es aber auch nicht ausschließen. Es kann durchaus sein, dass das geschieht. Ich kann nur sagen: Bei mir kommen solche Daten jedenfalls nicht an. Von jemandem, der an Politik interessiert ist, erwarte ich, dass er ständig auf meiner Seite ist. Ich bekomme interessante Informationen über Sie über Facebook, da auch Sie bei Facebook sind. Wenn bei mir ein Profil darüber ankommen würde, welche Seiten Sie aufrufen, dann können Sie davon ausgehen, dass ich dies politisch zum Thema gemacht hätte. Bisher ist dies nicht der Fall gewesen. Ich hoffe, das bleibt auch so.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass am 1. Oktober 2011 in Schleswig-Holstein Facebook-Aktivitäten von Menschen und Initiativen, aber auch von Unternehmen aus Schleswig-Holstein dichtgemacht werden. Wir wollen, dass es am Ende auch nicht zu Untersagungsverfügungen kommt, und wir wollen, dass keine Bußgelder verhängt werden.

Es gibt aber Dinge, die getan werden können. Die öffentliche Verwaltung kann mit gutem Beispiel vorangehen. Die Landesregierung und die öffentlichen Stellen sollten vormachen, wie es geht. Dadurch wird Politik nicht zum Closed-Shop. Vielmehr bedeutet eine **Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten** auch, dass seine Auffassung auch für den Staat gilt. Hier erst einmal gegenteilige Meinungen abzuwarten und vielleicht höher zu bewerten sowie die rechtliche Bewertung generell anzuzweifeln, unterminiert die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten und stellt seine Kompetenz infrage. Solange Facebook keine einwandfreie Lösung anbietet, muss dies ein erster Schritt sein; gerade weil der Staat sich nicht den Regeln des Marktes unterwerfen sollte.

Weiterhin müssen wir auf Bundesebene und auf europäischer Ebene zu Verhandlungen kommen, damit der **Datenschutz bei Facebook** umgesetzt wird. Der Druck aus Schleswig-Holstein durch den Datenschutzbeauftragten hat gezeigt, dass Facebook generell zu einem Dialog bereit ist. Wir haben im Ausschuss erfahren, dass Facebook für Nichtmitglieder keine spezifische IP-Adresse speichert. Dieses Beispiel zeigt, dass Facebook bereit ist, auf die Auffassung von Datenschützern in Deutschland einzugehen. Hier darf sich die Politik nicht mit windelweichen Zusagen von Facebook-Vertretern begnügen. Der charmanten Auskunft im Ausschuss müssen Taten folgen, und eine **Selbstverpflichtung** ohne eine zeitliche Bindung oder inhaltliche Rahmendaten ist ebenfalls nicht ausreichend. Die Debatte ist angestoßen. Sie ist bei Weitem nicht entschärft, sie fängt gerade erst an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron das Wort.

**Dr. Michael von Abercron** [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast jeder von uns nutzt heute zu ganz unterschiedlichen Zwecken eine Vielzahl von Angeboten im Internet. Die meisten von uns wissen gar nicht, dass wir viele Spuren hinterlassen, auch wenn es heute Möglichkeiten gibt, das Ganze zu anonymisieren. Andere können diese Spuren nutzen, um sich ein Bild über das zu machen, was uns interessiert und bewegt. Man muss nicht gleich an die großen Geheimdienste denken und diese verdächtigen, obgleich Markus Wolf und Erich Mielke vielleicht an dieser neuen Technologie ein großes Interesse und großen Gefallen gefunden hätten.

Aber andere haben ein naheliegendes wirtschaftliches Interesse am Erstellen zum Beispiel von **Persönlichkeitsprofilen**. Je mehr Profile vorhanden sind, je mehr Nutzer da sind, umso größer ist der Wert eines solchen Unternehmens. Facebook soll inzwischen einen Wert von etwa 50 Milliarden \$ haben. Also besonders die sozialen Netzwerke scheinen dafür das beste Geschäftsmodell zu haben.

Anfragen von Bürgern, Unternehmen, öffentlichen Stellen zu den Angeboten des **Marktführers Facebook** haben das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz Schleswig-Holstein bewegt, sich mit den datenschutzrelevanten Fragen bei diesem

**(Dr. Michael von Abercron)**

Anbieter zu befassen. Die veröffentlichten Einschätzungen des ULD haben sogar bundesweit sehr großes Aufsehen erregt und uns als Fachpolitiker alarmiert.

Meiner geschätzten Kollegin Frau Brand-Hückstädt ist es zu verdanken, dass wir die Anregung bekommen haben, unseren obersten Datenschützer Herrn Dr. Weichert und Mister Allan von Facebook im Rechtsausschuss anzuhören. Ich meine, das war ein sehr großer Erfolg; dafür herzlichen Dank.

Diese Anhörung war nicht nur ergiebig. Sie hat uns gezeigt: Die bestehenden Angebote per Facebook verstoßen gegen das **Telemediengesetz**, gegen das Bundesdatenschutzgesetz und gegen das Landesdatenschutzgesetz. Das ULD hat sogar angekündigt, nach Prüfung, rechtlichen Anhörungen und Verwaltungsverfahren Ende September Unterlassungsverfügungen und sogar Bußgelder verhängen zu können.

Wir stehen uneingeschränkt für die Unabhängigkeit des ULD. Ich freue mich, dass die Grünen ihren Antrag diesbezüglich etwas abgemildert haben. Insofern stimmen wir in vielen Punkten überein, Herr Fürter, gar keine Frage. Wir finden unseren trotzdem besser.

Nach den ersten Ergebnissen der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses gehen wir aber davon aus, dass es nicht zu solchen Sanktionen kommen wird. Mister Allan von Facebook hat zugesichert, dem ULD binnen einer Woche weitere Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Er hat versichert, keine Profile von Benutzern des Gefällt-mir-Buttons zu erstellen. Er hat uns erklären wollen, dass diejenigen, die den Gefällt-mir-Button drücken, tatsächlich auch den **datenschutzrechtlichen Bestimmungen** vorher zugestimmt haben. Da haben wir natürlich ein paar Probleme, im Übrigen nicht nur da, sondern auch bei den technischen Abläufen. Die Cookies sind eben schon einmal angesprochen worden. Es gibt da noch Klärungsbedarf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine stille und heimliche **Reichweitenanalyse von Nutzerdaten** ist für uns völlig inakzeptabel.

(Beifall bei CDU und FDP)

- Es kommt noch ein besserer Satz! - Die sozialen Netzwerke dürfen nicht zur Schlagkartei über menschliche Profile verkommen.

Um noch bestehende Mängel und Unklarheiten abzustellen, unterstützen wir den begonnenen Dialog zwischen ULD und Facebook. Wir appellieren an öffentliche wie private Betreiber, ihre Webseiten im

Hinblick auf die Verknüpfung zu sozialen Netzwerken unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten zu überprüfen. Wir wollen für alle Nutzer und öffentliche wie private Anbieter eine praktikable und einfach umsetzbare Lösung. Zum Beispiel wäre die Zwei-Klick-Lösung eine solche Möglichkeit. Wir wünschen uns eine möglichst intensive und zeitnahe Information über den Stand der Verhandlungen von ULD und Facebook.

Alle wollen das Internet nutzen. Aber sie müssen auch lernen, mit der neuen Verantwortung umzugehen. Vom englischen Dramatiker John Osborne stammt der Satz - er hat das dramatisch ausgedrückt -: „Der Computer ist die logische Weiterentwicklung des Menschen; Intelligenz ohne Moral.“ Versuchen wir doch einmal, intelligent zu sein und die Moral mit der multimedialen Welt zu verknüpfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Peter Eichstädt.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein hat alle Stellen in Schleswig-Holstein aufgefordert, ihre sogenannten Fanpages bei Facebook und ihre Social Plugins wie den Gefällt-mir-Button von ihren Webseiten zu entfernen. Begründet wurde diese Aufforderung damit, dass derartige Angebote gegen das Telemediengesetz und gegen das Bundes- beziehungsweise Landesdatenschutzgesetz verstießen. Der Datenschutzbeauftragte hat für die geforderte Deaktivierung eine Frist bis Ende September gesetzt und **Bußgelder** angedroht. Das Ganze ist natürlich in dem Zeitungs- und Medienwald mit großem Donner eingeschlagen.

Nun ist Schleswig-Holstein zweifellos ein schönes und bedeutendes Land, aber angesichts des weltweiten Netzes doch eher ein kleines Land.

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, ob es möglich ist, dass auf der Regierungsbank etwas mehr Ruhe herrscht. Ich erwarte nicht, dass Sie mir zuhören; das ist vielleicht auch gar nicht notwendig. - Herr Präsident, Entschuldigung.



(Peter Eichstädt)

Deshalb ist es auch richtig, dass die Datenschutzbeauftragten aller Länder vereinbart haben, eine **gemeinsame Entschließung** zur Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder Ende September vorzulegen. Genau da gehört dieses Problem auch hin.

(Beifall bei der SPD)

Facebook hat seinerseits angekündigt, zur Rechtsauffassung des ULD Stellung zu nehmen. Ich will mich gern La-Ola-Wellen anschließen, die hier bereits durch das Haus gerollt sind. Es war wirklich eine gute Idee, Facebook einzuladen. Ich kann auch, wenn es angemessener und zeitgemäßer ist, meinen Like-It-Button drücken. Das war wirklich ganz toll, Frau Brand-Hückstädt und Herr Abercron. Also, betrachten Sie ihn als gedrückt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hoffe, ich kriege jetzt keine Schwierigkeiten mit Ihnen, Herr Fürter.. Ich habe das hier ja verbreitet. Na gut, ich warte einmal, ob sich der Datenschutzbeauftragte bei mir meldet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ich muss leider an meine Redezeit denken, Herr Kollege.

Selbstverständlich ist für uns wie für alle hier im Haus, dass alle deutschen und europäischen Gesetze in diesem Zusammenhang beachtet werden müssen. Dies ist natürlich nicht nur von Facebook zu erwarten, sondern von allen **sozialen Netzen**, von allen Anbietern wie Google, Facebook, MySpace, studiVZ, Flickr und vielen mehr, die ich hier gar nicht aufzählen kann und die möglicherweise in der Zukunft noch dazukommen werden, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo andere, von denen ich eben gesprochen habe, schon lange verschwunden sind.

Meine Damen und Herren, wir müssen akzeptieren, dass die **Nutzung sozialer Netzwerke** aus der **Kommunikation in allen Lebensräumen** nicht mehr wegzudenken ist und sie auch niemand weg haben will. Natürlich muss es Regeln geben, die dort eingehalten werden. Allerdings ist dies im Kontext des www nicht einfach.

Ich erinnere an die klare Aussage von Facebook in der Anhörung, seinerseits freiwillig den Datenschutz verbessern zu wollen. Das muss man zur Kenntnis nehmen, das muss überprüft werden, und das geschieht auch.

Was wir auf keinen Fall für einen sinnvollen Weg halten, ist das, was Herr Fürter in seinem Ur-

sprungsantrag gefordert hat, den wir bis vor einer Stunde noch auf dem Tisch hatten. In der Zwischenzeit hat ja am Rande des Parlaments eine Diskussion stattgefunden, die ganz offensichtlich auch bei Herrn Fürter und den Grünen zu einem gewissen Erkenntnisgewinn und dann zu dem neuen Antrag geführt hat, der einen Tick besser ist, aber auch nicht wesentlich.

Herr Fürter, Sie haben gestern, um das noch einmal deutlich zu machen - ich weiß nicht, ob Sie eben zugehört haben; aber ich kann Ihnen sonst den Redetext nachher geben -, beim Glücksspielgesetz sehr richtig ausgeführt, dass es - wörtlich - „schwachsinnig“ sei, anzunehmen, man könne in Schleswig-Holstein Regelungen für **Internet-Glücksspiel** treffen. Das funktioniert nicht in einem weltweiten Netz. Ich finde, es ist ein vergleichbarer Schwachsinn, dieses bei der Frage des Facebook-Like-Buttons zu versuchen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das wird nur funktionieren, wenn es hier mindestens bundesweit, möglichst europaweit eine einheitliche Regelung gibt, die mit möglichst allen Anbietern getroffen wird. Die Datenschutzbeauftragten sind dabei, dies zu organisieren.

In der letzten Woche haben wir hier noch das Landesdatenschutzgesetz auf den Weg gebracht - um zu einem anderen Aspekt aus Ihrem Antrag zu kommen -, das ausdrücklich festlegt, dass der **Datenschutzbeauftragte unabhängig** ist, vor allem unabhängig von staatlichen Stellen und Parlamenten, natürlich mit Ausnahme seiner Berufung. Wenn Sie hier vorschlagen, dass das Parlament ihm Hinweise oder sogar Weisungen geben soll, wie er in bestimmten Fragen zu verfahren hat, dann haben Sie das, was wir letztes Mal bei der Behandlung dieses Gesetzes besprochen haben, nicht verstanden.

Zu einem anderen Aspekt. Es gibt auch den persönlichen Datenschutz, und dieser muss, wie der Hamburger Datenschutzbeauftragte es genannt hat, „selbst und bewusst“ eingehalten werden. Nutzerinnen und Nutzer können und sollen alle Fähigkeiten und Informationen erhalten, um selber zu entscheiden, ob sie mit der **Weitergabe bestimmter Daten** einverstanden sind. Dieses Wissen ist notwendig und kann nicht durch Datenschutzrichtlinien des Staates ersetzt werden. Wenn das Internet von einer Person genutzt werden soll, dann ist diese nicht nur gezwungen, sondern auch bereit dazu, einen Teil ihrer Daten im Austausch für neue Formen der

(Peter Eichstädt)

Kommunikation, für die Bildung, für die Partizipation offenzulegen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zu meinem letzten Satz, Herr Präsident.

Im Spannungsfeld von **Datenschutz** und **Mediennutzung** bieten ausgezeichnete **Medienkompetenz** und hinreichende **Transparenz** den entscheidenden Schutz für Nutzerinnen und Nutzer. Die müssen wissen, welche Daten beispielsweise in einer IP-Adresse enthalten sind, wie diese Daten weitergegeben werden und wofür sie überhaupt genutzt werden können; denn die Medien zu nutzen bedeutet, dass man lernt, sie vernünftig zu gebrauchen, dass sie einem nicht fremd sind, dass man ihre Gefahren kennt und ihr Potenzial auszuschöpfen weiß.

Ich werde mich zu einem Dreiminutenbeitrag melden, um zu begründen, wie wir uns bei der Abstimmung verhalten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das war ein ausgesprochen schöner Schlusssatz.

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Ingrid Brand-Hückstädt.

**Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Lobbekundungen. Ich will auch gleich erklären, wie es dazu gekommen ist, dass wir ein erhebliches Interesse daran hatten, beide, sowohl Facebook als auch den Datenschutzbeauftragten, vor den Innen- und Rechtsausschuss zu laden.

Dass der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Facebook nicht stoppen wollte, das hat sich nach der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses sehr schnell geklärt. Das war in der Tat nicht sein Ziel. Durch die **Reichweitenuntersuchungen** ist offenkundig geworden, wie viele offene Fragen es gab. Für mich wurde deutlich, dass einige Behauptungen lediglich durch Vermutungen untermauert wurden. Das war der Grund, aus dem wir den Landesdatenschutzbeauftragten und einen Vertreter von Facebook geladen haben.

Vor dem Innen- und Rechtsausschuss nahm Mister Allan - Facebook hat ein Gesicht; das war die große Überraschung - zu der einen oder anderen technischen Unterstellung des ULD Stellung. Man handle zwar nicht nach deutschem Datenschutzrecht,

aber nach europäischem, was in den Ländern zu 99 % ähnlich sei. Er versprach, alle offenen Fragen innerhalb der nächsten zwei Wochen schriftlich zu beantworten.

Ein bisschen Ratlosigkeit machte sich breit, denn wer hat recht? Herr Fürter, ich neige nicht dazu, sofort zu sagen, Facebook habe nicht recht.

Zwei Tage später machte Mister Allan eine Charming-Tour auch beim Bundesinnenministerium, machte seine Aufwartung und erklärte, an einer **Selbstregulierung der Branche** zum Schutz der Nutzer wolle Facebook teilnehmen.

Mister Allan sagte vor dem Innen- und Rechtsausschuss aber auch, dass er es für problematisch halte, wenn in Zukunft Inhalte von anderen Websites nicht in das Produkt Facebook eingebunden werden können sollen, sein **Geschäftsmodell** sozusagen auf dem Prüfstand stehe. Die Entwicklung des Internets sei schließlich eine andere.

Bei Gesprächen mit jungen Menschen, die mit Internet und Facebook aufgewachsen sind, werden wir mit Fakten konfrontiert, über die wir uns in der Politik Gedanken machen sollten. Diese jungen Leute fragen: Wo ist das Problem? Wir wissen, was Facebook mit den Daten macht. Wir akzeptieren das, und wenn wir das nicht wollen, machen wir es eben nicht.

Und es gibt die anderen, nicht ganz so Aufgeklärten, aber Abgeklärten, die beispielsweise sagen: „Ich habe mich schon gewundert, warum mir bei meinen Facebook-Clicks immer Seglerkleidung angeboten wird.“ - Er ist begeisterter Segler. Nach der Erklärung über die Funktion von Cookies sagte er nur: „Gott sei Dank belästigen sie mich nicht mit Reiterkleidung.“

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

In der Tat, man kann Mister Allan nur zustimmen. Die Entwicklung des Internets ist eine andere, weil auch die Entwicklung der Nutzer eine andere ist, eine andere, als viele sie sich vorstellen oder wünschen. Aber sie ist nun mal da, und wir, die Politik, können sie nicht ignorieren. Der Boykottappell der Bundesverbraucherschutzministerin an ihre Kabinettskollegen, Facebook nicht zu nutzen, ist wenig hilfreich, eher komplett naiv und vielleicht bayerischer Mentalität zuzuordnen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Ingrid Brand-Hückstädt)**

Das heißt jetzt nicht, dass die FDP ab sofort eine lockere Haltung zum Datenschutz hat. Das heißt nur, dass aus unserer Sicht eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit dem Internet, Facebook und anderen Social Networks angebracht ist, weil sich Zeiten, Menschen und Gewohnheiten ändern. Das sollten wir positiv begleiten, indem wir zum Beispiel bessere **Voraussetzungen für die Medienkompetenzvermittlung** schaffen, wie Herr Eichstädt das eben angesprochen hat.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich müssen wir uns um weltweite Standards kümmern und dafür einsetzen. Es gehört nun nicht zu meiner liberalen Grundhaltung, dass der Datenschutzbeauftragte immer recht hat - bei aller Wertschätzung.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Jürgen Weber [SPD] - Jürgen Weber [SPD]: Das musste mal gesagt sein!)

Die vom ULD geplante **Insellösung** für Schleswig-Holstein erscheint mir zum jetzigen Zeitpunkt bei der ungeklärten Rechtslage unangemessen.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass Facebook und das ULD durch unseren Antrag endlich eine Gesprächsbasis gefunden zu haben scheinen, um die anstehenden Probleme zu lösen. Darüber - das sagt unser Antrag - wollen wir uns im Innen- und Rechtsausschuss berichten lassen. Denn natürlich ist uns daran gelegen, dass eine **Rechtsstreitigkeit** zwischen zwei Parteien nicht auf dem Rücken Dritter, der Betreiber und Nutzer in Schleswig-Holstein, ausgegossen wird.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Der Änderungsantrag von CDU und FDP zur Weiterberichterstattung macht deutlich, dass in diesem Fall nicht der Landtag oder die Landesregierung gefordert ist, sondern dass die Betreiber und die Nutzer gefordert sind.

Dass der Landesdatenschutzbeauftragte unabhängig ist und keiner staatlichen Aufsicht unterliegt, haben wir vor vier Wochen hier beschlossen. Es wunderte deshalb sehr, dass der erste Antrag der Grünen uns aufforderte, sich dafür auszusprechen, Bußgelder gegen private Anbieter sozialer Facebook-Dienste nicht festzusetzen, solange eine politische

Lösung nicht gefunden wurde - ein Rechtsverständnis, das man weiter im Auge behalten sollte.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, finde ich nicht. - Immerhin haben Sie den Fehler noch erkannt, wenn auch mit dem neuen Antrag sehr kurzfristig. Der neue Antrag entspricht beinahe dem von CDU und FDP. Stimmen Sie dem einfach zu!

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste, und zwar weitere Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Eggebek. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Frau Brand-Hückstädt, Sie haben mir in vielem wirklich aus der Seele gesprochen, wenn auch nicht darin, wie wir mit Anträgen umgehen werden. Ich habe ein ganz anderes Problem damit. Die Anträge gehen im Prinzip in die gleiche Richtung. Ich finde es gut, dass Sie etwas von uns übernommen haben, nämlich dass weiter berichtet werden soll. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen. Ich glaube einfach, dass wir mit einer Abstimmung über die Anträge in der Sache kein Stück weiter sind. Ich glaube auch, dass wir mittelfristig, vielleicht sogar kurzfristig angesichts der Entwicklungen, die sich auf diesem Gebiet tun, im Innen- und Rechtsausschuss überfordert sind. Ich weiß nicht, ob man das **Datenschutzgremium des Landtages** irgendwie dazu umbauen kann, dass man einen Kreis hat, in dem man über solche Dinge vernünftig reden kann.

Worum geht es überhaupt? - Das meiste ist gesagt. Ich will ein paar andere Aspekte beleuchten. Facebook will Geld verdienen. Es sollte mich wundern, wenn - von hier aus gesehen ab der dritten Reihe - irgendjemand etwas dagegen hat. Facebook will viel Geld verdienen. Auch dagegen werden die meisten von Ihnen nichts haben. Was mich freut, ist, dass die Opfer von Facebook - Frau Brand-Hückstädt hat es richtig ausgedrückt - mit zielgerichteter Werbung bestraft werden. Die kriegen kei-

(Heinz-Werner Jezewski)

ne Reiterwerbung, sondern Seglerwerbung, wenn sie Segler sind.

Facebook hinterlässt keine Opfer, die finanziell ruiniert sind, so wie die Glücksspielanbieter, die Sie gestern ins Land zu holen beschlossen haben. Aber Facebook muss sich selbstverständlich, wie alle anderen auch, an Gesetze halten. Der Datenschutzbeauftragte muss mit dem ULD kontrollieren, ob es das tut. Er muss aber auch kontrollieren, ob andere das tun.

Ich verweise auf den Dienst, mit dem wir uns bezüglich der Ausspionierung schleswig-holsteinischer Straßen beschäftigt haben, Google. Wer ein **Google-Mail-Konto** hat, ist damit einverstanden, dass jede seiner E-Mails, seiner privaten elektronischen Post, gescannt wird und dass Werbung, die ihm Google anbietet, auf Schlagwörtern aufbaut, die in diesen Mails stehen. Das ist im Allgemeinen nicht so bekannt. Aber wer sich darauf einlässt, weiß das. Ich habe so einen Account. Ich schicke nur bestimmte Mails darüber. Dann sollen sie mir doch Werbung schicken. Das ist meine Angelegenheit.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was gibt es denn für Werbung?)

- Herr Fürter, ich weiß nicht, ob Sie das Prinzip kennen. Aber wir haben in Deutschland Vertragsfreiheit. Ich darf einen Vertrag schließen. In diesem Vertrag darf ich Dinge bestimmen, die Sie vielleicht nicht tun würden, weil Sie die für falsch halten. Ich darf zum Beispiel bei einem Internetanbieter meine Steuererklärung online stellen, sodass sie jeder sehen kann. Das ist mein gutes Recht. Würde das Finanzamt das tun oder würden Sie das tun, wäre das ein Verstoß gegen Datenschutzrichtlinien.

Wir müssen lernen, diesen Spannungsbogen zwischen der **Vertragsfreiheit** und dem vermeintlichen **Schutz des Bürgers** oder der Bürgerin vor sich selbst auszuhalten. Natürlich müssen wir Leute schützen, die sich nicht selber schützen können. Da bin ich bei Peter Eichstädt's Lieblingsthema, nämlich der **Medienkompetenzvermittlung**. Wer die Kompetenz nicht hat, sich selbst zu schützen, den müssen wir schützen, und den muss das ULD schützen.

Ich zähle jetzt einmal ein paar auf, die nicht auf der Nutzerseite, der Serverseite von Facebook sind, sondern auf der Anbieterseite. Ich habe mir in den letzten Tagen einfach einmal ein paar Internetseiten angeguckt. Wir haben es schon mitgekriegt: die des Kollegen Fürter. Ich kriege drei **Cookies**, die länger als zwei Jahre bleiben, einer bleibt 24 Monate, ei-

ner 26 Monate und einer mehr als 20 Jahre. Ich kann nicht auslesen, was in diesen Cookies steht. Soll ich denn das ULD und den Datenschutzbeauftragten damit beauftragen, festzustellen, ob irgendjemand aus meinem Besuch auf der Seite von Thorsten Fürter ein Profil erstellt?

Ich frage mich: Ist das mangelnde Medienkompetenz bei Thorsten Fürter und dem Ersteller seiner Website? - Offenbar ja.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Cookies kannst du aber abschalten!)

Es ist sicher kein böser Wille. Aber wir unterstellen anderen immer so gern bösen Willen. Ich habe ähnliche Zustände - allerdings nicht mit einer Laufzeit der Cookies von über 20 Jahren - beim Landesverband der Grünen und beim Landesverband der CDU gefunden - sogar solche Seiten schaue ich mir an, immer dann, wenn ich mich einmal richtig erschrecken will.

Aber das ist doch kein böser Wille. Es ist **mangelnde Medienkompetenz**. Ich glaube, da müssen wir handeln.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Thorsten Fürter?

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Das tue ich gern.

**Präsident Torsten Geerds:**

Bitte, Herr Fürter.

**Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Lieber Kollege Jezewski, verfügen Sie über die Medienkompetenz, Cookies abzuschalten, sodass Sie gänzlich ohne Cookies surfen können?

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

- Ja. Diese Medienkompetenz habe ich. So surfe ich immer. Aber um die andere Variante für diese Debatte einmal auszuprobieren, habe ich einmal Cookies zugelassen, Herr Kollege Fürter. Dabei habe ich Sie erwischt. Ich hätte auch andere erwischen können. Ich habe festgestellt, dass die meisten Landtagsfraktionen auf ihren Seiten Cookies setzen, die jeweils nur für eine Session gültig sind. Diese Einstellung sieht auch der Datenschutzbeauftragte als sinnvoll an.

(Heinz-Werner Jezewski)

Man kann sich aber auch fragen, ob folgende Möglichkeit sinnvoll ist: Wenn Sie auf eine **Amazon-Seite** gehen, können Sie erleben, dass Sie, wenn Sie ein Buch bestellen wollen, gefragt werden: „Lieber Kunde, Sie haben dieses Buch bereits vor zwei Monaten schon einmal bestellt. Sind Sie sicher, dass Sie es noch einmal bestellen wollen?“ Ist diese Art der Profilbildung negativ oder aber positiv für mich? Da muss man doch einmal genauer hinschauen. Man kann doch nicht grundsätzlich sagen, das sei schlecht.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Das ist ein Appell an **Facebook**: Wer mehr als 18 Millionen User in Deutschland hat, von denen etwa 3 % - es dürfte sich um etwa 600.000 bis 700.000 Nutzer handeln - in Schleswig-Holstein wohnen, der sollte, finde ich, auch eine **rechtsfähige Niederlassung in Deutschland** haben. Die meisten Firmen haben schon mit sehr viel weniger Kunden eine solche rechtsfähige Niederlassung. Deshalb können wir Facebook nur einladen: Kommen Sie doch nach Schleswig-Holstein! In Schleswig-Holstein gibt es massenhaft qualifizierte IT-Fachkräfte. In Schleswig-Holstein gibt es ein ULD und einen Datenschutzbeauftragten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Mit diesem Datenschutzbeauftragten kann man zusammenarbeiten. Wir laden Facebook recht herzlich ein, für seine Niederlassung Schleswig-Holstein als Standort zu wählen.

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Frau Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz ist die zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz in Schleswig-Holstein. So weit, so gut. In dieser Funktion ist es Aufgabe des **ULD**, die Einhaltung des Datenschutzes hier im Land zu überwachen und bei Missachtung dagegen anzugehen. Dabei arbeitet das Landeszentrum unabhängig, und zwar völlig unabhängig. Wir haben in der letzten Landtagstagung gerade eine Änderung des Landes-

datenschutzgesetzes beschlossen, um der europäischen Forderung nach der **Unabhängigkeit der Datenschutzbehörden** nachzukommen. - Ich weiß, dass ich Ihnen damit nichts Neues erzähle.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir hören Ihnen immer wieder gern zu!)

Gerade für den schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt, dass sie unabhängig arbeiten und sich nicht einschüchtern lassen - weder von Google noch von Facebook. Das, denke ich, ist gut so.

Ohne Frage hat das ULD mit der Kritik an der **Reichweitenanalyse von Facebook** für einen Paukenschlag gesorgt. Bisher hat sich Facebook in Sachen Datenschutz nicht gerade gesprächsbereit gezeigt. Mit der Androhung von Bußgeldern für die Verlinkung des **Like-It-Buttons** von Facebook hat sich das Blatt allerdings gewendet. Nicht nur sind Facebook und ULD miteinander ins Gespräch gekommen, auch im Innen- und Rechtsausschuss haben wir interessante Ausführungen zum Datenschutz von Facebook gehört. Facebook hat zugesagt, dem ULD Einblicke in seine Datenverarbeitung zu geben und die Beschuldigungen zu entkräften, dass sie gegen Datenschutzgesetz und Telemediengesetz verstoßen. Solange diese Ergebnisse ausstehen und die Datenverarbeitung nicht komplett geklärt ist, bleibt die Kritik an der Reichweitenanalyse durch das ULD bestehen. Auch die Androhung von Bußgeldern steht also weiterhin im Raum, wenn der Like-It-Button nicht von den Seiten öffentlicher und privater Homepage-Besitzer entfernt wird.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordern in ihrem Antrag, die Verhängung von **Bußgeldern** gegen Private auszusetzen, bis die Politik eine Lösung für die datenschutzrechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem Like-It-Button gefunden hat. Diese Forderung scheint mir tatsächlich etwas wirklichkeitsfremd. Wenn man sich ansieht, wie lange Schleswig-Holstein gebraucht hat, um eine Modernisierung des Landesdatenschutzgesetzes vorzulegen; wenn man sieht, wie der Bund bis heute alle Probleme des Datenschutzes eher aussitzt und sich durchwurstelt, statt zu Ergebnissen zu kommen, zeigt das, dass wir lange warten können, bis es eine Lösung in Sachen „Datenschutz und Facebook“ gibt.

Es ist daher gut und richtig, dass wir einen engagierten Datenschutzbeauftragten haben, der informationshungrigen Konzernen genau auf die Finger schaut und zeitnah reagiert. Die Begründung des

**(Anke Spoorendonk)**

Antrags, Facebook habe eine **starke Markenposition**, und es gebe nur **geringe Ausweichmöglichkeiten**, macht deutlich, dass der Kollege Fürter nicht verinnerlicht hat, worauf die Unabhängigkeit des Landesdatenschutzzentrums abzielt.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das geht aus der Begründung hervor, lieber Kollege Fürter. - Wenn dann in der Presse nachzulesen ist, dass die Bußgeldandrohung wegen des Like-It-Buttons aus Sicht des Kollegen Fürter zum Beispiel das Theater in Lübeck und damit bürgerliches Engagement gefährden würde, fragt man sich endgültig, wer sich hier eigentlich von wem einschüchtern lässt.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der FDP)

Es geht hier um den Like-It-Button von Facebook und nicht um die Zensur des Internets. Es geht darum, dass ein riesengroßer Konzern agiert, als wenn es den Datenschutz in Deutschland nicht gäbe. Das geht natürlich nicht. Der Datenschutz gilt für Facebook genauso wie für alle anderen.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Wir können nur mit Datenschutz die **informationelle Selbstbestimmung** als hohes Gut der Informationsgesellschaft aufrechterhalten.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Dabei ist moderne Kommunikation häufig mit dem Hinterlassen von Datenspuren verbunden, und die wenigsten von uns wissen wohl tatsächlich, wo sie Daten hinterlassen und was mit diesen Daten geschieht. Informationelle Selbstbestimmung läuft auf Kommunikation hinaus, die selbstbestimmt ist und die die Selbstbestimmung nicht verhindert. **Selbstbestimmte Kommunikation** kann allerdings nur möglich sein, wenn der Betroffene weiß, welche Rechte er hat, und wenn er diese auch wahrnehmen kann. Die Datenverarbeitung muss also transparent sein. Bei Facebook gibt es in dieser Hinsicht Verbesserungsbedarf - darin dürften wir uns alle einig sein. Die Drohkulisse des ULD dürfte dafür sorgen, dass diese Verbesserungen auch eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen drei Anträge vor. Ich weiß nicht genau, ob jetzt Ausschussüberweisung beantragt werden soll. Ich fände das nicht schlecht. Es ist ja ein Thema, mit dem wir uns im Ausschuss weiterhin befassen werden. Wir würden das also begrüßen. Sollte es so sein, dass in der

Sache abgestimmt werden soll, dann werden wir den Antrag von CDU und FDP unterstützen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und FDP - Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh! - Gerrit Koch [FDP]: Gefällt mir!)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich nun dem Kollegen Peter Eichstädt. Er hat wahrscheinlich vor, seinen um 16:20 Uhr formulierten Schlusssatz fortzusetzen.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er war aber nicht vorbereitet!)

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe verstanden. Mir ist klar, dass ich nur 3 Minuten und keine Sekunde länger habe. Deshalb gleich zur Sache: Meine Fraktion hat keinen Antrag gestellt. Wir halten es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll, einen Antrag in dieser Sache zu formulieren. Der gesetzliche Rahmen, für den wir verantwortlich sind, ist gesteckt. Ende September 2011 werden sich die **Datenschutzbeauftragten** der Länder mit dem Datenschutzbeauftragten des Bundes gemeinsam um eine einheitliche Position und um eine entsprechende **Resolution** zu diesem Thema bemühen.

Wir würden einer Überweisung aller drei Anträge in den Innen- und Rechtsausschuss, der sich ja bereits mit dieser Thematik befasst hat, zustimmen. Ich will gern einen entsprechenden Antrag stellen, über den dann hier abgestimmt werden kann.

Sofern die Ausschussüberweisung abgelehnt wird, wird meine Fraktion aus den genannten Gründen keinem der drei Anträge zustimmen. Denn wir sind der Auffassung, dass im Moment weder das Thema noch der Inhalt jedes einzelnen Antrags eine Beschlussfassung des Landtags rechtfertigten.

Da ich noch ein paar Sekunden Zeit habe, möchte ich mich zum Schluss dem Inhalt der Presseerklärung anschließen, die Frau Kollegin Katharina Loe-dige am 2. September 2011 auf den Weg gebracht hat und die unsere Position noch einmal unterstreicht

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

- ich habe auch nicht geahnt, dass es einmal dazu kommen würde -: Bitte sorgen Sie dafür, dass es nicht noch mehr Schaufensteranträge zu Facebook gibt.

(Peter Eichstädt)

Des Weiteren: Es bedarf zu diesem Zeitpunkt keiner stundenlangen Diskussionen im Landtag und keines weiteren Schaufensterantrags der Grünen, die offenbar im Vorwahlkampf ihre angebliche Datenschutzaffinität betonen wollen.

Diese Anmerkung trifft für alle drei Anträge zu. Das ist meine Position, so, wie ich sie für meine Fraktion dargelegt habe.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Eichstädt, ich bitte um Entschuldigung, dass ich unruhig wurde, als Sie Schleswig-Holstein in Relation zur gesamten Welt etwas zu klein dargestellt haben. Ich empfehle Ihnen, einen Dithmarscher Globus zu kaufen. Dann werden Sie feststellen, wie groß zumindest ein Teil Schleswig-Holsteins in Relation zur gesamten Welt ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD - Peter Eichstädt [SPD]: Da Sie es jetzt sagen, fällt es mir auch auf! - Heiterkeit)

Auf der Internetseite von Herrn Fürter bin ich noch nicht gewesen.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lade Sie ein!)

- Sie brauchen mich nicht einzuladen, da darf ich auch so hin.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Für diese Internetseite ist so viel geworben worden, dass ich sicherlich einmal auf diese Seite gehen werde.

Ich habe auch keine Angst vor Ihren **Cookies**, Herr Fürter; denn ich habe meinen Rechner so eingestellt, dass sie nach dem Surfen gelöscht werden. Deshalb sind sie garantiert nicht 23 oder 32 Jahre auf meinem Rechner.

(Peter Eichstädt [SPD]: Aber zehn Jahre auf den Hüften! - Heiterkeit)

- Lieber Herr Kollege Eichstädt, ich kenne mich mit politischen Diskussionen, insbesondere mit Diskussionen mit der SPD, ausgesprochen gut aus. Dass

Sie aber in einer Situation, in der man mich auf Diät gesetzt hat, eine solche Bemerkung machen, halte ich für ausgesprochen unfair. Das ist für einen Kollegen nicht angebracht.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD - Peter Eichstädt [SPD]: Ich entschuldige mich und zeige Ihnen, wie man Cookies löscht!)

- Ich weiß das. Das geschieht automatisch, wenn ich meinen Internetbrowser schließe beziehungsweise meinen Rechner ausschalte; da kann man viel machen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag debattiert heute über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Keine Sanktionen für private Facebook-Seiten“. Schon dieser Aussage hätte ich zustimmen können. Inzwischen ist der Antrag überarbeitet worden; dem Titel „Datenschutz in sozialen Netzwerken sichern!“ kann ich noch mehr zustimmen. Aus meiner Sicht sollte die Botschaft aber lauten: Bürgerbeteiligung stärken und Datenschutz sicherstellen!

**Soziale Netzwerke** - Facebook ist eines davon - sind aus dem privaten und dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken; darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Nie zuvor konnten sich Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen so schnell und so direkt beteiligen. Noch nie konnten Bürgerinnen und Bürger so unmittelbar politische Vorgänge verfolgen und mitgestalten.

Vielleicht kann die vielfach beklagte wachsende Distanz zwischen Bürgern und Politik auch durch soziale Netzwerke ein Stück weit verringert werden. Für die Politik ist dies eine Chance. Genau deshalb nutzt auch die Landesregierung diese neue Form der Kommunikation. Wie wir schon gehört haben, stehen wir damit nicht allein: Bundesministerien, Verbände, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, andere Landesregierungen - sie alle gehen diesen Weg.

(Christopher Vogt [FDP]: Bürgermeisterkandidaten!)

- Auch Bürgermeisterkandidaten; vielleicht können wir noch ein bisschen sammeln. Meine Redezeit ist ausgeschöpft, wenn ich alle aufzähle.

Auch die politischen Parteien, beispielsweise die Jungen Grünen, haben längst erkannt: Wer sich an diese neue Form der Interaktivität herantraut, der macht ein Angebot zum Dialog. Wer auf die entsprechenden Seiten geht, stellt fest, dass die Menschen dieses Angebot auch annehmen.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine Damen und Herren, das **Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz** Schleswig-Holstein hat durch seinen Leiter auf Defizite und Probleme hingewiesen, die es gerade bei diesem Netzwerk gibt. Damit hat er eine Debatte entfacht, die bundesweit aufmerksam verfolgt wird. Nicht neu ist allerdings die Erkenntnis, dass jeder, der im Netz herumwandert, dort Spuren hinterlässt. Dass der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP an die **persönliche Verantwortung** eines **jeden Einzelnen** appelliert, ist deswegen richtig. Auch wenn der Datenschutzbeauftragte nun aufzeigt, wie die Spuren im Netz aussehen und welche Folgen sie womöglich haben, dann ist das seine ureigene Aufgabe.

Aber ich habe mir schon die Frage gestellt, ob es auch seine Aufgabe ist, diese Warnung gleich mit einer **Drohung** zu versehen: Wer bestimmte Social-Plug-ins jetzt nicht abschaltet, muss sofort mit **Zwangsmaßnahmen** rechnen. - Die Antwort auf diese Frage gibt das Landesdatenschutzgesetz. Demnach ist es zunächst seine Aufgabe, zu beraten und Empfehlungen auszusprechen. Der Datenschutzbeauftragte soll den Dialog suchen: mit den öffentlichen Stellen, mit den Betreibern, mit den Nutzern. Dies hat er leider unterlassen.

Die Folge ist große Verunsicherung bei den privaten Nutzern und erst recht bei Firmen im Land, deren Geschäftsmodelle auch auf diesen Netzen aufbauen.

Ich habe mich vor Kurzem mit einem jungen Mann aus dem Kreativbereich unterhalten, der sich gerade selbstständig gemacht hatte. Er sagte zu mir: „Wissen Sie was? Ich war selbst überrascht, doch zwei Drittel meiner ersten Aufträge sind über meine Facebook-Seite hereingekommen. Das läuft in der Branche nun einmal so. Muss ich die Seite jetzt abschalten? Ich brauche sie doch!“ - Auch dieses Gespräch hat mir gezeigt, wie groß die Verunsicherung ist.

Was wir eigentlich wollen, nämlich über den **Schutz der Daten** in **sozialen Netzwerken** zu reden, geht offensichtlich völlig unter. Dabei ist die Debatte notwendig. Deshalb stimme ich dem Antrag, schnell miteinander ins Gespräch zu kommen, unbedingt zu.

Der Chef der Staatskanzlei hat Herrn Dr. Weichert dieses Gesprächsangebot bereits unterbreitet, und zwar umgehend, nachdem er über dessen presseöffentlichen Auftritt informiert worden war. Da sich das Problem nicht auf Schleswig-Holstein begrenzen lässt, haben wir das Thema gleich für die näch-

ste Jahreskonferenz der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder angemeldet.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die übrigen Länder und das Bundesministerium des Innern haben wir vorab um Stellungnahmen gebeten. Nur ein gemeinsames, **abgestimmtes Handeln** der **Länder mit dem Bund** ergibt hier Sinn.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wie beim Glücksspiel!)

- Herr Dr. Stegner, ein paar kleine Unterschiede gibt es schon. Aber die werden Sie nie begreifen. Deswegen mache ich mir auch nicht die Mühe, Ihnen das noch einmal zu erklären.

Eine solche Abstimmung hätte ich mir auch zwischen allen obersten Landesdatenschützern gewünscht, und zwar bevor man die Öffentlichkeit sucht. So rät beispielsweise der bayerische Datenschützer Kranig eher zu Besonnenheit, um sicher zu sein, dass die Argumente vor Gericht Bestand haben.

Auch nach meinem Dafürhalten muss die rechtliche Einschätzung von Herrn Dr. Weichert relativiert werden, wonach jeden Webseitennutzer und jeden Webseitenbetreiber die volle Verantwortlichkeit des **Bundesdatenschutzgesetzes** und des **Telemediengesetzes** trifft. Auch wenn er mit seiner Ansicht nicht allein ist, so ist sie mitnichten die einzige; mindestens ebenso viele widersprechen ihm. Das Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit des Einzelnen kollidiert hier mit dem Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Artikel 5 und den Grundrechten auf allgemeine Handlungsfreiheit und Berufsfreiheit aus den Artikeln 2 und 12 des Grundgesetzes. Ebenfalls betroffen ist die in einer Demokratie notwendige und gebotene Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen Stellen. Diese Kollision lässt sich nur mit einer verfassungsgemäßen - also insbesondere verhältnismäßigen - Lösung ausräumen, jedenfalls nicht mit einer **Ultima Ratio** aus **Verboten** und **Strafen**.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

Hierzu müssen wir das **Gespräch** mit den eigentlich Verantwortlichen bei Facebook, Twitter und Co. suchen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat damit in der vergangenen Woche bereits begonnen. Facebook will in dieser Woche die geforderte rechtliche Klarstellung nachliefern. Offenbar ist es gelungen, Vertreter von Facebook und des ULD erstmals in offene, konstruktive Gespräche zu bringen.



**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Das scheint mir der richtige, weil erfolgversprechende Ansatz zu sein. Drohgebärden sind dagegen nicht nur kontraproduktiv, sondern auch rechtlich fragwürdig.

Das Landesdatenschutzgesetz hat eine klare Systematik des Vorgehens. Dieser sollten alle Beteiligten gemeinsam folgen. Die Landesregierung ist hierzu bereit.

Herr Eichstädt, jetzt haben Sie auch noch dafür gesorgt, dass ich meine Redezeit überzogen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 4 Minuten überzogen.

(Unruhe bei der CDU)

- Das sollte man nicht alles Herrn Kollegen Eichstädt zuschieben.

Die überzogenen Redezeit könnte jetzt von jeder Fraktion genutzt werden. - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 17/1770 (neu) und die Änderungsanträge, Drucksachen 17/1826 und 17/1823, dem Innen- und Rechtsausschuss als selbstständige Anträge zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass die Ausschussüberweisung von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN befürwortet worden ist. Abgelehnt wurde sie von den Fraktionen von CDU und FDP. Somit erfolgt keine Ausschussüberweisung.

Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung alle vorliegenden Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 17/1826 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und SSW. Enthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag in der Drucksache 17/1826 abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 17/1770 (neu) abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und SSW. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Ich stelle fest, dass der Antrag in der Drucksache 17/1770 (neu) abgelehnt wurde.

Sodann lasse ich über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP in der Drucksache 17/1823 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie die der SSW-Fraktion. - Gegenstimmen! - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Enthaltungen? - Die Fraktion DIE LINKE enthält sich. Ich stelle fest, dass der Antrag in der Drucksache 17/1823 angenommen worden ist.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

**Bericht der Landesregierung über das Programm Jugend-Taskforce (Teil 2) und Stellungnahme der Landesregierung: Der Jugendkriminalität früh, konsequent und gemeinsam begegnen: Jugend-Taskforce**

**Drucksache 17/1614**

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Klaus Schlie das Wort.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 18. März 2010 zur Bekämpfung der Jugendkriminalität hat die Landesregierung eine interdisziplinäre **Expertengruppe** beim **Rat für Kriminalitätsverhütung** in Schleswig-Holstein eingerichtet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diese hatte den Auftrag, eine detaillierte Sachstandsanalyse der präventiven und repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein vorzunehmen.

Den ersten Berichtsteil zur Kooperation öffentlicher und nicht öffentlicher Stellen beim Umgang mit ju-

(Minister Klaus Schlie)

gendlichen Mehrfach- und Intensivtätern sowie zu Programmen und Konzepten zur Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität hat die Landesregierung im Juli 2010 vorgelegt. Die Ihnen nunmehr vorliegende Stellungnahme der Landesregierung bezieht sich insbesondere auf den beigefügten zweiten Berichtsteil. Darin hat die Expertengruppe die erkennbaren Schwachstellen bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität sowie beim Umgang mit jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern identifiziert und Vorschläge für deren Beseitigung herausgearbeitet.

Insgesamt stützt die Landesregierung die Empfehlung der Expertengruppe, das Prinzip der **frühen Prävention und Intervention** konsequent umzusetzen und damit der Kumulation von Risikofaktoren entgegenzuwirken. So hat die Expertengruppe nachdrücklich den Ausbau der Maßnahmen für Kinder und junge Familien empfohlen. Die frühzeitige und nachhaltige Vermeidung kognitiver und sozialer Kompetenzen schafft die Grundlage für schulischen Erfolg, erhöht die Wahrscheinlichkeit auf geringere Delinquenz und eröffnet perspektivisch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Zugleich aber wird die Notwendigkeit für einen besonderen Umgang mit jungen Mehrfach- und Intensivtätern betont, und es wird empfohlen, für die Definition dieser Gruppe von Straftätern nachvollziehbare **Kriterien** festzulegen.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Zudem gilt es, die **Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und Institutionen**, deren vernetztes Vorgehen für eine durchgreifende Eindämmung von Jugendkriminalität zwingend erforderlich ist, noch weiter zu verbessern.

Die Landesregierung hat diese Empfehlungen bereits aufgegriffen. Unter Federführung des Innenministeriums und unter Beteiligung der weiteren betroffenen Ministerien wird aktuell ein ressortübergreifendes **Landesrahmenkonzept** für den **Umgang mit Mehrfach- und Intensivtätern** entwickelt. Darin werden alle Interventionsmaßnahmen der vorrangig eingebundenen Akteure, namentlich von Polizei, Justiz, Jugendhilfe und - bei Bedarf - der Schule - gebündelt.

In einem ersten Schritt haben sich das Innenministerium und das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration auf eine neue **Definition für Mehrfach- und Intensivtäter** verständigt. Dabei spielt nicht mehr nur die Anzahl der begangenen Straftaten eine Rolle, sondern auch Kriterien wie

zum Beispiel die Schwere der Taten, die Gewaltbereitschaft, die Sozialschädlichkeit und die kriminelle Energie sowie die Täterpersönlichkeit und ihr soziales Umfeld werden berücksichtigt. Wir versuchen übrigens auch, uns im norddeutschen Raum auf einer gemeinsamen Basis zu bewegen. Vereinbart ist, diese neue Definition nach einem Jahr auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und bei Bedarf natürlich auch anzupassen.

Bereits am 19. September 2011 wird sich eine Arbeitsgruppe der Staatssekretäre des Innen-, Justiz-, Sozial- und Bildungsressorts unter Leitung des Innenstaatssekretärs konstituieren, um unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände ein gemeinsames **Handlungskonzept „Jugendkriminalprävention“** zu erarbeiten. Ziel ist eine verbindliche Vereinbarung, deren Umsetzung durch eine aus den Staatssekretären der beteiligten Ressorts zu bildenden Lenkungsgruppe koordiniert wird. Diese Vereinbarung muss auch zum Ausdruck bringen, dass Schule, Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft das gemeinsame Ziel haben, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit durch Informationsaustausch und Verfahrensabstimmung eine frühestmögliche Hilfestellung und Intervention unter besonderer Berücksichtigung kinder- und jugendspezifischer Instrumente zu gewährleisten. Dies ist die Voraussetzung, um kriminelle Karrieren frühzeitig zu erkennen und beenden zu können.

In jedem **Kreis** und in jeder **kreisfreien Stadt**, also bei den Trägern der Jugendhilfe, soll eine sogenannte **Jugend-Taskforce** eingerichtet werden. Diese setzt sich aus den bereits genannten Akteuren von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und gegebenenfalls Schule zusammen. Dabei soll auf bereits vor Ort bestehende Strukturen zurückgegriffen werden, die zum Teil schon ganz herausragende Arbeit leisten.

Aber auch wenn an vielen Stellen des Landes die Zusammenarbeit bereits gut funktioniert, gilt es, durch die Stärkung der Kommunikation sicherzustellen, dass der Staat auf eine Tat sowohl schnell als auch mit einer spürbaren Konsequenz für den Täter reagiert. Es müssen in allen Kreisen und kreisfreien Städten die gleichen Strukturen vorhanden sein. Die gemeinsame Aufgabe besteht daher darin, Maßnahmen der Prävention und Intervention miteinander zu verzahnen und im Einzelfall aufeinander abzustimmen. Diese Maßnahmen müssen konkret auf die Probleme vor Ort zugeschnitten sein, und sie müssen schnell umgesetzt werden. Wir brauchen keine neuen Theorien, sondern praktisches Handeln.

(Minister Klaus Schlie)

Ich bin davon überzeugt, dass die Jugend-Taskforce mit diesen neuen Strukturen auf dieses Phänomen insgesamt im Land Antworten finden und schnell, zügig und wirksam eingreifen kann. Ich bin allen beteiligten Ressorts für die Mitarbeit und für die Gestaltung dieses gemeinsamen Konzepts sehr dankbar.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die CDU-Landtagsfraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Werner Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat darf nicht zuschauen, wenn Menschen attackiert, geschlagen oder verletzt werden. Und wenn dies schon von jungen Leuten geschieht - einfach weil sie Bock darauf haben, anderen Menschen wehzutun -, dann müssen wir energisch und deutlich einschreiten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Wir haben eine Zahl X - je nach Definition - von jungen Leuten in Schleswig-Holstein, die bereit sind, ohne Schranken kompromisslos zuzuschlagen. So darf es nicht weitergehen. Die **Gruppe**, über die wir uns hier unterhalten, begeht 58 % aller **Raubdelikte** und 48 % aller **Körperverletzungen**. 41 % der Gewalt- und Raubdelikte geschehen unter **Alkoholeinfluss**. Ich glaube, das sind Zahlen, die man sich erst einmal vergegenwärtigen muss. Das sind alles Delikte, die von **unter 21-Jährigen** hier im Land begangen werden. Da ist ein deutliches Einschreiten unabdingbar.

Deutlicher als durch die Zahlen kann man das Problem doch gar nicht beschreiben. Es gibt **keine rechtsfreien Räume**, dies gilt auch für **jugendliche Intensiv- und Gewalttäter**. Unsere Bürger und unsere Jugend haben ein Recht darauf, vor Gewalttaten geschützt zu werden. Ich setze einen Satz hinzu: Jeder kann betroffen sein, jeder kann Opfer sein. Das kann schneller passieren, als man sich das manchmal vorstellt. Was wir in Berlin oder auch woanders auf Bahnhöfen erlebt haben, ist nicht so weit weg. Das könnte an jedem Ort, auch bei uns, sein. Wir haben dazu genug erschreckende Botschaften und Zeitungsmeldungen.

Nötig sind Sanktion und Prävention. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir brauchen eine eingebet-

tete Struktur aus Schule, Polizei und Justiz sowie dem Elternhaus.

Meine Damen und Herren, der Kollege Dr. Christian von Boetticher und ich haben im Juni ein Programm der Landtagsfraktion hierzu vorgestellt. Ich möchte einige der Punkte daraus in Erinnerung rufen.

Es geht zum einen um die Frage, inwieweit man zum Beispiel die **Geeignetheitsprüfung beim Führerschein** mit einbeziehen kann. Das geschieht schon in einigen Städten in Deutschland. Wenn man merkt, die Geeignetheit und Zuverlässigkeit könnte infrage stehen, dann reagieren auch welche, die sonst nicht reagieren. Hier wäre beispielsweise ein Handlungsansatz. Es nennt sich das **Gelbe-Karten-Modell**.

Zweiter Punkt: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen. Wir haben das **Vorrangige Jugendverfahren** in Schleswig-Holstein. Dazu liegen folgende Zahlen für 2009 vor: Flensburg 14, Itzehoe 12, Kiel 75 und Lübeck 7. Dies zeigt das uns bekannte Gefälle, lieber Kollege Peter Lehnert. Das ist ein Bereich, in dem wir uns in starkem Maße engagiert haben, ich denke, das ist auch ein wichtiger Punkt, damit Strafe schnell erfolgen kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

Die Möglichkeit der **geschlossenen Heimunterbringung** sollte als Chance verstanden werden. Wir können die Diskussion emotional führen, und wir können die Diskussion rational führen. Ich führe sie rational. In der **Anhörung** im Innen- und Rechtsausschuss haben die Praktiker gesagt, es gebe junge Leute, die müssten Zeit haben, wieder zu sich selbst zu kommen. Die Situation ist viel zu ernst und zu dramatisch. Deshalb appelliere ich auch an Sie, in dieser Frage praktisch zu denken und das nicht nur aus einer bestimmten Sichtweise zu sehen. Es gibt gar keine andere Möglichkeit, als manche für eine bestimmte Zeit aus dem Verkehr zu ziehen, um sie gegebenenfalls vor sich selbst und die Allgemeinheit vor ihnen zu schützen.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

- Sie können das anders sehen, aber ich bleibe bei meiner sehr sicheren Meinung - gerade auch nach der Anhörung. Bei der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss hat diese Position ein deutliches Ja bekommen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Auch im Jugend-Taskforce-Bericht?)

(Werner Kalinka)

- Ich trage die Beschlusslage der CDU-Landtagsfraktion vor.

Wir als CDU-Landtagsfraktion haben vorgeschlagen zu überlegen, inwieweit man den **jugendlichen Intensivtätern** eine stärkere personelle Betreuung zukommen lassen kann. Das **Projekt „100 Helfer“** sei hier als Beispiel genannt.

Wichtig ist der Ausbau der **Schulsozialarbeit**. Hierzu sind bereits einige Ausführungen gemacht worden, und sie werden sicher auch noch länger in der Diskussion sein. Die sozialen Probleme, die wir an den Schulen haben, sind nicht zwischen Stadt und Land zu unterscheiden, sondern sie bestehen überall. Sie tauchen überall auf, alles andere wäre ein Irrtum.

Wir werden uns mit dem Thema **Alkoholmissbrauch** stärker beschäftigen müssen, ob durch Aufklärung oder andere Instrumente an den Schulen. Das ist ein wichtiger Faktor, der in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf.

Lassen Sie mich den vorletzten Punkt angesichts der begrenzten Zeit hinzusetzen: 98 % der 18- bis 21-Jährigen werden in Schleswig-Holstein nach dem **Jugendstrafrecht** verurteilt. Dies ist in anderen Bundesländern ganz erheblich anders. Ich glaube, auch mit diesem Thema müssen wir uns beschäftigen.

Die **Neudefinition** der **Skala jugendlicher Intensivtäter** ist vom Innenminister vorgetragen worden. Dies findet unsere Unterstützung.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Die **Jugend-Taskforce** ist - so wie sie vorgeschlagen worden ist - ein Handlungsinstrument, was von uns unterstützt wird und auch unserem Vorschlag entspricht. Da sind wir uns völlig einig. Wir führen diese Diskussion seit zwei Jahren, seit 2009, wir haben sie aber auch in den Jahren davor schon geführt. Ich denke, es ist an der Zeit, deutliche Maßnahmen in Gang zu setzen, damit jugendliche Intensiv- und Gewalttäter in Schleswig-Holstein möglichst wenig zur Entfaltung kommen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Serpil Midyatli.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dieser Bericht macht so rich-

tig viel Spaß. Eigentlich hätte ich meine gesamte Rede nur mit Zitaten aus und Verweisen auf Seiten des Berichtes bestücken können. Ich habe mich aber dann doch entschieden, das anders zu machen.

Auch im Namen meiner Fraktion möchte ich mich zunächst recht herzlich für diesen Bericht bedanken. Für zwei Kollegen hier im Haus dürfte dieser **Bericht** wohl sehr ernüchternd sein. Ich möchte gern vorwegnehmen, dass es im Gesamtergebnis **keinen Anstieg der Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein** gibt. Dieses wird im Bericht mehrfach wiederholt und herausgestellt, lieber Herr Kollege Kalinka.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die üblichen Verdächtigen bei diesem Thema sollten endlich aufhören, hier Populismus zu betreiben. Damit sind sie in Hessen bereits einmal böse auf die Nase gefallen. Ich komme noch einmal darauf zurück.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch wird noch einmal darauf hingewiesen, dass es in Schleswig-Holstein **keinen einheitlichen Kriterienkatalog** für **jugendliche Intensivtäter** gibt. Auch das hat Innenminister Schlie schon gesagt, und dies hat bereits mein Kollege Dr. Dolgner bei der Ausschussberatung des ersten Teils des Berichtes verdeutlicht. Daher ist es notwendig, jetzt eine klare und **einheitliche Definition** für Schleswig-Holstein zu erarbeiten.

Ein weiterer sehr interessanter Aspekt im Bericht, der auch mehrmals erwähnt wird, ist die Stellungnahme zur **geschlossenen Heimunterbringung**:

„Es besteht Konsens ... darin, dass eine Rückkehr zu den herkömmlichen Modellen der geschlossenen Unterbringung abgelehnt wird.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Intensive pädagogische Betreuungsmaßnahmen, die gerade für die Mehrfach- und Intensivtäter zu entwickeln sind, haben in jedem Fall Vorrang.“

Ich habe mir fast jede Seite markiert, in der das im Bericht aufgeführt wurde. Das kommt mehrmals im Text vor.

(Zurufe von der CDU)

- Es wird noch besser. Das Modell, das im Ausschuss von der Landesregierung Niedersachsen -

(Serpil Midyatli)

CDU/FDP - vorgestellt wurde, wonach eine Unterbringung - ich bitte Sie, jetzt einmal kurz auf die Zahlen zu achten - von Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren - 10- bis 14-jährige Kinder! - in geschlossenen Heimen erfolgt - das wurde uns im Innen- und Rechtsausschuss vorgestellt -, lehnt meine Fraktion kategorisch ab.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Auch Sie, verehrte CDU-Kollegen, sollten sich endlich von diesem Vorhaben ein für allemal verabschieden.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Denn es zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht, wie wichtig die **präventiven und erzieherischen Maßnahmen** sind. Und die gibt es bereits. Was glauben Sie denn, wofür die **Jugendämter** da sind? Sie blenden völlig aus, dass man schon etwas tun kann und auch muss, bevor ein Kind so weit abgerutscht ist, dass man nur noch auf dessen Strafmündigkeit warten kann.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Aber wer im Bereich der Jugendarbeit, der Jugendhilfe kürzt, bekommt natürlich die Probleme, die dann durch Einsperren gelöst werden sollen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Die gab es zu Ihrer Zeit nicht?)

- Erst einmal zuhören! Wir setzen dagegen auf ein vielfältiges und bedarfsgerechtes **Angebot an Präventiv- und Interventionsmaßnahmen**, um der Jugendkriminalität entgegenzutreten.

1993 hat sich Schleswig-Holstein daher aus gutem Grund entschieden, die **Landeseinrichtungen** zu schließen. 2011 will die CDU diese wieder einrichten, obwohl bisher niemand ein tragfähiges sozialtherapeutisches Betreuungskonzept - wie Sie das nennen - entwickeln konnte, welches offenbar selbst Sie zur Bedingung hierfür machen wollen. Und das nennen Sie dann Fortschritt!

Tatsächlich empfiehlt der Bericht auf Seite 28 doch gerade das Gegenteil: Es bedarf für diese Altersgruppe gar keiner neuen spezialisierten Angebote oder Einrichtungen, vielmehr ist es notwendig,

„den Jugendämtern das im Einzelfall passende Angebot auf der Grundlage zentraler Kenntnisse über die Angebotsstruktur und

die Leistungsprofile im Land empfehlen zu können“.

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch im Bereich der **Jugendlichen und Heranwachsenden** gibt der Bericht wertvolle Hinweise. So wird Folgendes berichtet, nämlich dass die **Jugendgerichtshilfe** „in einem nicht unerheblichen Prozentsatz“ nicht mehr an den Hauptverhandlungen in Jugendstrafsachen teilnimmt. Weiter wird die zunehmende **Abnahme der Fachlichkeit** in den Bereichen der Jugendgerichtshilfe und der Jugendstrafjustiz beklagt. So erfüllen laut einer bundesweiten Befragung im Jahr 2003 - es gab leider keine aktuelleren Zahlen und auch keine über Schleswig-Holstein in dem Bericht - 38,8 % der **Jugendrichter** und 25 % der **Jugendstaatsanwälte** nicht die Voraussetzungen des § 37 JGG, der eine erzieherische Befähigung und Erfahrung in der Jugendberziehung verlangt.

Ein Ansatz wäre hier, die **Qualität der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen** der beteiligten Professionen zu verbessern und die **Jugendgerichtshilfe** wieder in die Lage zu versetzen, ihrer wichtigen Aufgabe nachzukommen, die übrigens in § 38 JGG gesetzlich vorgeschrieben ist.

Ein Punkt in dem Antrag von CDU und FDP, der diesen Bericht eingefordert hat, war ja, ob denn die **Präventionsmöglichkeiten** ausreichen oder hier weitergehende Maßnahmen als erforderlich angesehen werden. Da haben Sie die Antworten.

Ich habe zu Beginn meiner Rede darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Bericht insbesondere zwei Kollegen die Augen öffnen sollte. Gemeint sind die Kollegen Herr von Boetticher und Herr Kalinka,

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

die im Juni 2011 mit großem Mediengetöse ihr Papier „Zehn Maßnahmen zu Prävention und Sanktionen bei jugendlichen Intensivtätern“ vorgestellt haben. Statt über Führerscheinentzug, Warnschussarrest und geschlossene Heime zu diskutieren, sollten Sie den vorliegenden Bericht Ihres Innenministers erst einmal gründlich durcharbeiten und dann bitte endlich Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Gerrit Koch das Wort.

**Gerrit Koch [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding will Weile haben. Dieser oft eher als Vertröstung gemeinte Spruch hat sich heute im positiven Sinne inhaltlich voll bewahrheitet, denn vor uns liegen seit Juni mit dem zweiten Teil über das Programm **Jugend-Taskforce** insgesamt 267 Seiten angefüllt mit umfangreichen Untersuchungsergebnissen und Schlussfolgerungen, die eine fundierte Grundlage für unsere Weiterarbeit darstellen. Ich danke sowohl der Arbeitsgruppe, die sich engagiert an diese Ausarbeitung gemacht hat, als auch dem federführenden Innenministerium.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine grundlegende Feststellung ist: Das Land Schleswig-Holstein ist kein weißer Fleck, wenn es um die erfolgreiche **Zusammenarbeit von Justiz, Polizei, Schule und Kommunen** geht. Die Jugend- und Familien- wie auch die Bildungspolitik im Land sind sowohl integrativ als auch präventiv ausgerichtet. Die vorhandenen Maßnahmen und Angebote erscheinen ebenso wie die vorhandenen Gesetze ausreichend. - So der Bericht.

Zu Recht verweist die Landesregierung auf gut laufende Projekte vor Ort, wenn sie unter anderem **Projekte** wie „**Prävention im Team**“, Arbeitsgemeinschaft **gegen Gewalt an Schulen** und „**Vogel-frei - oder doch dabei**“ aufzählt. Das sind alles Projekte, die nur deshalb zustande kommen und funktionieren, weil sich alle Beteiligten mit weitaus mehr Engagement und Zeit einbringen, als es der normale Dienstplan hergibt. Mein Dank deshalb an alle, die daran mit Erfolg mitwirken.

(Vereinzelter Beifall)

Dennoch kann man einiges besser und effektiver gestalten. Zu diesem Schluss kommen sowohl die Arbeitsgruppe als auch die Landesregierung. CDU und FDP werden damit in ihrem Anliegen bestätigt.

Meine Damen und Herren, ein Defizit lag bislang beispielsweise in der **uneinheitlichen Definition von Mehrfach- und Intensivtätern**. Es ist gut, dass nun alle Fachministerien die Tätergruppen gleichermaßen identifizieren. So ist sichergestellt, dass künftige alle - egal, aus welchem Bereich sie stammen - über dieselben Jugendlichen sprechen. Um sich auch um den ungewollten kriminellen

Nachwuchs, die sogenannten **Schwellentäter** kümmern zu können, ist auch hier eine einheitliche Definition gefunden worden.

Gut ist auch, dass für die inhaftierten oder aus der Haft entlassenen **jugendlichen Straftäter** bei uns im Land die notwendigen **Betreuungs- und Übergangsmaßnahmen** im Sinne der Eröffnung einer neuen Lebensperspektive vorgehalten werden. So berücksichtigt zum Beispiel der Regierungsentwurf zum Untersuchungshaftvollzugsgesetz, zu dem wir im Innen- und Rechtsausschuss eine sehr ergiebige Expertenanhörung durchgeführt haben, die ganz besonderen **Betreuungsbedürfnisse der Jugendlichen in Haft**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist und findet deshalb unsere uneingeschränkte Unterstützung, dass sich die Arbeit aller Beteiligten auf Prävention und Resozialisierung und eben nicht auf Repression fokussiert, ohne den Opferschutz aus den Augen zu verlieren.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Die **Opfer** von Straftaten rücken leider immer wieder zu schnell aus dem öffentlichen Blick. Der beste Opferschutz ist aber, Straftaten zu verhindern.

Da setzt die **Jugend-Taskforce** künftig noch intensiver an. Denn im Gegensatz zu den bisherigen Aktivitäten soll es jetzt zu einer gewissen Vereinheitlichung der Strukturen kommen. Noch gibt es nicht in allen Kreisen und kreisfreien Städten gleichermaßen gut funktionierende **Kooperationen**. Das wird künftig anders sein, ohne die bewährten Strukturen aufheben zu wollen. Zugleich wird die Reaktionsfähigkeit auf kommunaler Ebene gestärkt, also vor Ort, wo die jugendlichen Intensivtäter ihr Unheil verbreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn auch die aktuellen kriminalpolizeilichen Statistiken in den letzten Jahren keine signifikante Zunahme von jugendlichen Straftaten im Allgemeinen aufweisen, darf uns dies nicht in vermeintlicher Sicherheit wiegen.

(Beifall der Abgeordneten Christopher Vogt [FDP] und Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Nach wie vor ist die Zahl der Straftaten hoch und die Zahl der **Raub- und Gewaltstraftaten**, begangen durch einige wenige Intensivtäter, leider ansteigend. Wenn junge Menschen strafrechtlich auffällig werden, geschieht dies zwar überwiegend durch entwicklungsbedingte kleine Straftaten wie Laden-diebstähle und Sachbeschädigung, ein Teil dieser

(Gerrit Koch)

jungen Straftäter legt aber schon in jungen Jahren den Grundstein für eine steile **kriminelle Karriere**.

(Unruhe)

Dieses Fundament zum Einsturz zu bringen und den betroffenen Jugendlichen zugleich den Weg zurück in die Zivilgesellschaft zu zeigen, ist eine lohnende Aufgabe, der sich die Jugend-Taskforce in den **Kreisen und kreisfreien Städten** künftig annehmen wird. Die neu gegründete Arbeitsgruppe der Staatssekretäre des Innen-, Justiz-, Sozial- und Bildungsministeriums wird gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden für unser Land ein Handlungskonzept Jugendkriminalprävention mit einem entsprechenden Maßnahmenbündel erarbeiten. Die FDP-Fraktion wünscht uns eine gute Beratung dazu im Ausschuss. Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Thorsten Fürter das Wort.

**Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht zeigt, dass der bisherige Ansatz in der Präventionsarbeit und im Strafverfahren in Bezug auf Jugendkriminalität in vielen Bereichen bereits richtig ist und gut funktioniert. Über die Jahre hat ein Umdenken in Justiz und Polizei stattgefunden, dass jugendliche Gewalt- und Straftaten eine Reaktion erfordern, die den **Besonderheiten der Jugendkriminalität** gegenüber angemessen ist. Das Hauptaugenmerk muss auf **Prävention** liegen. Darüber sind wir uns wahrscheinlich gar nicht uneinig, und im Strafverfahren muss auf die individuellen Herangehensweisen Rücksicht genommen werden, mit dem Ziel einer umfassenden Sozialisierung oder, wenn die Straftat geschehen, einer umfassenden Resozialisierung.

Was mich allerdings stört, ist, dass die Landesregierung das Problem immer noch von der falschen Seite betrachtet. Da wird immer von der **Bekämpfung** der Jugendkriminalität gesprochen, es wird hauptsächlich auf **Polizei und Justiz** gesetzt, statt Institutionen wie Schule und Sozialarbeit noch stärker einzubeziehen. Es tut mir leid, ich habe schon das erste Mal, als wir das im Landtag besprochen haben, darauf hingewiesen: Nach wie vor wird mit einer militärischen Einheit für ein Konzept geworben.

Herr Minister Schlie, es würde die Debatte um die Jugendkriminalität erleichtern, wenn Sie den militärischen Kampfbegriff von der Jugend-Taskforce aus der Debatte zurückzögen - daher kommt es nun einmal - und dafür einen anderen Begriff verwendeten. Dann hätten wir viele Probleme nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Kalinka, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu dem, was Sie eben gesagt haben. Zur Anwendbarkeit des **Jugendstrafrechts bei Heranwachsenden!** Sie wissen ganz genau, das ist ein Rechtsbegriff, und der Rechtsbegriff wird von Richterinnen und Richtern in Schleswig-Holstein angewandt, die darüber zu entscheiden haben, ob **Entwicklungsdefizite** vorliegen oder ob keine Entwicklungsdefizite vorliegen. Sie haben das eben ja ganz verhalten gemacht. Ich möchte Sie nur davor bewahren: Fangen Sie nicht an, Briefe an die Richterinnen und Richter zu schreiben, wie sie das Gesetz auszulegen haben! Das entscheiden die Richterinnen und Richter selbst. Das ist kein politisches Thema. Ändern Sie das Gesetz, aber sagen Sie den Richtern nicht, wer Jugendlicher ist und wer nicht Jugendlicher ist! Das geht so nicht.

Ich möchte das **Konzept für Mehrfach- und Intensivtäter** heranziehen. Natürlich ist das ein wichtiges Thema, auch für die Grünen. Es bringt nichts, die Augen davor zu verschließen: Es gibt Mehrfach- und Intensivtäter. Sie bedürfen einer besonderen Herangehensweise durch den Strafvollzug und die Gerichte und die anderen Institutionen. Man darf allerdings auch nicht vergessen, dass es - wie Sie wissen - nur eine sehr kleine **Gruppe** ist. Wir sollten nicht die ganze Debatte um die Jugendkriminalität ausschließlich im Hinblick auf jugendliche Intensivtäter führen, weil das eben nur ein ganz kleiner **Teilaspekt** von Jugendkriminalität ist.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Aber ein wichtiger!)

Der **Ziffernkatalog**, den Sie aufgestellt haben, klingt zunächst ein bisschen als Fortschritt. Wir haben darüber schon im Innen- und Rechtsausschuss gesprochen. Ich habe da ein bisschen Bedenken. Für einzelne Taten werden Ziffern vergeben, Raubtaten, sexuelle Gewalt, gefährliche Körperverletzung, Körperverletzung, dann kriegt man da eine Nummer, zwei Punkte, drei Punkte. Ich weiß aus der juristischen Praxis, dass diese Taten häufig ganz unterschiedlich sind. Es gibt Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung - jede Körperverletzung ist natürlich schlimm und zu vermeiden -,

(Thorsten Fürter)

es gibt ganz **unterschiedliche Wertungen** in diesen Geschichten.

Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass der Mensch irgendwann hinter einer Zahl verschwindet, wenn Sie einen solchen Katalog aufstellen, dass Sie sich gar nicht mehr den einzelnen Fall anblicken und fragen, wer eigentlich Intensivtäter ist und einer besonderen Behandlung bedarf, sondern derjenige auf die 100 oder auf die 50 reduziert wird.

(Zuruf)

- Das ist kein Unsinn, tut mir leid.

Der Mensch verschwindet hinter einer solchen Nummer. Ich möchte Ihr Augenmerk darauf richten - wir haben hier über Datenschutz gesprochen -: Es sind sehr viele Ministerien beteiligt, das Innenministerium, das Ministerium für Justiz und Gleichstellung und auch andere Institutionen werden einbezogen, die auch mit diesen jugendlichen Intensivtätern umgehen müssen. Mir graut davor - ich würde mir wünschen, dass Sie etwas dazu sagen -, wenn ich daran denke, wer eigentlich alles auf die **Datei** Zugriff hat. Ich glaube, wir sind uns im Klaren darüber, dass es ausgesprochen schädlich wäre, wenn irgendwann irgendwelche Listen im **Internet** landeten, aus denen man ersehen kann, dass diese oder jene Person irgendwann im Jahr 2008 eine 23 oder 24 war.

(Zuruf von Minister Klaus Schlie)

- Das ist überhaupt nicht absurd. Es gibt, glaube ich, kaum eine Zahl, die schädlicher für das Fortkommen junger Menschen wäre, wenn sie in irgendeiner Form öffentlich würde. Das heißt, dass ich hoffe, dass Sie Ihren Datenschutz an der Stelle ausgesprochen gut im Griff haben.

(Zuruf von Minister Klaus Schlie)

- Ja, ich hoffe das.

Ich möchte auch noch eine Frage gern beantwortet haben und hoffe, dass Sie etwas dazu sagen, Herr Schlie. Es geht um **jugendliche Straftäter**. Warum hat das **Innenministerium** in diesem Bereich die **Federführung**? Ich kenne es aus Hamburg so, dass diese Sachen unter Federführung der Justizministerien beraten werden. Ich finde, dass die Frage, wie mit Straftaten umgegangen wird, auch und vorrangig in die Hände der **Justiz** gehört

(Glocke des Präsidenten)

und deswegen da auch das Justizministerium die Federführung haben sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem sinngemäßen Zitat aus dem Bericht beginnen: Jugendkriminalität ist immer auch ein Spiegel gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und Versäumnisse.

Ich hoffe jetzt - zumindest bei einem Teil des Hauses - ein bisschen schlechtes Gewissen im Blick zu erkennen, weil man gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Versäumnisse - die Expertenkommission der Jugend-Taskforce darf es natürlich nicht aufschreiben - auch folgendermaßen übersetzen kann: Das ist das Giftpapier der Haushaltsstrukturkommission, das sind die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und Versäumnisse. Das ist hausgemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann den Bericht also in wenigen Worten zusammenfassen. Man kann aber auch feststellen, dass das Gremium die Erweiterung des repressiven Instrumentariums ablehnt und stattdessen den **Ausbau von ambulanten Familienhilfen** und **Schulsozialarbeit** sowie die Förderung der **Integration** zur Vorbeugung von Jugendkriminalität fordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, Kollege Kalinka, dass das bei Ihnen nicht ankommt. Ich habe vorhin gedacht, dass da wirklich der Stephen King dieses Landtags sitzt. Ich habe mich gegruselt, als Sie es beschrieben haben. Ich habe zuerst gedacht, Sie hätten einen anderen Bericht gelesen als ich, aber Sie haben natürlich die wenigen Tatsachen, auf die ich noch zu sprechen komme, entsprechend ausgebaut, nach dem Motto: Niemand will mit der Angst vor Jugendkriminalität Wählerstimmen gewinnen. - Das glaube ich Ihnen auch.

Inkonsequent finde ich es leider, dass die Taskforce nicht die **Rücknahme der unsozialen Kürzungen im Jugendbereich** fordert, denn diese Kürzungen haben mit **Prävention** von Jugendkriminalität überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil: Wer in diesem Bereich kürzt, so wie Sie es getan haben, fördert die Entwicklung von Jugendkriminalität.



(Heinz-Werner Jezewski)

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels  
[DIE LINKE])

Was momentan passiert, ist Folgendes: Die Landesregierung nimmt Projekten und Einrichtungen das Geld weg, die Jugendliche gegen die Gefahr, kriminell zu werden, stärken wollen und stärken. Die 1,3 Millionen € **Kürzungen** in der Jugendarbeit werden zu zigmal so hohen **Folgekosten** durch die Jugendkriminalität führen, das werden wir in den nächsten Jahren sehen.

Gut finde ich allerdings, dass der Bericht für diese Art von Politik ein Bild findet, nämlich das, dass Jugendkriminalität ein Spiegel ist, den sich die Erwachsenenengesellschaft vor das Gesicht halten lassen muss.

Lassen Sie mich aber ein paar Themen aus dem Bericht herausgreifen, die wir uns auf der Zunge zergehen lassen können.

Erstens. In der Gesamtbewertung gibt es laut Bericht keine, aber auch gar keine empirischen Belege für einen Anstieg von **Jugendkriminalität**. Dieses Argument fällt weg, auch für den Wahlkampf. Im Gegenteil: Jugendkriminalität ist rückläufig, auch bei Eigentums- und Gewalttaten. Ich hoffe also, dass wir in Zukunft hier im Parlament nicht wieder mit zufällig zusammengestoppelten Polizeimeldungen über bedauerliche Einzelfälle belästigt werden, in denen ein falsches Bild von der Jugend gezeichnet wird.

Zweitens. Die Gruppe der **Mehrfach- und Intensivtäter** verlangt einen besonderen Umgang. Natürlich ist Schleswig-Holstein nicht der Garten Eden, und durch die Kürzungspolitik der letzten Jahre haben Sie dafür gesorgt, dass es noch schlimmer werden wird. Die Taskforce aber benennt bestehende Probleme und macht auch bedenkenswerte Vorschläge für deren Lösung, an denen wir gemeinsam arbeiten müssen.

Drittens. Jugendkriminalität ist ein Problem **mangelnder personeller Ressourcen**. Das gilt bei der intensiven Betreuung von jugendlichen Straftätern, bei der Vernetzung des Hilfspersonals und vor allem beim beschleunigten Jugendverfahren, das ungeheuer sinnvoll ist, aber aufgrund der geringen personellen Ressourcen nur selten gut durchgeführt werden kann. Denn das alles braucht Menschen, die für ihre Arbeit bezahlt werden müssen. Der Bericht findet dafür deutliche Worte. Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich erneut:

„Zur Verbesserung und Intensivierung... sind die personellen und fachlichen Ressourcen

im Jugendamt, im Jugendgericht und in Jugendstaatsanwaltschaften in ausreichender Form zur Verfügung zu stellen.“

Das heißt, das tun Sie nicht, Sie vernachlässigen da Ihre Pflicht. DIE LINKE hat im vergangenen Herbst 100 **Schulpsychologen** und 200 **Schulsozialarbeiter** mehr für das Land gefordert. Wir freuen uns, dass die Jugend-Taskforce diese Forderung teilt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie werden sehen, welche Schritte nun als nächstes zu gehen sind, um die Feststellungen und Forderungen der Taskforce umzusetzen. Ich denke, wir werden uns mit Mängeln, die sich nach der Kommunalisierung der **Jugendgerichtshilfe** ergeben haben, beschäftigen müssen. Wir werden aber auch sehen müssen, wie wir die noch nicht zerschlagenen Strukturen im **präventiven Bereich** aktivieren und stärken können, denn - das gibt es keine Ausrede -: Die beste Verbrechensbekämpfung ist und bleibt Prävention.

(Beifall bei der LINKEN und beim SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich der Fraktionsvorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen des SSW bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium für diesen Bericht. Er ist informativ und konstruktiv und bietet eine gute Grundlage für die weitere Arbeit mit diesem Thema.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms  
[SSW])

In der Rede des SSW zum ersten Teil dieses Berichts stellte meine Kollegin Silke Hinrichsen bereits fest, dass der Ton der Debatte zur Jugendkriminalität sachlicher geworden ist. Dem möchte ich mich vor dem Hintergrund dieses Berichts anschließen. Mit der **sinkenden Anzahl** tatverdächtiger Jugendlicher geht die Entdramatisierung des Themas und eine differenziertere Sichtweise einher. Wir müssen nämlich ganz klar unterscheiden zwischen der „normalen“ Jugendkriminalität, die in dem Bericht als bagatellhaft, überall verbreitet und vorübergehend beschrieben wird, und der Kriminalität von **Mehrfach- und Intensivtätern**.

(Anke Spoorendonk)

Die „normale“ Jugendkriminalität könnte also von fast allen Jugendlichen begangen werden. Allerdings reicht hier laut Bericht häufig die informelle Erledigung der Straftaten aus, da die Jugendlichen im Rahmen des Erwachsenwerdens diese entwicklungsbedingten Auffälligkeiten zeigen, die dann aber auch wieder verschwinden.

Ganz anders sieht es im **Umgang mit Mehrfach- und Intensivtätern** aus. Die Straftaten dieser Jugendlichen haben in den letzten Jahren die mediale Berichterstattung zur Jugendkriminalität beherrscht, sie sind schockierend und alarmierend in ihrer Brutalität. Obwohl nur ein sehr geringer Prozentsatz der auffälligen Jugendlichen - geschätzt wird zwischen 3 und 7 % - Mehrfach- oder Intensivtäter sind, gehen doch **40 % der Straftaten** auf ihr Konto. Im Gegensatz zur „normalen“ Jugendkriminalität verstetigen sich hier die Straftaten und erledigen sich eben nicht mit dem Erwachsenwerden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Werner Kalinka [CDU])

- Warten Sie mit dem Klatschen!

Nach einer ersten Schockstarre im Umgang mit diesen Tätern gelingt es langsam, geeignete Konzepte zu entwickeln und auch umzusetzen. Die Experten sind sich darin einig, dass **Wegschließen**, lieber Kollege Kalinka, allein nicht die Lösung ist.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich empfehle Ihnen die Seite 94 des Berichts, wo das noch einmal ganz deutlich gesagt wird. Wegschließen ist keine Lösung.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Vielmehr heißt die Zauberformel: konsequent und frühzeitig auf **Prävention** setzen. Der SSW predigt seit vielen Jahren, dass Prävention nicht nur kostengünstiger ist als Repression, sondern vor allem auch zweckmäßiger.

Es freut uns daher zu lesen, dass auch die Arbeitsgruppe zur Jugend-Taskforce der Auffassung ist, dass vor allem auf ein umfassendes **Frühwarnsystem** und auf eine **frühzeitige Prävention** gesetzt werden muss.

Alarmierend ist der Bericht allerdings in Sachen **Kooperation** von **Jugendstrafjustiz, Jugendhilfe, Polizei, Schule** und anderen Institutionen. Gerade bei den Mehrfach- und Intensivtätern müssen alle relevanten Partner frühzeitig informiert sein und ei-

ne abgestimmte Verfahrensweise verfolgen, damit der jeweilige Jugendliche ganz klar von allen Seiten zu wissen kriegt, dass es so nicht geht. Obwohl es in Schleswig-Holstein eine gesetzliche Regelung zur Bildung von Kooperationskreisen gibt, funktionieren diese anscheinend noch lange nicht überall. Die Einrichtung von **regionalen Taskforces** wird daher vom SSW begrüßt.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass sich gerade die Arbeit der **Jugendhilfe** in den letzten Jahren verändert hat. Durch den allgemeinen **Rückgang** der Jugendhilfe - vor allem aufgrund von fehlenden Ressourcen - muss die Polizei vermehrt anrücken und auf repressive Maßnahmen gegen die Täter zurückgreifen.

(Werner Kalinka [CDU]: Tja!)

- Aber das hat nichts mit der Sache zu tun, sondern mit den **fehlenden Ressourcen**. Hier müssen wir den Hebel ansetzen. Dabei wissen wir, dass vor allem **pädagogische Maßnahmen** und intensive **Betreuungsmaßnahmen** nachhaltig wirken und dafür sorgen, dass die **Rückfallquoten** sinken. Wer meint, dass **Heimunterbringung** eine Hilfe ist, der sollte sich mit den Rückfallquoten beschäftigen. Jedes Mal, wenn ich etwas darüber lese, kriege ich einen Schock. Sie beträgt in manchen Bundesländern 80 %. Das ist eine Katastrophe.

In dem Bericht wird daher zu Recht darauf hingewiesen, dass die begrenzten fachlichen und personellen Ressourcen in den Jugendämtern, beim Jugendgericht und bei der Jugendstaatsanwaltschaft einer pädagogisch einwirkenden Justiz nicht im Wege stehen dürfen. Dementsprechend muss aber auch die Kooperation zwischen Jugendrichtern, Jugendstaatsanwälten und Jugendhilfe verbessert werden. Dabei dürfen **finanzielle Begrenzungen** keine Rolle spielen. Nach wie vor gilt etwas, von dem ich denke, dass es das Wichtigste ist, nämlich dass es viel kostengünstiger ist, der Straffälligkeit von Jugendlichen präventiv zu begegnen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Werner Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manch eine Formulierung würde bei einem Opfer noch

(Werner Kalinka)

einmal Schmerzen auslösen, wenn man erlebt, wie hier Dinge verniedlicht werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Es ist eine Tatsache, dass wir im Zeitraum vor **2004 bis etwa 2009** eine **Verdoppelung der Zahl der jugendlichen Straf- und Intensivtäter** hatten. Ich finde es verräterisch, wenn nach 20 Jahren mit einem SPD-Innenminister von dieser Seite aus gesagt wird: Fahrt dieses Thema nicht zu hoch!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn man sich dies vor Augen hält, dann ist es schon verräterisch, wenn gesagt wird, es habe keinen erheblichen Anstieg gegeben. Ich führe dies nicht allein auf Parteipolitik zurück, keine Sorge, so bin ich sicherlich nicht.

(Zuruf von der SPD)

- Du kennst mich doch!

Meine Damen und Herren, wir haben diese Initiative aus der tiefen Überzeugung heraus gestartet, dass mehr geschehen muss. Lassen Sie mich dies in drei Minuten stichwortartig sagen: Die Unterbringung in einer **geschlossenen Einrichtung** für eine gewisse Zeit ist doch nur die letzte Möglichkeit, wenn anderes nicht mehr wirkt, sonst nichts. In **Niedersachsen** wird dies derzeit ausprobiert. Ist denn der Knast die bessere Alternative? -

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich finde, das ist die schlechtere Alternative, über die man sich hier zu unterhalten hat. In dem **Bericht** steht mitnichten, dass dies abgelehnt wird. Auch wir lehnen die Rückkehr zu alten Strukturen ab, da gibt es keine Differenz. Es muss aber doch möglich sein, jemanden, der 180 Delikte auf dem Kerbholz hat, für eine gewisse Zeit auf eine vernünftige Bahn zurückführen zu können. Wo sind wir in diesem Land eigentlich inzwischen?

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

**Werner Kalinka [CDU]:**

Ja, gern.

**Serpil Midyatli [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Kalinka, haben Sie bitte zur Kennt-

nis genommen, welche Zahlen in dem Bericht zugrunde gelegt wurden? Haben Sie zur Kenntnis genommen, welche Rückfallquoten bei den sanktionierenden Maßnahmen und bei der Heimunterbringung im Vergleich zu den hervorgehobenen präventiven Maßnahmen angeführt wurden? - Die Rückfallquote liegt bei über 70 % im Vergleich zu 30 und 40 %. All das steht im Bericht. Sie können auch gern - -

**Präsident Torsten Geerds:**

Frau Kollegin, können Sie bitte eine Frage stellen und dann die Antwort abwarten.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich glaube, die Kollegin hat das so formuliert, weil das im Bericht so nicht steht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Soll ich Ihnen die Seitenzahl zeigen? - Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

- Herr Kollege Stegner, wenn Sie schon helfen müssen, dann sagt das einiges aus.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, natürlich ist das so. Frau Kollegin, der Bericht ist in der Frage, ob man sich diesen Gedanken nähern sollte oder nicht, im Ergebnis offen. Er befürwortet das nicht, er lehnt es aber auch nicht strikt ab. Er ist in dieser Frage offen. In dem **Bericht** wird nur gesagt, wir sollten nicht zu **alten Strukturen** zurückkehren. Dieser Meinung sind wir auch. Keiner von uns will die alten Strukturen zurückhaben. Das ist nicht die Diskussion, um die es geht. Es geht darum, ob wir uns modernen Gedanken, wie sie zum Beispiel derzeit in Niedersachsen umgesetzt und ausprobiert werden, annähern oder nicht. Um diese Frage geht es. Wo sind wir eigentlich, dass es in diesem Punkt offenbar Denkverbote gibt? - Das kann doch nicht richtig sein.

Ich will die Frage stellen: Wenn Sie jemanden haben, der 160 bis 180 Delikte aufweist; was machen Sie mit dem? Wie gehen Sie praktisch mit dem um? - Herr Kollege Fürter, hier wurde das Thema **Datenschutz** angesprochen. Ich hoffe sehr, dass die

(Werner Kalinka)

**Polizei** dann, wenn sie zu einem Einsatz fährt, Bescheid darüber weiß, ob sie auf einen **Intensivtäter** trifft oder nicht. Ich will doch sehr hoffen, dass dies in unserem Land sichergestellt ist.

Zur Frage der **Jugend-Taskforce** in der Praxis: Das, was hier vorgeschlagen wird, ist nichts Neues. Das behauptet auch keiner. Die Jugend-Taskforce stellt ein Zusammenwirken verschiedener Bereiche dar. In den Kreisen, in denen dies schnell und unbürokratisch passiert, gibt es die höchsten Erfolgsquoten. Dies auf das Land zu übertragen, ist ein völlig vernünftiger Weg, der jetzt gegangen wird. Eine Neuigkeit ist dies jedoch nicht.

Eine vorletzte Bemerkung! Das Beispiel hat im Kern nichts mit jugendlichen Intensivtätern zu tun, aber nehmen Sie das Beispiel vielleicht doch einmal, weil es etwas anspricht: Fahren Sie einmal dorthin, wenn zum Beispiel am Himmelfahrtstag 50 oder 100 Jugendliche eine Party feiern und dort alles zusammenschmeißen oder sonst etwas machen. Wenn Sie das einmal miterlebt hätten, dann würden Sie anders über diese Dinge sprechen. Wir haben im Innen- und Rechtsssausschuss darüber diskutiert. Dort, wo die **Polizei Präsenz** zeigt, dort gibt es entsprechende **Veränderungen im Verhalten**. So ist die Wirklichkeit in diesem Land.

Die drei Minuten sind leider um. Daher will ich abschließend sagen: Bei 18- bis 21-Jährigen ist es natürlich jedem Richter selbst überlassen, welche Entscheidung er trifft, Herr Kollege Fürter.

(Glocke des Präsidenten)

Welche Briefe in Rechtsfragen geschrieben werden, muss jeder selbst wissen. Ich weiß übrigens auch, welche Briefe ich schreibe.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Es ist selbstverständlich eine Richterentscheidung, aber man darf eine Tendenz ansprechen. Politisch darüber nachzudenken, ist nicht verboten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Werner Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kalinka, Sie haben zu einer rationalen Debatte zum Thema **geschlossene Heime** aufgefordert. Ob das, was Sie auch im letzten Jahr verbreitet haben, dazu beiträgt, darüber können wir sicher trefflich streiten. Ich kann die Hilflosigkeit vieler Beteiligter natürlich verstehen. Ich kann die Hilflosigkeit gerade derjenigen verstehen, die es mit sehr intensiven Intensivtätern zu tun haben, denn teilweise weiß man wirklich nicht, was man machen soll. Es nützt aber nichts, wenn man wieder irgendwelche Konzepte herausucht, die nachweislich gescheitert sind. Ich kann Ihnen das anhand von Fakten zeigen, und wir brauchen gar nicht bis 1993 zurückzugehen. Ich weiß, dass es immer gern ignoriert wird, aber wir können den **niedersächsischen Versuch** abwarten. Ihre Kollegen in Hamburg haben nach langen Diskussionen einen Versuch gestartet.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Aber gern doch.

**Werner Kalinka [CDU]:** Herr Kollege, wären Sie bereit, dem Gedanken näherzutreten, sollten die niedersächsischen Ergebnisse im nächsten Jahr eine positive Bilanz haben?

- Wie Sie wissen, bin ich immer bereit, jeder Diskussion näherzutreten. Die Ergebnisse können Sie nur langfristig betrachten. Im nächsten Jahr werden Sie nicht sehen können, ob eine Maßnahme für einen 12-Jährigen diesen - wie Sie so schön sagen - auf die rechte Bahn gebracht haben. Dafür brauchen Sie sehr lang angelegte Studien. Die **HighScope-Perry-Studie** in den **USA** läuft beispielsweise seit 40 Jahren. Lieber Herr Kalinka, wir haben aber schon Ergebnisse. Diese würde ich Ihnen gern vorführen. Sie haben eine rationale Diskussion gefordert, und die biete ich Ihnen jetzt.

Nachdem wir in den alten Bundesländern mit den alten Konzepten alle gescheitert waren und Mitte der 90er-Jahre in sehr vielen Bereichen die **geschlossene Heimunterbringung** abgeschafft worden ist, ist, getrieben von den Kollegen von der CDU in **Hamburg**, ein neuer Versuch gestartet worden, ohne Denkverbote. Zu allem, was Sie gesagt haben, kann ich Ihre Kollegen aus Hamburg

(Dr. Kai Dolgner)

von vor fast zehn Jahren zitieren. Dann ist Folgendes passiert: Es ist in der **Feuerbergstraße** ein entsprechendes geschlossenes Heim eingerichtet worden, und zwar als letzte Chance vor der Unterbringung im Strafvollzug. Ich kann Ihnen das nachher alles noch gern zeigen, und wir können dann darüber diskutieren. Ich habe heute Abend noch ein bisschen Zeit.

(Werner Kalinka [CDU]: Meinen Sie, ich höre das zum ersten Mal?)

- Lieber Kollege Kalinka, ich weiß ja, dass Sie sich jetzt aufregen und sich nicht der rationalen Diskussion stellen, sondern ein bisschen emotional reagieren. Das kann ich ja auch verstehen. Denn Sie wissen doch, dass es in fünfeinhalb Jahren gerade mal gelungen ist, in dieser Einrichtung **50 Jugendliche** zu behandeln. Es gab nur **sechs geschlossene Plätze**. Rein quantitativ können Sie das Problem der Intensivtäter damit nicht lösen. Sie können es auch **qualitativ** damit nicht lösen, weil es bei diesen 50 praktisch keine nachweisbaren Effekte auf eine **Resozialisierung** gab. Der ganze Spaß hat übrigens 7 Millionen € gekostet. Das sind die Fakten; wohl gemerkt für 50 Personen.

Es gab deshalb einen **Untersuchungsausschuss**, der 2.500 Stunden getagt hat und noch einmal 2 Millionen € gekostet hat. Wie immer bei knappen Haushaltsmitteln ist alles eine Abwägung. Man kann nicht immer alles haben, was man für wünschenswert hält. Ich finde, wenn wir 7 Millionen € in ganz andere Bereiche von Prävention und von betreuenden Maßnahmen stecken, können wir viel mehr verhindern. Das ist der beste Opferschutz.

Herr Kollege von Boetticher, Sie mögen das mehrfach bestreiten. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt. Ich kann Ihnen verschiedene Untersuchungen aus anderen Bundesländern nennen. Ich fordere Sie hiermit auf, meine Zahlen zu widerlegen und nicht einfach Behauptungen in die Welt zu setzen, die nicht empirisch, von keinem Wissenschaftler dieser Welt geteilt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahre 1990, als ich in Pinneberg das Abitur machte, gab es in der **Stadt Pinneberg** sechs Intensivtäter, sechs Jugendliche, die ständig durch Straftaten auffällig wurden, die im Übrigen unter uns etwas Jüngeren damals sehr gut bekannt waren. Man wusste, wann man die Straßeseite lieber zu wechseln hatte, weil man ungefähr ahnte, was die alles auf dem Kerbholz haben.

(Zurufe)

- Ich war ein bisschen dünner, und es gab durchaus Leute, die ein bisschen kräftiger waren. Heute, gut 20 Jahre später, gibt es 46. In 15 dieser letzten 20 Jahre haben Sie regiert. Mit all Ihren Maßnahmen, mit all Ihren Präventionen, die Sie ja offensichtlich gemacht haben, haben Sie offensichtlich nicht bewirkt, dass die **Zahl von jugendlichen Gewalttätern** zurückgegangen ist. Im Gegenteil, in diesen Jahren hat sich die Zahl der jugendlichen Intensivtäter mehr als versechsfacht.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Lieber Kollege Dr. von Boetticher, können Sie dem Hohen Hause erklären, in welchem Zeitraum, seit wann, diese Versechsfachung eingetreten ist und wer in dieser Zeit an der Landesregierung beteiligt war und nach Ihrer Definition dann entsprechend eine ebenso große Mitschuld trägt?

- Die Zahl ist zwischen dem Jahr 1990 - das war das Jahr, in dem ich Abitur gemacht habe - bis zu diesem Jahr gewachsen. Die **Kennzahl**, die ich genannt habe, stammt **aus diesem Jahr**. Das, was die **Polizei** sagt, ist, dass die Zahl seit einigen Jahren, beziffert auf die letzten vier, fünf Jahre, gleich hoch geblieben ist. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren keine signifikante Steigerung mehr, allerdings auch keine Senkung. Der **massive Anstieg** ist über diese 20 Jahre zustande gekommen. Das ist mein Wissen.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege von Boetticher, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass sich nach den Drucksachen, die diesem Landtag zur Verfügung stehen, die Zahl der Intensivtäter in den letzten sechs Jahren versechsfacht hat und erst im letzten Jahr einigermaßen, wenn auch mit einer gewissen Steigerung, konstant geblieben ist?

(Unruhe)

- Darf ich meine Frage stellen? - Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die Versechsfachung der Zahl der Intensivtäter, die der Kollege Kalinka und auch der Kollege Dankert in einer Landtagssitzung, an der Sie auch teilgenommen haben, demonstriert haben, seit 2004 passiert ist? Und würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie in der Zeit der Landesregierung ab 2005 angehört haben?

- Wer war Innenminister, könnte ich jetzt zurückfragen. Ich kann aber auch eines sagen: Das, was Sie nennen, sind Durchschnittswerte über das ganze Land. Das kann man machen, das ist statistisch auch gut. Ich habe Ihnen ein **Einzelbeispiel** aus der **Stadt Pinneberg** genannt, um zu verdeutlichen, dass das eine gewisse Dramatik angenommen hat.

Jetzt sage ich ja gar nicht, dass wir den Stein der Weisen gefunden haben. Ich will Ihnen nur sagen, diese Arroganz und Überheblichkeit, mit der Sie uns jetzt sagen, was wir tun und lassen müssen und worüber wir lieber nicht reden dürfen, fällt am Ende auf Sie zurück, weil Sie in den letzten 15 Jahren null Konzepte aufgestellt haben, um diesem Problem Herr zu werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas: Sie müssen mal überlegen, wo bei uns in der Definition - darüber werden wir ja noch reden - **jugendliche Intensivtäter** überhaupt anfangen. Es gibt eine **Bepunktung**. Danach wird Körperverletzung mit zwei Punkten bewertet. Lieber Kollege Fürter, Sie haben ja durchaus zu Recht gesagt, hinter Punkten soll man sich am Ende nicht verstecken. Aber ich will auch mal darüber reden, was das heißt. Das heißt, jemand muss acht Mal innerhalb eines Jahres, innerhalb von zwölf

Monaten, Körperverletzungen begehen, um überhaupt in diesen Bereich der polizeilichen Maßnahmen oder auch der präventiven Maßnahmen zu fallen. - Sie lachen jetzt. Ich glaube, jemand, der mehrfach Opfer von Körperverletzungen geworden ist, häufig von denselben Tätern, die als Ersttäter auch nach einer gewissen Anzahl von Straftaten immer noch die Möglichkeit haben, diese zu begehen, weil dort noch nichts greift, jedenfalls nichts, was verhindert, dass sie wieder tätig werden, sieht das anders. Das müssen Sie sich bitte einmal aus **Opfersicht** vorstellen. Darum bringt es eben nichts, das immer nur aus Tätersicht zu sehen und zu überlegen, wie das präventiv wirkt, sondern Sie müssen auch einmal gucken, wie Sie verhindern, dass Opfer immer wieder mit denselben Straftätern konfrontiert werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist nämlich auch eine wesentliche Frage, die wir uns stellen müssen.

Darum sage ich ganz deutlich: Sie haben am Anfang versucht, uns in die Ecke zu schieben, dass wir die alten **geschlossenen Heime** wiederhaben wollten. Mittlerweile haben Sie erkannt, dass das nie die Forderung der Union gewesen ist, sondern dass wir an der Stelle sehr differenziert vorgegangen sind. Aber wir haben auch eine **Lücke** entdeckt zwischen dem, was **Jugendarrest** auf der einen Seite ist und was am Ende **Jugendknast** auch bedeutet. Dazwischen ist etwas, was wir als Lücke definiert haben. Nun kann man sich darüber unterhalten, ob Konzepte - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Bevor Sie wieder rhetorische Fragen stellen, lasse ich keine weiteren Fragen zu.

Also, da ist eine Lücke, und diese Lücke muss geschlossen werden. Wir haben den Stein der Weisen nicht gefunden. Wir wissen nur, dass das, was Sie in Ihren Jahren als Prävention gemacht haben, nicht dazu geführt hat, dass wir das Problem in den Griff bekommen haben. Das sind wir der Öffentlichkeit verdammt noch mal wirklich schuldig.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man ist doch sehr erstaunt, wenn man dieser Debatte zuhört. Was die Zahlenspielereien angeht, will ich Ihnen ehrlich sagen: Die Erkenntnisse sind doch, was die Zahlen angeht, in den Ländern nicht unterschiedlich, egal, wer da regiert. Richtig ist allerdings - Bezug genommen haben ja die Kollegen aus der SPD-Fraktion auf den Bericht des Innenministers, darauf, was darin steht -, dass man festgestellt hat, dass es vernünftig ist, dafür zu sorgen, dass **Jugendliche** gar nicht zu **Intensivtätern** werden, indem man zum Beispiel dafür sorgt, dass es eine enge **Zusammenarbeit** zwischen **Jugendhilfe, Polizei** und **Justiz** gibt. Das Land, das den schlimmsten Wahlkampf damit getrieben hat zu hetzen, nämlich Hessen, hat das am schlechtesten gemacht. Das ist der Punkt, der dabei herausgekommen ist: Damit hat Herr Koch einmal Wahlkampf gemacht. Deshalb sollte man hier nicht so reden, und die billigen Schuldzuweisungen sollte man sich sparen.

Ich muss auch ehrlich sagen: Ich habe heute bei mehreren Debatten von Rednern der Union und auch der FDP gehört, es gebe hier Denk- oder Redeverbote. Ich habe noch nicht ein einziges Denk- oder Redeverbot hier im Landtag gehört. Das Ge-

genteil ist richtig. Das Denkgebot wird zu oft missachtet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man anfangen würde zu denken, wäre das sehr viel besser.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1614, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir werden heute keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufrufen. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh, 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:51 Uhr**